



Landtag von Baden-Württemberg

20. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 1. Dezember 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 10:33 Uhr

Mittagspause: 12:50 bis 14:15 Uhr

Schluss: 16:57 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin	967	4.2 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Entwicklung und Zukunftsperspektiven für den Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn.	993
1. Aktuelle Debatte – Kostenexplosion der EEG-Umlage, eine Mehrbelastung für Familien sowie klein- und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der AfD	967	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	993, 994
Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD	967	Staatssekretärin Petra Olschowski	993, 994
Abg. Jutta Niemann GRÜNE	969	4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Lars Patrick Berg AfD – Ergebnisse der forsa-Umfrage zur psychischen und physischen Gewalt gegen Lehrer durch Schüler, Eltern, Kollegen und Vorgesetzte.	994
Abg. Paul Nemeth CDU	971, 978	Abg. Lars Patrick Berg AfD	994, 995
Abg. Gernot Gruber SPD	972, 979	Staatssekretär Volker Schebesta	994, 995
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	973	5. Wahl der Bürgerbeauftragten oder des Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg	995, 1005
Minister Franz Untersteller	975	6. Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Polizeistrukturreform: Vorläufige Aussetzung von reformbedingten Maßnahmen und Ziele der angekündigten Evaluierung – Drucksache 16/91	996
2. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Unsere Städte und Gemeinden nicht schwächen, sondern stärken! – Drucksache 16/794.	979	Abg. Sascha Binder SPD	996, 1004
Abg. Andreas Stoch SPD	980, 989	Abg. Petra Häffner GRÜNE	997
Abg. Bettina Lisbach GRÜNE	981	Abg. Thomas Blenke CDU	998
Abg. Winfried Mack CDU	982	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD	999
Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD	984	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	1001
Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP	986	Minister Thomas Strobl	1002, 1005
Staatssekretärin Dr. Gisela Splett	987	Beschluss	1005
Beschluss	989	7. Verpflichtung der Bürgerbeauftragten oder des Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg	1006
3. Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz.	990		
4. Fragestunde – Drucksache 16/1060			
4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Termingerechte Auszahlung von Fördermitteln des Landes an die heimischen Landwirte	991		
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	991		
Minister Peter Hauk	991, 992		
Abg. Daniel Rottmann AfD	992		
Abg. Klaus Burger CDU	992		

<p>8. Antrag der Fraktion der AfD – Kündigung aller öffentlich-rechtlichen Rundfunkstaatsverträge – Drucksache 16/1024 1006</p> <p>Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD 1006, 1014</p> <p>Abg. Alexander Salomon GRÜNE 1008</p> <p>Abg. Raimund Haser CDU 1009</p> <p>Abg. Sascha Binder SPD 1011</p> <p>Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 1012</p> <p>Staatssekretärin Theresa Schopper 1013</p> <p>Beschluss 1015</p> <p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Oktober 2016 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. (VDSR-BW) – Drucksachen 16/755, 16/1045</p> <p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 15. November 2016 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zwanzigsten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksachen 16/987, 16/1046</p> <p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2014 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 14: Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V. in Kehl – Drucksachen 16/636, 16/994</p> <p>12. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 12: Landwirtschaftliches Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild und Fischerei Baden-Württemberg – Drucksachen 16/521, 16/993</p>	<p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Oktober 2016 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2016 (mit Fortschreibung bis 2019) – Drucksachen 16/747, 16/995</p> <p>14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 18. Oktober 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Gemeinsamer Rahmen für Kompetenzen und Qualifikationen (Europass) – Drucksachen 16/846, 16/1003</p> <p>15. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. Oktober 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Verordnungsvorschlag zur Verlängerung der Laufzeit des Europäischen Fonds für strategische Investitionen – Drucksachen 16/866, 16/1005</p> <p>16. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 15. November 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014 bis 2020 – Ergebnisorientierter EU-Haushalt – Drucksachen 16/1006, 16/1033 1015</p> <p>Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 9 bis 16 1016</p> <p>17. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/957, 16/958, 16/959, 16/960 1016</p> <p>Beschluss 1016</p> <p>18. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/940 1017</p> <p>Beschluss 1017</p> <p>Nächste Sitzung 1017</p>
---	---

Protokoll

über die 20. Sitzung vom 1. Dezember 2016

Beginn: 10:33 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 20. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Beurlaubt habe ich für heute Frau Abg. Erikli und Herrn Abg. Dr. Balzer.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Böhlen, Herr Abg. Deuschle, Herr Abg. Herre, Herr Abg. Dr. Merz, Herr Abg. Stein, Herr Abg. Wacker und Herr Abg. Dr. Weirauch.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Frau Ministerin Sitzmann, Herr Minister Lucha, Herr Minister Wolf und Herr Staatsminister Murawski sowie ab 13:30 Uhr Frau Ministerin Bauer, ab 14 Uhr Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch und nachmittags Herr Minister Untersteller.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Kostenexplosion der EEG-Umlage, eine Mehrbelastung für Familien sowie klein- und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der AfD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Redezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Wie immer darf ich die Mitglieder der Landesregierung darum bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

In der Aussprache erteile ich nun das Wort für die AfD-Fraktion Herrn Abg. Dr. Podeswa.

Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz haben wir ein Lehrbuchbeispiel vorliegen, ein Lehrbuchbeispiel dafür, wie ein planwirtschaftlich-sozialistisches Gesetz die beabsichtigten Auswirkungen in das genaue Gegenteil verkehrt,

(Beifall bei der AfD – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

ein Lehrbuchbeispiel auch dafür, wie die Planwirtschaft wie ein Krebsgeschwür immer weiter wuchert.

Begonnen hat die EEG-Umlage im Jahr 2000 mit 0,2 Cent. Heute liegt die EEG-Umlage bei 6,88 Cent. Das ist eine Preissteigerung um 3 440 %.

(Zuruf: Nein!)

Die EEG-Umlage ist um 3 440 % gestiegen. Dafür gibt es eigentlich nur eine Bezeichnung: Hyperinflation. Hyperinflation, und kein Ende in Sicht. Denn es gibt keine Obergrenze für diesen Wahnsinn. Die EEG-Umlage sollte langfristig den sauberen, regenerativen Energien zum Durchbruch verhelfen, die deutsche Technologieführerschaft in einer Zukunftsbranche fördern und natürlich dazu beitragen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Wer bezahlt das alles? Die Bürger und der kleine Handwerksbetrieb. So ziemlich jeder große Stromverbraucher wurde von dieser Kostenbelastung verschont oder erhielt eine Stromsubvention. Beispiele gefällig? Vom Netzentgelt befreit sind Aldi, Lidl, McDonald's, Burger King, Versicherungen, Großbäckereien, Kühlhäuser oder auch die Deutsche Börse, die deutsche Großindustrie sowieso. Das, meine Damen und Herren Abgeordneten, ist eine Umverteilung, eine Umverteilung von unten nach oben.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Ein anschauliches Beispiel ist der Dorfbäcker. Den Kleinbäckereien geht es schlecht. Die Kleinbäcker in unserem Land backen lokal, kaufen regional, sind handwerklich und traditionell. Der Kleinbäcker muss die EEG-Umlage natürlich in vollem Umfang zahlen. Die automatisierten Großbäckereien hingegen erhalten einen Stromrabatt. Zu den Größenvorteilen der Industriebäcker schlagen Sie, liebe Altparteien, der Backindustrie auch noch Kostenvorteile zu und drängen somit die lokalen Bäckereien aus dem Markt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wie haben Sie uns genannt?)

Bis 2020 werden – so sagt die Studie – rund 6 000 Bäckereien in Deutschland schließen müssen. In Baden-Württemberg macht das rund 1 000 Bäckereien aus.

Neben der Tatsache, dass der Dorfbäcker zumachen muss, haben Sie auch noch erreicht, dass McDonald's seine stromsubventionierten Gummibrötchen auf Lastwagen durch die ganze Republik fahren kann und hier in Stuttgart zum Feinstaub beiträgt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Rainer Podeswa)

Dafür können Sie dann bei McCafé einen stromsubventionierten Kaffee trinken.

(Beifall bei der AfD)

Den Kaffee können Sie natürlich nur dann trinken, wenn Sie auch Ihre Stromrechnung noch bezahlen können. Rund eine Million Bürger in Deutschland konnten in diesem Jahr jedoch ihre Stromrechnung nicht bezahlen, und deswegen wurde ihnen der Strom abgestellt.

Wie in den Vorjahren – mit steigender Tendenz – werden auch im Jahr 2016 wieder rund 30 Milliarden € für die Förderung von erneuerbaren Energien von den kleinen Stromkunden bezahlt. Aufgelaufene und bereits verbürgte Kosten für die EEG-Umlage belaufen sich heute auf insgesamt rund 700 Milliarden €. Der Marktwert dieses Stroms liegt aber deutlich unter 100 Milliarden €. Sie entziehen der deutschen Volkswirtschaft somit mindestens 600 Milliarden €.

(Beifall bei der AfD)

Was haben wir, was haben die Bürger davon? Der billigste Strom wird in Portugal und in Spanien erzeugt, an der Atlantikküste, mit Großwindanlagen, unter 3 Cent pro Kilowattstunde. In den USA werden heute Fotovoltaikanlagen überhaupt nur noch bei Produktionskosten von unter 3 US-Cent gebaut,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

wie Sie auf der Tagung des Solar Clusters Baden-Württemberg erfahren konnten.

Dagegen zahlt der deutsche Stromkunde für den grün-sozialistischen Wahnsinn 28 Cent, also nur mal gerade eben das Zehnfache der Produktionskosten.

(Beifall bei der AfD – Abg. Rüdiger Klos AfD: So ist es! – Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Und wie ist die Beschäftigungssituation in der neuen Branche? 2011 hatte die Solarbranche weit über 100 000 Beschäftigte, 2014 gerade einmal noch 45 000. Das ist ein Rückgang um 60 %. Seit drei Jahren ist der Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg rückläufig, aber nicht um ein, zwei Prozent, sondern um rund 80 %: von 7,6 GW im Jahr 2011 auf 1,5 GW.

Die Beschäftigungssituation in der Branche hat sich natürlich analog entwickelt. Das Handwerk hat in diesem Bereich in den Jahren vor 2014 jedes Jahr rund 5 000 Fachkräfte ausgebildet, wie der Präsident des Fachverbands Elektro- und Informationstechnik, Herr Bürkle, mitteilte. Wissen Sie, wie viele Fachkräfte in dieser Branche in diesem Jahr ausgebildet wurden? Sie, Herr Untersteller, wissen es. Sie waren bei der Tagung dabei. Genau: gar keine, kein einziger.

Sie, Herr Schwarz, haben gestern hier im Plenum die Beschäftigungssituation der Branche in den rosigen Farben geschildert.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja! Haben Sie etwas dagegen, Herr Kollege?)

Ich will Ihnen einmal zugutehalten, dass Sie wieder einmal nicht wussten, wovon Sie sprechen,

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Keine blasse Ahnung!)

und das Plenum nicht bewusst falsch informiert haben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Kollege, würden Sie sich einmal informieren, bevor Sie sich ans Rednerpult begeben! – Weitere Zurufe)

– Tun Sie das. Ich gebe Ihnen gern die Quellen dafür. – Ein weiteres Beispiel: KACO new energy

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Faktenfreies Reden ist das! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Das machen Sie auch, Herr Schwarz!)

in Neckarsulm, eine Perle der deutschen Hochtechnologie und Weltmarktführer für hochkomplexe spezifische Wechselrichter für Solaranlagen. Das war es wenigstens einmal. Heute hat KACO new energy in Neckarsulm, gemessen an der Ausbauleistung der Fotovoltaik weltweit im Jahr 2015, vielleicht gerade einmal noch einen einstelligen Weltmarktanteil. Die Chinesen haben sich über die KACO-Patente gefreut. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat jede Hilfestellung verweigert.

Statt dem Mittelstand mit überschaubaren wenigen Millionen zu helfen, haben Sie aberwitzige Milliardenbeträge in unwirtschaftliche, ideologisch motivierte Projekte gesteckt. Da hilft in der Planwirtschaft natürlich nur noch eines:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche Planwirtschaft?)

neue Gesetze. Zwar wurde das EEG-Gesetz in den letzten fünf Jahren gleich vier Mal novelliert und hat heute 104 Paragraphen. Die werden aber auch noch von rund 4 800 begleitenden Ausführungsbestimmungen, Verwaltungsvorschriften usw. begleitet,

(Lachen des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

wie Herr Dr. Witzel vom Bundesverband WindEnergie letzten Samstag in Stuttgart berichtet hat.

Im EEG 2017 ist dann auch vorsorglich geregelt, dass die EEG-Umlage 2017, wenn sich nicht genug Investoren finden, um die Ausbauziele zu erreichen, in jedem Quartal erhöht wird – insgesamt um maximal 9 %. Dazu kommen dann noch Förderungen für Speichertechniken, für Mieterstrommodelle usw. usf.

Ich darf feststellen: Noch in dieser Legislaturperiode werden wir hier stehen und feststellen: Die EEG-Umlage hat sich seit dem Jahr 2000 um 5 000 % erhöht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Ja, genau!)

Wie lassen sich die Ausbauziele trotzdem erreichen? Dabei hilft in der Planwirtschaft dann nur noch ein volkseigener Betrieb. Wir kennen die segensreichen Wirkungen volkseigener Betriebe ja gut aus der deutschen Geschichte. Gott sei Dank steht der Landesregierung ein volkseigener Betrieb in Form

(Dr. Rainer Podeswa)

des VEB EnBW auch zur Verfügung, um ideologische, utopische Ziele ohne jede Aussicht auf Rentabilität umzusetzen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Richtig!)

Unsere Vorfahren wussten noch, warum sie Windmühlen in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein gebaut haben. Sie werden es nicht glauben: weil da Wind weht!

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Unsere Vorfahren wussten auch, warum sie in den Schwarzwald Wassermühlen gestellt haben: weil dort eben kein stetiger Wind weht.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Nur den rot-grünen Ideologen ist der Durchbruch gelungen:

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Haben Sie schon einen Plan zur Windhöflichkeit gesehen?)

Wir können Windmühlen und Fotovoltaikanlagen auch da hinstellen, wo kein Wind weht oder wenig Sonne scheint.

(Beifall bei der AfD)

Das ist aber kein technischer Durchbruch, das sind Planwirtschaft und das EEG.

Haben die aberwitzigen Milliardenbeträge den Klimaschutz denn dann wenigstens vorwärtsgebracht?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Wir alle wissen: Der CO₂-Ausstoß ist sogar noch gestiegen.

(Abg. Anton Baron AfD: Jawohl! Bravo! Herzlichen Glückwunsch!)

Volksvermögen verschwendet, alle drei Ziele nicht erreicht. Setzen, Sechs!

(Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und was schlagen Sie jetzt vor?)

– Mit der Erlaubnis der Landtagspräsidentin beantworte ich die Frage gern in 30 Sekunden: Die AfD hat selbstverständlich Vorschläge dafür.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche?)

Nur: Sie wollen die ja nicht hören.

(Beifall bei der AfD)

Herr Untersteller, Herr Kretschmann, setzen Sie sich im Bundesrat für eine weitere Novellierung des EEG ein, aber eine Novellierung, in der nur noch geregelt wird, wie das EEG abgewickelt wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Sie haben hier unnötig Sauerstoff verbraucht! – Heiterkeit)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Niemann.

Abg. Jutta Niemann GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Gestern haben wir uns in der Aktuellen Debatte mit dem Klimawandel beschäftigt und viele gute Gründe gehört, warum wir die Energiewende brauchen. Der Klimawandel ist Realität, und der Umstieg auf erneuerbare Energien ist unsere einzige Chance, die Folgen des Klimawandels abzumildern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Thomas Dörflinger CDU)

Heute geht es um die Kosten der Klimawende, und dabei lohnt sich ein Blick auf die Kosten der fossilen Brennstoffe. In den 25 Jahren von 1990 bis 2015 hat Deutschland 1,7 Billionen € für den Import von Erdgas, Erdöl und Kohle ausgegeben. Wenn wir bis 2040 ohne erneuerbare Energien unsere Energie erzeugen müssten, müssten wir noch einmal über 1 Billion € also 1 000 Milliarden €, für Brennstoffe ausgeben. Bei dieser 1 Billion € sind die externen Kosten für Umweltschäden, für Gesundheitsschäden, die durch die Emissionen der Kraftwerke erzeugt werden, Renaturierungsmaßnahmen in Braunkohleabbaugebieten oder Entsorgungskosten für den atomaren Müll überhaupt noch nicht mitgerechnet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das weiß die AfD nicht!)

Von diesem Geld ist auch noch kein einziges neues Kraftwerk gebaut worden, kein einziger Meter Netz gebaut worden, kein einziger Arbeitsplatz geschaffen worden, sondern von 1 Billion € werden nur diese Brennstoffe finanziert. Wenn wir uns da entscheiden müssen, ob wir das Geld weiter für Brennstoffe ausgeben und damit sprichwörtlich verfeuern oder ob wir das Geld in erneuerbare Energien investieren, in neue Kraftwerke, in Arbeitsplätze, in Wertschöpfung vor Ort, dann kann die Entscheidung doch nur für diese erneuerbaren Energien, für die Energien der Zukunft ausfallen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Carola Wolle AfD: Es ist die Frage, wer es bezahlt!)

Vor dem Erneuerbare-Energien-Gesetz war der Energiemarkt weitgehend aufgeteilt unter vier großen Konzernen, die die Netze und Kraftwerke betrieben haben und natürlich auch die nicht unerheblichen Gewinne eingestrichen haben. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz kam die Öffnung des Marktes hin zu vielen dezentralen Akteurinnen und Akteuren. Es entstanden Bürgerwindräder, Solaranlagen auf dem eigenen Dach, Bioenergiehöfe und andere genossenschaftliche Modelle. Studien gehen davon aus, dass inzwischen jede zweite Kilowattstunde Ökostrom, die heute erzeugt wird, aus Anlagen kommt, die Bürgerinnen und Bürgern gehören.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Öko ist noch lange nicht Öko!)

Die Gewinne verteilen sich also durch die Energiewende auf viele Menschen an vielen Orten.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Andreas Kenner SPD)

(Jutta Niemann)

Wenn Sie von der AfD also zur Atomkraft zurückmöchten,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

wie Sie es ja in ihrem Grundsatzprogramm schreiben,

(Abg. Carola Wolle AfD: Es geht darum, wer es bezahlt! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Bürger, wie immer!)

dann unterstützen Sie die großen Energiekonzerne und vertreten damit gerade nicht die Interessen der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den Grünen)

Sie unterstützen damit ein Energiesystem, das dauerhaft von staatlichen Subventionen abhängig ist. Das sehen wir an dem beschlossenen Atomkraftwerk Hinkley Point.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Der französische Energiekonzern EDF wird dieses jetzt in Großbritannien bauen. Er bekommt dafür staatliche Kreditgarantien von mehr als 20 Milliarden €,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

um die Baukosten abzusichern, und er bekommt einen garantierten Abnahmepreis für Atomstrom von 11 Cent pro Kilowattstunde über 35 Jahre

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Von wem eigentlich?)

plus Inflationsausgleich. Das bedeutet, dass im letzten Förderjahr, irgendwann nach 2050, 22 Cent pro Kilowattstunde für den Atomstrom aus Hinkley Point bezahlt werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So!)

Aus Sonne und Wind können wir schon heute Strom für unter 10 Cent pro Kilowattstunde produzieren, und diese Kosten werden bis 2050 sicher weiter sinken.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Thomas Dörflinger und Konrad Epple CDU – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sicher? Solche Prognosen hatten wir schon öfter! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Leide Abal GRÜNE: Vor allem bei Atomstrom, gell?)

Trotzdem gilt: Die Energiewende gibt es nicht kostenlos. Es sind zahlreiche Investitionen notwendig. Die Netze müssen ausgebaut werden, die Netze müssen intelligent werden, wir brauchen Speicherkapazitäten.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Das alles kostet Geld, und das bildet sich auch ein Stück weit im Strompreis ab – im Gegensatz zu den Subventionen und den externen Kosten der fossilen Energie und der Kernenergie, die bisher über Steuern finanziert werden und sich deshalb gerade nicht im Strompreis widerspiegeln. Aber von einer Kostenexplosion, wie Sie behaupten, kann einfach keine Rede sein.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: 3 000 Prozent! Haben Sie vorhin zugehört?)

Die Höhe der EEG-Umlage ist von der Entwicklung der Strompreise an der Börse abhängig. Sie gleicht die Differenz zwischen dem Börsenstrompreis und der garantierten Einspeisevergütung aus.

(Minister Franz Untersteller: So ist es!)

Hier zeigt sich der Erfolg der erneuerbaren Energien. Denn der Börsenstrompreis fällt seit Langem, und dadurch fällt 2016 das dritte Jahr in Folge die Summe aus dem Börsenstrompreis plus der Erneuerbare-Energien-Umlage. Es gibt Hinweise darauf, dass sich das so fortsetzen wird.

So sieht also die Kostenrealität aus. Deshalb führt die Erhöhung der EEG-Umlage bei vielen Stromlieferanten 2017 auch nicht zu höheren Strompreisen.

Im Sommer wurde das EEG von der Bundesregierung reformiert. Ich will zwei Punkte dazu sagen.

Zum einen sind die Ausbauziele, die darin festgeschrieben wurden, nicht ausreichend, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Diese Ausbauziele müssen deshalb schleunigst korrigiert werden.

Zum anderen ist hinsichtlich der Kosten der Energiewende Folgendes zu sagen – da haben Sie einen Punkt angesprochen, bei dem auch wir Kritik üben –: Zu viele Unternehmen, die einen hohen Energieverbrauch haben, werden von der EEG-Umlage befreit. Das macht zum Teil Sinn, wenn sie im internationalen Wettbewerb stehen, aber lange nicht für alle Unternehmen, die inzwischen befreit werden.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Wolfgang Drexler und Andreas Kenner SPD und Thomas Dörflinger CDU)

Für Unternehmen, deren Stromverbrauch knapp über dem Mindeststromverbrauch liegt, setzt dies außerdem Fehlanreize; denn wenn sie Energie sparen, werden sie ihre Befreiung verlieren. Es kann aber nicht sein, dass viel Strom zu verbrauchen günstiger ist als Strom einzusparen.

Statt nachzusteuern hat die Bundesregierung diese Ausnahmen aber noch weiter ausgebaut. Mit weniger Ausnahmen, wie wir es für richtig halten, würde die EEG-Umlage für Haushalte und auch für kleinere Unternehmen, die nicht profitieren, sinken. Hier muss nachgesteuert werden. Es ist aber überhaupt kein Argument gegen die Energiewende.

Bei der Diskussion um die Kosten der Energiewende wird gern unterschlagen: Diese Kosten sind Investitionen in Zukunftstechnologien. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz war das richtige Instrument, um diesen Technologien einen breiten Marktzugang zu ermöglichen. Es hat Forschung und Entwicklung vorangetrieben, und es hat die Preise für diese Technologien gesenkt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

(Jutta Niemann)

Dadurch wurde vielen Menschen vor Ort der Einstieg in die dezentrale Energieerzeugung ermöglicht. Damit ist die Energiewende ein Konjunkturprogramm. Das zeigt eindrücklich die Studie der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturfor- schung, GWS, die gerade vom Minister vorgestellt wurde.

Die Energiewende schafft viele Arbeitsplätze und Wertschöp- fung vor Ort. Schon 2014 arbeiteten in Baden-Württemberg mehr als 56 000 Menschen in Branchen, die direkt oder indi- rekt ihr Geld über die Energiewende verdienen. Es sind gera- de die kleinen und mittleren Unternehmen, die davon profi- tieren.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die erneuerbaren Energien sind die Zukunft. Die Weltbank warnt bereits davor, dass fossile Investitionen zu Risikoanla- gen werden können. Auch der Internationale Währungsfonds – beides keine grün-verdächtigen Institutionen – rechnet vor, dass die Verbrennung fossiler Energieträger ineffizient ist und die Weltwirtschaft schädigt.

Wir hier in Baden-Württemberg sind beim Ausbau der erneu- erbaren Energien also auf dem richtigen Weg. Daran werden wir weiter arbeiten: für eine bezahlbare, eine sichere und ei- ne saubere Energiezukunft.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Nemeth das Wort.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine sehr ge- ehrten Damen und Herren! Zu dem, was der Abgeordnete der AfD hier vorgetragen hat, kann ich nur sagen: Einen solchen politischen Schwachsinn habe ich schon lange nicht mehr ge- hört.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abge- ordneten der SPD und der FDP/DVP – Widerspruch bei der AfD)

Ja, das muss ich wirklich sagen. Fast keine Ihrer Zahlen war richtig.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Bitte?)

Da kann ich wirklich nur sagen: Herr, schmeiß Hirn ra!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wissen Sie, es ist vielleicht so: Wenn man, wie wir in der ges- tern geführten Debatte wieder gehört haben, natürlich der Meinung ist, dass es den durch Menschen gemachten Klima- wandel nicht gibt, dann braucht man auch keine Energiewen- de.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Diese Frage müssen Sie einmal für sich beantworten. Sie müs- sen aber auch wissen: 70 % aller Deutschen wollen die Ener- giewende.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Aber nicht mehr, wenn wir sie aufgeklärt haben!)

Sie ist auch richtig und wichtig. Sie ist eine Investition in die Zukunft. Sie kostet uns jetzt Geld, aber Sie müssen die Ziele ja auch einmal vom Ende her denken. Es wird so sein, dass wir in unserem Land, einem Industrieland, mit Offshorestrom, Windstrom von der Nord- und Ostsee, fast 8 760 Stunden Grundlast haben werden. Wir werden Gleichstrom haben – über SuedLink. Dieser Strom wird direkt in die Verbrauchs- zentren nach Baden-Württemberg und Bayern kommen. Wir werden in 20 Jahren intelligente Netze haben. Wir werden das modernste Stromsystem auf der ganzen Welt haben, und das CO₂-frei.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Dafür lohnt es sich doch zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abge- ordneten der SPD)

Für die Zahlen, die Sie nennen, müssen Sie erst einmal die Richtigkeit beweisen; das erwarte ich von Ihnen. 700 Milli- arden € – das ist ja eine glatte Lüge.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Diese Zahl hat noch nie jemand behauptet.

Wir haben eine Bugwelle. Wir sind auch der Meinung – Die CDU hat 2013, 2014 vehement vertreten, dass wir eine Strom- preisbremse bekommen und dass wir Deckelungen brauchen.

(Abg. Anton Baron AfD: Und was haben Sie ge- macht?)

Das EEG ist erst dann ein Erfolg, wenn es überflüssig ist. In der Vergangenheit sind auch Fehler gemacht worden, aber in den letzten zwei Jahren nicht.

(Lachen des Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD)

Wir hatten in den letzten zwei Jahren auch keine Strompreis- explosion, wie Sie sagen. Das ist doch gelogen. Das ist ein- fach nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grü- nen und der SPD – Widerspruch bei der AfD)

Ich meine, man kann hier eine solche Debatte führen; Sie sind in Berlin ja nicht vertreten.

(Zurufe von der AfD: Noch nicht! – Abg. Rüdiger Klos AfD: Aber bald!)

Aber Sie müssen einmal sehen, was in Berlin gemacht wur- de. Es wurde gedeckelt bei Solarstrom.

(Abg. Anton Baron AfD: Es wurde reagiert!)

Es wurde gedeckelt bei Windstrom. Jetzt wird das EEG in die nächste Stufe überführt, nämlich die Ausschreibungen.

(Abg. Anton Baron AfD: Nein, die Abschaffung!)

(Paul Nemeth)

Das vertreten auch alle Parteien, und das ist der richtige Weg, damit die erneuerbaren Energien in ein Marktdesign der Zukunft kommen, das funktioniert. Schon heute basiert die Energieerzeugung in Deutschland, meine Damen und Herren, zu 33 % auf erneuerbaren Energien.

2025 werden es schon 45 % sein. Die große Aufgabe ist jetzt natürlich, sinnvoll und konkret umzubauen.

Ich muss sagen: Diese Debatte, die vor allem auch in Norddeutschland geführt wird, ist wichtig. Denken Sie an das Dreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz. Hinzu kommt ein weiteres Dreieck, nämlich: Erneuerbare Energien, Netze/Netzausbau und Speicherkapazitäten.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

In der Vergangenheit – die Kritik ist richtig – waren wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien einen Tick zu schnell

(Oh-Rufe von der AfD)

– ja, das haben wir immer kritisiert –, und beim Netzausbau waren wir zu langsam. Wir brauchen 8 000 km neue Netze

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Weniger Wälder, mehr Windwahn!)

und haben erst 700 km neue Netze ausgebaut. Wir brauchen außerdem Speicherkapazitäten.

(Unruhe)

Klar ist, meine Damen und Herren, dass wir auf dem richtigen Weg sind: Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich nenne Ihnen ein paar ganz aktuelle Zahlen. Offshore erzeugter Strom – in Dänemark ist man schon in der Auktionierung – kostete ursprünglich 55 Cent pro Kilowattstunde; das sind Ihre Zahlen. Heute kostet der Strom 6 Cent pro Kilowattstunde. Mit der Fotovoltaik haben wir hier ein absolutes Erfolgsmodell, das nicht zuletzt auch hier in Stuttgart, vom Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg entwickelt wurde.

(Zuruf von der AfD: Das hat super funktioniert!)

Die Kosten sind von 47 Cent pro Kilowattstunde auf 11 Cent pro Kilowattstunde – bei Freiflächen sogar auf 7 Cent – gesunken. Deswegen wird auf der ganzen Welt in erneuerbare Energien investiert: in China, in Japan, in Indien, in den USA, in Dänemark, in Spanien und auch in Frankreich. Strom aus erneuerbaren Energien ist im Weltenergiewirtschaftssystem im Grunde nicht mehr aufzuhalten. Die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien hat den technologischen Durchbruch geschafft.

Deswegen geht es uns eigentlich nur noch um den zweiten und dritten genannten Punkt, nämlich darum, die Netze und die Speicherkapazitäten auszubauen. Dafür lohnt es sich zu arbeiten. Wir investieren im Bund und auch im Land wahn-sinnig viel Geld, um die noch offenen technologischen Probleme zu lösen.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Wir sind, glaube ich, auf einem ganz guten Weg. Dafür bedarf es keines Blicks auf das Ewiggestrige. Damit bringen Sie unsere Volkswirtschaft und auch den Klimaschutz nicht voran.

Selbst wenn Sie den Klimawandel negieren, müsste Ihnen eigentlich gefallen, dass wir uns von anderen Ländern wie Russland und Arabien unabhängig machen und

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Von Russland weniger!)

unsere hochindustrielle Volkswirtschaft autark versorgen, und zwar zu bezahlbaren, wettbewerbsfähigen Preisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Das hatten wir schon mal! – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Deswegen ist diese von Ihnen beantragte Aktuelle Debatte rein populistisch. Sie bringt uns auf dem Weg der Energiewende keinen Millimeter voran.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gruber das Wort.

Abg. Gernot Gruber SPD: Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin meinem Kollegen Nemeth dankbar, dass er einige Punkte aus der Eröffnungsrede des Kollegen Podeswa klargestellt hat. Richtig an Ihrer Rede, Herr Podeswa, war aus meiner Sicht Ihr Kopfrechnen. Wenn Sie 6,8 durch 0,2 teilen, kommen Sie auf 68/2 gleich 34 und somit auf eine Preissteigerung von 3 400 %. Mit dieser Prozentzahl kann man Eindruck machen. Aber ansonsten fand ich Ihren Redebeitrag, Ihren Beitrag zur Zukunft der Energiewende A wie abenteuerlich – insbesondere da Sie keine konkrete Alternative angesprochen haben – und F wie fahrlässig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Wer hat das denn entschieden?)

Ich habe noch einen zweiten Punkt: Sie haben 120 Abgeordnete des Parlaments als Anhänger der Planwirtschaft, als sozialistisch, als verblendet dargestellt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: So ist es leider!)

Ich finde das unerträglich, auch vor dem Hintergrund dessen, was diese demokratischen und staatstragenden Parteien für dieses Land geleistet haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Aber zurück zum Thema: EEG, Energieeinspeisegesetz. Das u. a. vom Sozialdemokraten Hermann Scheer im Jahr 2000 eingebrachte Energieeinspeisegesetz, das Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, ist insgesamt eine Erfolgsgeschichte für die Energiewende, für die regenerativen Energien und damit letztlich auch für den Klimaschutz.

(Gernot Gruber)

In vielen anderen Ländern gibt es ähnliche Gesetze. Das EEG war Geburtshelfer für ähnliche EEGs in fast hundert Ländern unserer Welt, von Japan über China bis zu unseren Nachbarn in Europa, in der Europäischen Union. Immerhin sind dem „sozialistischen, planwirtschaftlichen“ Weg 23 von 27 Ländern gefolgt.

Keine Frage: Die Förderung des Ausbaus führt auch zu einer Belastung für die Stromverbraucher – zumindest dann, wenn es nicht gelungen ist, parallel auch den Stromverbrauch zu senken. Richtig ist aber auch – das fehlt in der Begründung für diese Debatte bisher –, dass der Atom- und der Kohlestrom uns über die Jahre gesehen mehr belasten als die EEG-Umlage, und zwar nicht nur in Euro und Cent durch die hohen staatlichen Subventionen, sondern auch durch das Risiko bei der Atomkraft – die teure Entsorgung – und die Klimaschädlichkeit der Kohle.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Welche staatlichen Subventionen?)

Auch die Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiekosten sind Teile der Energiewende, des energiepolitischen Dreiecks. Der Kollege Nemeth hat es ebenfalls gerade angesprochen, und auch Frau Niemann hat auf Klimaschutz und Energiewende verwiesen.

Diese grundsätzlich richtigen Weichenstellungen, aber auch die angemessenen Vergütungssätze beim EEG sind nicht immer ganz unumstritten – das ist nicht immer einfach zu steuern –, aber sie führten insgesamt zu einem tragfähigen Weg und zu einem großen Beitrag für die Energiewende und zum Klimaschutz in unserem Land.

Zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung ist die EEG-Umlage auf 2 Cent angestiegen. Relativ stark angestiegen ist sie unter der Regierung von CDU/CSU und FDP von 2010 bis 2013, nämlich von 2 Cent auf 5 Cent. Der jetzigen Bundesregierung, der schwarz-roten Bundesregierung, dem roten Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel und seinem grünen Staatssekretär Baake ist es gelungen, die EEG-Umlage zu stabilisieren. Seit 2013 gibt es nur noch einen moderaten Anstieg, 2015 ist sie sogar leicht gesunken, korrespondierend mit dem gesunkenen Börsenpreis, sodass insgesamt manche Stromanbieter die Strompreise relativ stabil halten können.

Allen Unkenrufen zum Trotz haben wir es mit dem EEG geschafft, die regenerativen Energien weiter deutlich auszubauen. 2013 hatten wir einen stolzen Anteil von 25 %, 2014 waren es 27 %, 2015 sogar 32,6 %, und in diesem Jahr werden es voraussichtlich rund 35 % sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Und wie ist es mit dem CO₂-Ausstoß?)

Strom aus regenerativen Energien, vor allem aus Solar- und Windkraft, ist mit dem EEG Jahr für Jahr deutlich billiger geworden. All denjenigen, die die Kosten für den Stromverbrauch in den Mittelpunkt ihrer Ziele setzen, sei insbesondere ein Blick auf die Binnenwindkraft empfohlen, die einen Anteil von mehr als 40 % bei den regenerativen Energien hat, aber bei den Förderbeiträgen nur ungefähr 20 % des Geldes beansprucht.

Insgesamt komme ich zu dem Fazit: Die Energiewende ist nicht zum Nulltarif zu haben. Ohne die Energiewende und ohne die Investitionen in die erneuerbaren Energien, ins Stromsparen, in Speicher, in die Steigerung der Effizienz würde uns alles nicht nur finanziell viel, viel teurer zu stehen kommen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es jetzt auch nicht lassen und muss an Herrn Podeswa ein paar Worte richten. Inhaltlich betrachtet ist die AfD höchstens eine politische Nebensache. Mit populistischen Sprüchen waren Sie auf Stimmenfang: Europa ist doof, der Euro ist ganz besonders doof, Flüchtlinge sind doof, TTIP ist auch doof, Altparteien sind doof und die öffentlich-rechtlichen Medien sind auch doof.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf)

Jetzt sitzen Sie hier im Parlament und stellen fest, dass wir tatsächlich differenziert über viele Inhalte debattieren und dass Sie mit Ihren „Ist doof“-Sprüchen auf einmal gar nicht mehr weiterkommen. Weil Sie zu vielen Dingen gar keine eigene Meinung haben,

(Oh-Rufe bei der AfD)

schreiben Sie jetzt bei anderen Parteien Positionen ab, und zwar ausgerechnet bei den Parteien,

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Wer schreibt bei wem ab?)

die Sie als Kartellparteien oder als Altparteien beschimpfen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da stimmt doch irgendetwas nicht.

(Zuruf von der AfD: Belege, Herr Kollege, Belege!)

Es wäre ja gar nicht so schlimm, wenn Sie Positionen abschreiben würden, aber wenn Sie es dann wenigstens noch richtig machen würden und die Positionen richtig irgendwo übernehmen würden, dann wäre das ja schon einmal etwas besser. Aber Sie rutschen wieder in Populismus, in völkische Terminologie ab, und ich kann nur sagen:

(Zurufe von der AfD)

Ihre Ahnungslosigkeit beim Thema Energiepolitik macht mich sprachlos.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zurufe von der AfD)

Jetzt zum Thema Erneuerbare-Energien-Gesetz: Angefangen hat es ursprünglich einmal mit einem Stromeinspeisungsgesetz, das übrigens von Schwarz-Gelb im Bund verabschiedet wurde. Das war damals ein liberaler Ansatz, dass man gesagt hat: Jeder sollte die Möglichkeit haben, erneuerbare Energien in das Stromnetz einzuspeisen.

(Andreas Glück)

Irgendwann kam historisch die Schaffung des EEG mit dem Ziel der Markteinführung verschiedener Technologien, z. B. der Fotovoltaik. Jetzt wissen Sie natürlich, was Liberale von Subventionen halten,

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

aber auch wir haben das EEG damals für richtig gehalten, eben unter dem Aspekt der Markteinführung für bestimmte Technologien.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei der FDP kam es immer darauf an, welche Subventionen!)

Einige Vorteile gab es ja auch. Wenn wir z. B. betrachten, was uns die Produktion von Solarzellen heute im Vergleich zu früher kostet, dann sieht man, dass das EEG natürlich einen gewissen Effekt hatte.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wo werden die denn produziert? – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: In China!)

Nach vielen Jahren zeigt sich eben auch, welche Nachteile das EEG hat. Ich möchte jetzt vier Beispiele nennen. Wie gesagt, es war als Instrument zur Markteinführung gedacht, aber heute ist es zur Dauereinrichtung verkommen, bei der man sich jetzt schon Gedanken macht, wie man Anlagen, die man 20 Jahre gefördert hat, nach dem Zeitraum von 20 Jahren möglicherweise sogar noch weiter fördern kann. Das ist der falsche Ansatz. Wie gesagt, wir Liberalen sind eben keine Freunde von Dauersubventionen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Rüdiger Klos AfD)

Das zweite Problem ist das ungehemmte Wachstum durch das EEG – und zwar ungehemmt, überall irgendwo –, das da entstanden ist. Aus diesem zarten Pflänzchen EEG ist mittlerweile eine große Hecke geworden,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nein, ein Krebsgeschwür!
– Zuruf von der AfD: Nein, krebsartiges Gewucher!)

die anderen Pflanzen ein Stück weit eben auch das Licht und das Wasser entzieht. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist so verworren gewachsen, dass tatsächlich ein und dieselbe Technologie – nämlich die Fotovoltaik – in einem Gesetz auf der einen Seite gefördert wird, auf der anderen Seite hingegen ausgebremst wird, nämlich dadurch, dass man sagt: Beim Eigenstrom wird genau diese Technologie, die man fördert, selbst mit 40 % EEG-Umlage belegt. Das ist paradox.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Das zeigt, dass dieses Monstrum EEG zu groß und zu wenig zielgerichtet ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Darum gehört es weg!)

Ein weiterer Nachteil aus unserer Sicht ist die feste Einspeisevergütung über zig Jahre, egal, ob der Strom in der betreffenden Situation gerade gebraucht wird oder ob er nicht gebraucht wird. Das ist unserer Meinung nach der falsche Weg – das wissen wir –; die Redispatch-Kosten steigen dement-

sprechend. Es muss eben einen Unterschied machen, ob jemand Strom einspeist und dieser Strom gerade benötigt wird oder ob er den Strom einspeist, obwohl man vielleicht eh schon zu viel Strom im Netz hat.

Man muss sagen: Natürlich, die Ausschreibungen – Herr Kollege Nemeth, Sie haben es vorhin auch gesagt –, in die man jetzt gehen möchte, sind auch aus unserer Sicht ein Schritt in die richtige Richtung. Aber was wir eben kritisieren, ist: Es ist nicht technologieoffen. Das heißt, der Gesetzgeber oder die Bundesnetzagentur

(Abg. Paul Nemeth CDU: Das kommt als nächster Schritt!)

gibt eben für jedes Jahr technologiespezifische Ausbauziele vor. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehen wir auch als planwirtschaftlich an, das halten wir für den falschen Weg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In Ihrem Koalitionsvertrag – Herr Nemeth, der wurde ja von Ihrer Fraktion mit unterschrieben – steht ausdrücklich:

Wir brauchen einen technologiespezifischen Ansatz, der den einzelnen Formen von erneuerbaren Energien gerecht wird.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Ja!)

Genau das halte ich für falsch. Es ist Technologieoffenheit gefragt.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Wir müssen uns von dem Gedanken lösen, dass Politik bereits heute die Technologie der Zukunft kenne. Wir müssen technologieoffen an die Sache gehen. Die Politik weiß eben nicht, was die Technologie von morgen sein wird.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was für eine Rolle spielt die Landesregierung sonst noch? Ich möchte aus einem Artikel aus der WELT, der am 10. Oktober 2016 erschienen ist, zitieren:

Selten wurde ein Umweltminister so mit Hohn und Spott übergossen wie ... Peter Altmaier (CDU): Vor drei Jahren erklärte der heutige Kanzleramtsminister, die Kosten der Energiewende könnten sich, wenn nichts getan werde, „bis Ende der 30er-Jahre dieses Jahrhunderts auf rund eine Billion Euro summieren.“ Umgehend hielten große Magazine und Wochenzeitungen von „Wirtschaftswoche“ bis „Zeit“ dem Umweltminister vor, dass er sich bei seinem „Billionen-Ding“ ja wohl verrechnet haben müsse. „Sie dürfen die Leute nicht mit Horrorzahlen auf die Bäume jagen“, verlangte Baden-Württembergs Regierungschef und Grünen-Star Winfried Kretschmann ...

– Unser damaliger Ministerpräsident.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Wie wäre es mal mit eigenen Worten?)

(Andreas Glück)

Ich sage Ihnen ganz klar: Wenn man diesen Artikel jetzt weiterliest, kommt das Institut für Wettbewerbsökonomik der Universität Düsseldorf zu Wort. Es steht drin: Die Kosten der Energiewende mit dem EEG allein belaufen sich bis heute schon auf 150 Milliarden €. Bis 2030 sollen es 520 Milliarden € sein.

Eine vierköpfige Familie

– hat dieses Institut ausgerechnet –

zahlt somit direkt und indirekt über 25 000 € für die Energiewende.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es hört sich wie blanker Hohn an, wenn wir die Worte von Jürgen Trittin noch im Kopf haben: „Die Energiewende wird jeden Bürger im Monat maximal eine Kugel Eis kosten.“

(Zuruf: Ja!)

Da ist doch irgendetwas danebengelaufen.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dann kostet die Kugel Eis eben 500 €!)

Wir müssen doch akzeptieren, dass die Kosten mit diesem EEG hemmungslos aus dem Ruder gelaufen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD
– Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Was macht die Landesregierung nun weiter? Der Umweltminister hat im Oktober einen neuen Vorschlag zur EEG-Finanzierung vorgelegt: Man solle den schweren Rucksack der Altlasten aus der Anfangszeit des EEG ablegen. Demnach sollen also diese Altlasten, also diese Zahlungsverpflichtungen, von einem Fonds übernommen werden, der aus Steuermitteln gespeist würde. Dadurch würde die Last auf breitere Schultern verteilt, und die EEG-Umlage könne so sinken. Gleichzeitig könne man zur Gegenfinanzierung moderat die Energiesteuern erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aus Verbrauchersicht ist das doch ein Taschenspielertrick.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wenn man nach dem Motto „Die EEG-Umlage können wir zum Sinken bringen, aber auf der anderen Seite erhöhen wir eine Energiesteuer“ verfährt, ist das doch ein Kartenspielertrick – rechte Tasche, linke Tasche. Da sind wir nicht dabei.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Typisch CDU!)

Wir von der FDP/DVP möchten hingegen – dazu fordere ich Sie auf –: Sorgen Sie dafür, dass die Energiekosten sinken, und verzichten Sie auf diese Taschenspielertricks. Ein Beispiel: Je höher die Stromkosten sind, desto höher ist auch die Umsatzsteuer auf den Strom. Das wirkt eben wie eine Art kalte Progression.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Das ist etwas anderes!)

Aus diesem Grund fordern wir Sie auf: Heben Sie die Stromsteuer auf. Wirken Sie entweder durch eine Bundratsinitiative darauf hin, oder Sie von der CDU können auch direkt tä-

tig werden. Die 2,05 Cent Stromsteuer pro Kilowattstunde gehören als Sofortmaßnahme abgeschafft.

Das Zweite, was wir wollen, ist: Helfen Sie, das EEG abzuschaffen.

(Zurufe von der AfD)

Das EEG hat sein Ziel erreicht. Jetzt ist es Zeit, manche Technologien – bei der Fotovoltaiktechnologie kann man es schön sehen – in die freie Marktwirtschaft zu entlassen. Ersetzen Sie dieses EEG durch ein technologieoffenes System. Aus unserer Sicht wäre da der CO₂-Zertifikatehandel das beste System.

Ich kann Sie alle nur auffordern: Verhandeln Sie 2019 streng, damit die Zertifikate einen Wert erreichen, der sicherstellt, dass der Zertifikatemarkt tatsächlich greift. Dann hätten wir etwas, was weit über die Grenzen Deutschlands hinausreichen würde. Wir hätten dann einen kontinentalen, internationalen Konsens. Das wäre aus unserer Sicht das Richtige.

Bis dahin kann ich sagen: Falls das nicht klappen sollte, sollten wir uns vielleicht Schweden zum Vorbild machen. Dort gibt der Gesetzgeber den Energieversorgern zwar eine jährliche feste Quote vor, wie viel aus erneuerbaren Energien kommen soll, er schreibt aber nicht vor, welche Art der erneuerbaren Energie dies sein soll.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP
– Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie es uns anpacken. Dies kann nur technologieoffen geschehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! „Kostenexplosion der EEG-Umlage, eine Mehrbelastung für Familien sowie klein- und mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg“ – so lautet der Titel der heutigen Aktuellen Debatte.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Lassen Sie uns einfach einmal Stück für Stück überprüfen, was an dieser angeblichen Mehrbelastung dran ist. Fakt ist: In diesem Jahr lag die EEG-Umlage bei 6,35 Cent. Fakt ist: Sie steigt und wird im kommenden Jahr, im Jahr 2017, bei 6,88 Cent liegen. Für die Stromkunden – dies gilt für private Haushalte wie für die Industrie – ist letztlich aber die Summe aus dem Börsenstrompreis plus EEG-Umlage das Entscheidende.

In einem Interview in der FAZ von vor zwei Tagen, am 30. November, hat der Chef des sechstgrößten deutschen Energieversorgers, nämlich der MVV in Mannheim, Herr Dr. Müller, auf die Frage „Steigen nächstes Jahr die Strompreise?“ – aufgrund der Anhebung der EEG-Umlage – Folgendes ausgeführt – ich zitiere –:

(Minister Franz Untersteller)

Die gestiegene EEG-Umlage ist

– jetzt gut zuhören! –

ein verfehlteter Indikator für die systemischen Kosten der Energiewende, auch wenn diese gerade in öffentlichen Diskussionen immer wieder herangezogen wird. Denn mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien sind gleichzeitig die Großhandelsstrompreise deutlich gefallen. Was eine Last für Kraftwerksbetreiber ist, gibt Deutschland die historische Chance auf einen fundamentalen Umbau unserer Energieversorgung zu vertretbaren Kosten.

So Herr Dr. Müller. Weiter führt er aus:

Der Anteil der Stromkosten am Bruttoinlandsprodukt liegt auf dem Niveau der 1990er-Jahre. In der Industrie – gerade bei den befreiten Unternehmen – wird dieser Aspekt regelmäßig ausgeblendet. Und auch für die Privatkunden konnte trotz steigender EEG-Umlage der seit der Jahrtausendwende anhaltende Trend steigender Strompreise gebremst werden. So kann zum Beispiel unser Unternehmen

– die MVV –

die Strompreise bereits im vierten Jahr in Folge konstant halten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha! – Zuruf von der AfD: Wie wäre es denn mal mit Sinken?)

Meine Damen und Herren, Kostenexplosion sähe, denke ich, ein wenig anders aus als das, was Herr Dr. Müller in diesem Interview vor zwei Tagen ausgeführt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt mache ich Ihnen einen weiteren Vorschlag: Prüfen wir doch einmal das, was Herr Dr. Müller in diesem Interview ausgeführt hat, daraufhin ab, was dies alles denn nun in der Praxis hier in Baden-Württemberg bedeutet.

Schauen wir uns zunächst einmal die Presseerklärung der MVV vom 14. Oktober 2016 an. Sie trägt die Überschrift: „Trotz steigender EEG-Umlage: MVV Energie hält Strompreise auch 2017 stabil“. Zweitens: die Presseerklärung der EnBW vom 2. November 2016. Hier steht in der Überschrift: „Trotz höherer EEG-Umlage: EnBW hält Strompreise stabil“. Badenova, einer der großen Energieversorger in Südbaden, Pressemitteilung vom 11. November 2016, Überschrift: „Badenova hält Strompreise stabil“.

Und nehmen wir noch einen kleinen Energieversorger hinzu – das ist auch mein Energieversorger und der Energieversorger vieler anderer –, nämlich die EWS, Energiewerke Schönnau. Das Unternehmen schreibt mir einen Brief mit dem Inhalt – ich zitiere –:

Lieber Herr Untersteller, wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass wir unsere Strompreise stabil halten und diese bis zum 31.12. garantieren, obwohl u. a. die EEG-Umlage und die Netznutzungsentgelte steigen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Jetzt hören Sie bitte gut zu:

Diese Kosten können wir aber durch die preisdämpfende Wirkung der erneuerbaren Energien

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch ein Quatsch!)

auf unsere Beschaffung vollständig kompensieren.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von der SPD: Guter Energieversorger!)

Meine Damen und Herren von der AfD, Sie haben ein Problem:

(Abg. Paul Nemeth CDU: Mehrere!)

Sie haben ein Problem mit der Realität.

(Abg. Anton Baron AfD: Sinkende Rohstoffpreise!)

Denn diese hat mit der von Ihnen beschworenen Kostenexplosion auf dem Strommarkt nichts, aber auch gar nichts zu tun, wie all diese Pressemitteilungen zeigen, die ich Ihnen jetzt gerade vorgelesen habe. Was Sie dann können, ist grinsen.

(Lachen bei der AfD – Zurufe von der AfD)

Aber Sie können dem praktisch nichts entgegensetzen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Rechnen Sie doch mal!)

Was Sie hier machen – das ist hier schon zum x-ten Mal der Fall, und das wird auch in Zukunft so weitergehen; da bin ich mir sehr sicher –, das ist Ihr Muster von Politik. Sie bedienen nämlich Stimmungen, Sie schüren Ängste. Womit Sie es nicht so genau nehmen, das sind die Fakten, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe.

(Abg. Anton Baron AfD: Das waren jetzt Fakten, oder was?)

Auf der Grundlage solcher Fakten – das ist für Sie von der AfD jetzt ungewohnt – könnte man jetzt auch weitermachen.

Schauen wir uns doch einfach einmal die vor wenigen Tagen, am 24. November, vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft für die Bereiche Haushalte und Industrie vorgestellte Stromkostenanalyse – November 2016 – an. Dieser Verband wird übrigens, Herr Kollege Glück, von Herrn Kapferer geleitet, dem früheren FDP-Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.

Da gibt es verschiedene Folien.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

Ich nenne Ihnen einmal die wesentlichen Zahlen. Nehmen wir einmal die privaten Haushalte mit einem Jahresverbrauch von durchschnittlich 3 500 kWh, und schauen wir uns die Preise pro Kilowattstunde in den letzten vier Jahren an: 2013 28,84 Cent, 2014 29,14 Cent, 2015 gab es einen Rückgang auf 28,7 Cent, und 2016 liegt der Preis bei 28,8 Cent. Sprich: Gegenüber 2013/2014 gab es einen leichten Rückgang. Wo, frage ich Sie, ist die Kostenexplosion?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister – –

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nächstes Beispiel: Strompreise für die Industrie – ebenfalls entnommen aus der vor wenigen Tagen veröffentlichten Analyse des BDEW. Wir nehmen jetzt die Industrieunternehmen mit einem Jahresverbrauch zwischen 160 000 und 20 Millionen kWh. Preise in den letzten vier Jahren: 2013 15,11 Cent, 2014 15,32 Cent, 2015 15,23 Cent und 2016 15,4 Cent. Wo, frage ich Sie, ist die Kostenexplosion?

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, gestatten Sie – –

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Ich gestatte jetzt keine Zwischenfragen.

Zu guter Letzt nehmen wir noch die Strompreise für die Großabnehmer in der Industrie, sprich für die energieintensiven Unternehmen im Bereich zwischen 70 Millionen und 150 Millionen kWh. Wie sieht es da aus? 2013 10,18 Cent pro Kilowattstunde, 2014 10,48 Cent, 2015 9,76 Cent,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Aha!)

und 2016 ist ein Rückgang um 20 % auf 7,96 Cent zu verzeichnen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wo, frage ich Sie, gibt es hier eine Kostenexplosion? Das, was Sie hier machen, ist schlichtweg eine Märchenstunde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, Zahlen kann man nicht anschreien. Ihr Problem bei der AfD ist es, dass die Fakten nicht mit Ihrer auf Stimmungsmache abzielenden Politik zusammenpassen. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Zurufe von der AfD)

Fakt ist, meine Damen und Herren, dass es in den letzten 15 Jahren nicht zuletzt dank des EEG und dieser Fördersystematik gelungen ist, den Anteil der erneuerbaren Energien von 5 bis 6 % im Jahr 1998 auf heute – Herr Abg. Gruber hat es vorhin dargestellt – 32 % zu bringen.

Fakt ist auch, dass es in diesen Jahren gelungen ist, die Stromerzeugungskosten drastisch abzusenken. Bei den heutigen Windkraftanlagen in Norddeutschland liegen die Stromerzeugungskosten zwischen 4 und 5 Cent pro Kilowattstunde. In Süddeutschland betragen die Stromerzeugungskosten je nach Standort zwischen 6 und 8 Cent.

Bei der Fotovoltaik hatten wir bei der letzten Ausschreibung Preise von um die 7 Cent, 7,5 Cent in Deutschland. Eine Ausschreibung aus der letzten Woche – die erste grenzüberschreitende Ausschreibung mit Dänemark – hat einen Preis von 5,5 Cent gebracht.

Was heißt das? Damit sind wir bei den erneuerbaren Energien entweder unter dem Niveau oder auf dem Niveau der Stromerzeugungskosten von neuen konventionellen Anlagen,

sprich von Gaskraftwerken und Kohlekraftwerken. Das ist die Situation. Dazu hat das EEG in den letzten 15 Jahren ganz entscheidend beigetragen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es hat damit dazu beigetragen, dass wir Stück für Stück zu der Erzeugung von CO₂-freiem Strom übergehen. Auch dies sollte hier nicht unerwähnt bleiben.

Was wären denn die Alternativen? Dazu haben Sie natürlich nichts gesagt. Wobei: In Ihren Papieren kann man es ja nachlesen: Sie sind Anhänger der Forderung, weiter auf Kernenergie zu setzen.

Nehmen wir uns also die Kernenergie einmal vor. In England wird das Projekt „Hinkley Point“ realisiert – Kollegin Niemann hat darauf hingewiesen –, bei dem die Investoren für 35 Jahre eine feste Vergütung bekommen. Sie bekommen eine Vergütung von 11 Cent pro Kilowattstunde plus Inflationsausgleich. Wenn wir diese 35 Jahre auf die 20 Jahre EEG-Systematik umlegen, dann kämen sie im Schnitt auf eine Vergütung von sage und schreibe 18,5 Cent. 18,5 Cent!

Jetzt habe ich Ihnen gerade gesagt, wie hoch die Erzeugungskosten bei uns im Bereich der erneuerbaren Energien sind. Deshalb muss man doch fragen: Wo ist denn da die Wirtschaftlichkeit neuer kerntechnischer Anlagen?

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wilfried Klenk CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja! Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister Untersteller, lassen Sie eine Zwischenfrage des – –

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Nein, im Moment nicht.

Präsidentin Muhterem Aras: Überhaupt keine Zwischenfragen mehr.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die AfD will den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor einem Jahr hat, wie wir wissen, die Weltgemeinschaft unter Einschluss der Bundesrepublik und der EU

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

in Paris ambitionierte Beschlüsse in Sachen Klimaschutz gefasst. Diese wurden vor 14 Tagen in Marrakesch auch noch einmal bestätigt.

Wenn wir es mit dem Klimaschutz ernst meinen, dann bleibt uns gar nichts anderes übrig. Wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen, diese Beschlüsse von Paris umzusetzen, dann haben wir gar keine Alternativen – und zwar weltweit –,

(Abg. Anton Baron AfD: Ist die Atomenergie nicht CO₂-neutral?)

(Minister Franz Untersteller)

als auf eine möglichst CO₂-freie Erzeugung umzusteigen. Die eine Möglichkeit ist, auf die Kernenergie zu setzen. Mit der Entscheidung zum Atomausstieg ist diese Möglichkeit in Deutschland tabu. Die andere Alternative heißt natürlich, dass wir dann in die erneuerbaren Energien gehen müssen, wohl-gemerkt unter dem Gesichtspunkt möglichst hoher Effizienz in die erneuerbaren Energien gehen müssen. „Unter Effizienz-gesichtspunkten“ heißt natürlich auch, dies auch möglichst kosteneffizient zu machen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist auch der Grund, warum wir seitens des Landes der EEG-Novelle 2017 zugestimmt haben, nämlich dem Umstieg von einer Systematik mit festen Preisen im EEG, die wir bis-her hatten, hin zu einer zukünftigen Ausschreibung von Men-gen. Die Preise werden, wie sich das gehört, zukünftig im Rahmen dieser Ausschreibungen sozusagen in einem wettbe-werblichen Verfahren ermittelt werden.

Vermutlich werden die Stromerzeugungskosten, verehrte Kol-leginnen und Kollegen Abgeordnete, damit nochmals weiter sinken. Gleichzeitig werden die erneuerbaren Energien noch stärker an den Markt herangeführt.

Lassen Sie mich zum Schluss eines sagen: Zu glauben, dass es ganz ohne eine solche Finanzierungssystematik geht, Herr Kollege Glück, ist meines Erachtens schlichtweg naiv.

(Zuruf: Weltfremd!)

Die Börsenpreise sind dramatisch gesunken. Wir haben im letzten Jahr Börsenpreise von zwischen 2 und 3 Cent pro Ki-lowattstunde gesehen. Es ist auch nicht erkennbar, dass sich das in den nächsten Jahren ändern wird.

Diese niedrigen Börsenpreise haben dazu geführt, dass im konventionellen Bereich in Deutschland praktisch nichts mehr gebaut wird, weder im Gasbereich noch im Kohlebereich.

(Abg. Paul Nemeth CDU: Wir haben Überkapazitä-ten!)

Warum? Weil bei Stromerzeugungskosten von 6 bis 7 Cent und einem Erlös von nur 2 Cent an der Börse natürlich kein Vorstand eines deutschen Energieversorgungsunternehmens auf die Idee kommt, zu sagen: „Wir investieren in den Bau neuer Gaskraftwerke oder in etwas anderes.“ Dieses Problem haben wir im Moment.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wissen Sie, was passieren würde, wenn wir in dieser Situati-on jetzt noch sagen würden: „Wir schaffen das EEG ab; die sollen halt am Markt durchkommen“?

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Dann würden nicht nur keine Gaskraftwerke und Kohlekraft-werke mehr gebaut, sondern dann würde de facto auch im Be-reich der erneuerbaren Energien nichts mehr zugebaut.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gar keine Ahnung! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Wer so argumentiert, der gefährdet die Versorgungssicherheit in der Zukunft in Deutschland, Herr Kollege Glück.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, es ist klar – zum Schluss –, dass die Stromkosten ein wichtiger Kosten-faktor für Industrie und Privathaushalte sind. Ich persönlich bin aber fest davon überzeugt, dass es möglich ist, unsere Energieerzeugung Stück für Stück risikoärmer, nachhaltiger und klimafreundlicher zu machen und gleichzeitig – ich den-ke, das zeigen auch die von mir dargelegten Zahlen – die Ener-giepreise im Rahmen zu halten.

In einem bin ich mir aber auch ziemlich sicher: Von derarti-gen Märchenstunden, wie wir sie heute Morgen hier vonsei-ten der AfD wieder erlebt haben,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

wird sich diese Fraktion nicht abbringen lassen. Die Alterna-tive würde nämlich bedeuten, dass Sie von der AfD sich mit nüchternen Fakten auseinandersetzen müssten. Ich behaupte einmal: Nichts fürchten Sie mehr. Da bin ich mir sehr sicher.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜ-NE: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich Herrn Abg. Nemeth für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will noch einmal das Wort ergreifen, um zu sa-gen, dass diese deutsche Initiative, diese Energiewende, von weltweiter Bedeutung ist. Es gibt im englischen Sprachschatz gar kein anderes Wort. Überall, wo wir hinkommen, wird von der „German Energiewende“ gesprochen, und die ganze Welt beobachtet uns.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Nein! Die lacht sich ka-putt!)

Die ganze Welt ist daran interessiert,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Am deutschen We-sen soll die Welt genesen!)

zu erfahren, wie es einer Industrienation wie unserer gelingt, dies zu schaffen. Wir sind viel weiter.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Am Abgrund! Einen Schritt weiter!)

Wir sind viel weiter, als wir gedacht haben. Wir haben auch Fehler gemacht – das ist wahr –, aber wir haben im PV-Ber-eich, bei der Sonne, den Durchbruch geschafft, und das ist gut für die ganze Welt. In Indien gibt es 400 Millionen Men-schen, die überhaupt noch keinen Zugang zu Elektroenergie haben. Die sind froh, wenn sie drei, vier Stunden pro Tag So-larstrom bekommen. Das ist die Aufgabe, die vor uns liegt.

(Paul Nemeth)

Die deutsche Energiewende ist keine Vision. Sie ist konkret. Wir haben ein Energiekonzept; das erste wurde übrigens von Norbert Röttgen entwickelt. In diesem Konzept steht der Fahrplan, die Roadmap klar drin. Es wird so kommen, wie ich gesagt habe. Wir werden das modernste Stromsystem auf der Welt haben. Es wird übrigens auch sehr günstig werden, in 20 Jahren.

(Zuruf von der AfD: In hundert!)

Das sind Investitionen, die wir für unsere Zukunft leisten. Darüber müssen Sie einmal nachdenken. Da werden die Grenzkosten bei null liegen.

(Lachen bei der AfD)

– Ja, da werden die Grenzkosten bei null liegen.

(Widerspruch bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD:
Haben Sie in Physik aufgepasst?)

Wir werden den günstigsten Strom in ganz Europa und auf der ganzen Welt haben. Das ist deshalb gut, weil wir meiner Meinung nach nicht weniger Strom verbrauchen werden, sondern mehr. Wir werden mehr Strom für die Mobilität benötigen, und wir werden vermutlich auch mehr Strom für die Wärmeerzeugung verwenden, Stichwort Power-to-Heat. Deswegen war es richtig, die erneuerbaren Energien fit für den Strommarkt zu machen.

In einem nächsten Schritt – das geschieht in Berlin – wird der Strommarkt fit für die erneuerbaren Energien gemacht, und dafür brauchen wir weitere Produktivitätsfortschritte. Das ist wahr. Wir brauchen die Netze. Wir müssen das Speicherproblem lösen. Da sind wir aber dran. Ferner brauchen wir dieses neue Marktdesign, damit Preise nicht wie in der Vergangenheit im Parlament gemacht werden, sondern über Preise auf dem Markt entschieden wird. Mit der Auktionierung ist das jetzt so.

Deswegen ist es falsch – es ist wirklich falsch, und das meint auch die ganz große Mehrheit der Bevölkerung –, die Energiewende schlechtzureden, sie madig zu machen, sie im Grunde nicht zu wollen. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass die Energiewende so kostengünstig, so technologieoffen und innovativ wie möglich hier von Deutschland aus umgesetzt wird, damit möglichst viele Länder sie dann kopieren und uns nachmachen. Das ist gut für unser Land,

(Abg. Anton Baron AfD: Super!)

das ist gut für die Weltwirtschaft, und das ist gut für die Umwelt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Gruber das Wort.

Abg. Gernot Gruber SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Maßstab für die Glaubwürdigkeit von Kritik ist, denke ich, auch die Qualität der Alternative, die angeboten wird. Doch die Alternative, die von den Kollegen von der AfD angeboten worden ist, war gleich null. Die Atomkraft haben die anderen Redner angesprochen.

Insofern komme ich zum Fazit: Sie stehen nicht für A, sondern Sie stehen für kA: keine Alternative bei der Energiewende. Ihr Beitrag von heute war ein Trauerspiel.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Deswegen steigen die Schweizer nicht aus!)

Sie schaffen es, Probleme zu thematisieren. Ein Problem war sicherlich, dass es zeitweilig auch Verwerfungen zwischen kleinen, mittleren und großen Betrieben gab. Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Ich denke aber, dass man daran gearbeitet hat.

Ich nenne Ihnen auch ein Beispiel: Die begünstigten Unternehmen, die jetzt auch ein Stück weit mehr zahlen, haben 2013 370 Millionen € EEG-Umlage gezahlt. Jetzt zahlen sie 630 Millionen €, weil die Regeln geändert und verschärft worden sind, um gerade Probleme, auf die Sie teilweise zu Recht hingewiesen haben, anzugehen.

Insgesamt freue ich mich, dass die Redner – ich wiederhole meine Worte von vorhin – aller die Demokratie und unseren Staat tragenden Parteien und der Minister ein klares Bekenntnis zur Energiewende und zur Verantwortung hinsichtlich des Klimaschutzes abgegeben haben.

Herzlichen Dank für diesen großen Konsens

(Abg. Anton Baron AfD: Darüber freuen wir uns! Da kriegen Sie eine Medaille!)

von hoffentlich 120 Kolleginnen und Kollegen hier im Saal.

Ich bin ein bisschen enttäuscht, dass die FDP/DVP sich zwar zum Stromeinspeisungsgesetz von 1990 bekennt, im gleichen Atemzug aber dann das EEG kritisiert. Ich habe wenig Konstruktives zum EEG gehört. Das habe ich etwas bedauert.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Ansonsten hoffe ich, dass ich Sie in dem Konsens integriert halten kann.

In diesem Sinn bin ich gespannt, was für Debatten wir noch erleben werden. Ich hoffe, wir werden konstruktivere Debatten erleben

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Liegt an Ihnen!)

und Debatten mit realen Vorschlägen, die unser Land, die Energiewende und den Klimaschutz tatsächlich voranbringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Finanzen – Unsere Städte und Gemeinden nicht schwächen, sondern stärken! – Drucksache 16/794

(Präsidentin Muhterem Aras)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vor wenigen Tagen hat der Advent im Land Einzug gehalten, und spät – aus unserer Sicht zu spät – wird die Landesregierung durch die Finanzministerin in zwei Wochen den Landeshaushalt vor den Haushaltsgesetzgeber, vor den Landtag von Baden-Württemberg, bringen.

Vieles von dem, was sich die Landesregierung zu diesem Haushalt 2017 ausgedacht hat, was sie sich vorgenommen hat, wissen wir alle spätestens seit dem versehentlichen Bekanntwerden der Geheimabsprachen zum Koalitionsvertrag: zusätzliche Ausgabenwünsche in einer eigenen Liste, nicht im Koalitionsvertrag enthalten, aber eben auch die Bereiche, in denen die Landesregierung von Baden-Württemberg Ausgaben kürzen möchte.

Deswegen hat sich die SPD-Fraktion einmal die Mühe gemacht, nachzufragen: Wie sieht denn die Entwicklung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in den vergangenen fünf, sechs Jahren aus, also insbesondere in der Zeit, in der die SPD an der vorherigen Landesregierung beteiligt war?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann es vorwegnehmen: Solange die SPD mitregiert hat, ging es den Kommunen, den Städten, Gemeinden und auch den Landkreisen, in Baden-Württemberg gut.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich die Zahlen aus diesem Antrag anschauen – ich glaube, darauf können auch die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen stolz sein –, so stellen Sie fest: Wir haben in den vergangenen Jahren in manchen Bereichen, in denen CDU und FDP/DVP viel zu wenig getan hatten, sehr viel gemeinsam mit den Kommunen, den Städten, den Gemeinden und auch den Landkreisen, geschaffen.

Nehmen Sie den Bereich der frühkindlichen Bildung, bei CDU und FDP/DVP stiefmütterlich behandelt. In diesen Bereichen konnte vor Ort wenig Betreuungsqualität entstehen, vor allem weil dies die Kommunen nicht bezahlen und finanzieren konnten. Bei frühkindlicher Bildung hat das Land seine Zuschüsse an Städte und Gemeinden von 109 Millionen € im Jahr 2010 auf inzwischen 724 Millionen € angehoben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wer hat eigentlich die Bildungshäuser abgeschafft?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, es gibt keinen besseren Beitrag zur Bildung der Kinder als die Unterstützung der Städte und Gemeinden, wenn es um die Fragen der frühkindlichen Bildung in Baden-Württemberg geht.

(Beifall bei der SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Wer hat eigentlich die Bildungshäuser abgeschafft?)

Was dieses Thema angeht, meine sehr geehrten Damen und Herren – an die Kollegen der CDU gerichtet –, werden Sie, wenn wir gerade über das Thema Qualität reden – das werden Sie messen können, wenn diese Kinder dann auch die Schule besuchen –, feststellen:

(Abg. Winfried Mack CDU: Da können Sie sicher sein!)

Wir haben in Baden-Württemberg viel zu lange – das werden Ihnen alle Bildungswissenschaftler bestätigen – den Bereich der frühkindlichen Bildung nicht ausreichend berücksichtigt.

Wir haben in Baden-Württemberg auch die Grundschule vernachlässigt. Deswegen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, sind das richtige Schritte in eine gute Bildung der Kinder in unserem Land.

Nehmen Sie aber auch den Bereich der Krankenhausbauförderung. Wir haben, gerade wenn es um die Versorgung der Menschen in diesem Land durch die Kliniken der Landkreise geht, die Zuschüsse im Bereich der Krankenhausbauförderung von 337 Millionen € auf 455 Millionen € gesteigert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben dort den Stau abgebaut, der von CDU und FDP/DVP nach ihrer Regierungszeit hinterlassen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Das sind nur zwei Beispiele aus den mannigfaltigen Verbindungen zwischen Land sowie Städten und Gemeinden, wenn es um gute Zusammenarbeit geht. Viele Städte, Gemeinden und Landkreise, gerade auch Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister, auch gerade der CDU angehörende, haben von den vergangenen fünf Jahren gesprochen als einer Zeit, in der das Land den Kommunen auf Augenhöhe und respektvoll begegnet ist.

Aber man darf nicht nur in Sonntagsreden über die Wichtigkeit der Städte und Gemeinden und auch der Landkreise philosophieren. In zentralen Aufgabenfeldern wie z. B. Bildung, Wohnungsbau und Integration brauchen unsere Kommunen Unterstützung, liebe Kolleginnen und Kollegen, und nicht eine Landesregierung, die die Finanzbasis der Städte und Gemeinden schwächt.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne es noch einmal zusammenfassend – das ist auch Teil des Antrags –: Die Summe der Leistungen vom Land an die Kommunen wurde im Zeitraum von 2010 bis 2015 von 6,1 Milliarden € auf 9,1 Milliarden € erhöht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, dieses Geld ist gut angelegtes Geld, um dieses Land Baden-Württemberg dort zu stärken, wo die Aufgaben umgesetzt werden, nämlich in unseren Kommunen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber was passiert jetzt? Von Augenhöhe ist nicht mehr die Rede. Die Landesregierung geht in Verhandlungen mit Landkreisen, Städten und Gemeinden. Die Vorgängerregierung hatte die sogenannte Vorwegentnahme in drei Schritten zugunsten der kommunalen Seite auf 315 Millionen € reduziert. Dies war und ist eine Maßnahme zur Stärkung der kommunalen Finanz-

(Andreas Stoch)

basis und geschah auch in Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung. Denn dadurch können vor Ort Spielräume entstehen, die von den Kommunen nach eigener Entscheidung dann auch entsprechend genutzt werden können.

Sie gehen aber nun nicht – was richtig wäre – weitere Abbau-schritte. Nein, Sie schwächen die Kommunen durch Erhöhung der Vorwegentnahme um tatsächlich 250 Millionen € pro Jahr, und dabei täuschen Sie auch noch die Öffentlichkeit, weil Sie nur von 200 Millionen € in den Jahren 2017 und 2018 sprechen. Tatsächlich rechnen Sie Beträge, die den Kommunen ohnehin zustehen, gegen, z. B. 20 Millionen € als Ausgleich für die teuflische Verwaltungsreform und weitere 30 Millionen € für den Bereich Integration.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wer so mit den Kommunen umgeht, der braucht sich nicht darüber zu wundern, dass von den Kommunen diese obrigkeitliche, diese Gutsherren-art inzwischen heftig kritisiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Thema „Tricksen, Tarnen und Täuschen“ zieht sich ja auch durch die weiteren Bereiche hindurch.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist aber geklaut!)

Wir haben dieser Tage von der Landesregierung verkündet bekommen, dass 320 Millionen € für das Thema Integration in den kommenden beiden Jahren an die Kommunen weitergeleitet werden. Das klingt zunächst natürlich attraktiv. Aber jetzt schauen wir doch mal, was dahintersteckt. Kein Wort davon, dass auf der Einnahmeseite – nämlich Einnahmen des Bundes für dieses Thema, Zahlungen an das Land – insgesamt 780 Millionen € stehen. Denn die von Ihnen, Herr Ministerpräsident, so geschätzte Bundeskanzlerin hat am 7. Juli mit den Ministerpräsidenten vereinbart, dass der Bund 2016, 2017 und 2018, also drei Mal, 2 Milliarden € zur Verfügung stellt, für Baden-Württemberg demnach drei Mal 260 Millionen € – Geld, das für die Integrationsarbeit in Städten und Gemeinden und Landkreisen gedacht ist, Geld, das dort dringend gebraucht wird, um z. B. die Anschlussunterbringung und den Wohnungsbau zu finanzieren. Sie enthalten den Kommunen einen großen Teil dieses Geldes vor. Herr Ministerpräsident, liebe Landesregierung, liebe Ministerinnen und Minister, das ist nicht die Art und Weise, wie die Kommunen Unterstützung bei der Bewältigung dieser Probleme brauchen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Winfried Mack CDU:
Das stimmt doch gar nicht! – Gegenruf des Abg.
Reinhold Gall SPD: Das stimmt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieses Bild passt auch, dass das grüne Finanzministerium großzügig erklärt, die von der SPD im Bund durchgesetzten 5 Milliarden € für die Kommunen tatsächlich vollständig an die Kommunen weiterzuleiten. Hier geht es eben um die dringend erforderliche Unterstützung von Städten, Gemeinden und Landkreisen bei der Eingliederungshilfe. Im Koalitionsvertrag im Bund hat die SPD diese Unterstützung durchgesetzt. Die baden-württembergischen Kommunen erhalten davon ab 2018 rund 600 Millionen €. Über den kommunalen Finanzausgleich kassieren Grüne und CDU aber die Hälfte dieser Entlastung gleich wieder ein. Es gibt eben dann doch erhebliche Unterschiede zwi-

schen den regierenden Parteien. Die SPD hat die Kommunen unterstützt. Grüne und CDU schwächen die Kommunen, und das ist der falsche Weg für Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, enthält unser Antrag, der als vorgezogene Initiative heute behandelt wird, auch einen Beschlussteil. Wir schlagen Ihnen vor, den kommunalfreundlichen Kurs der vergangenen fünf Jahre fortzuführen. Wir beantragen deshalb heute, die Vorwegentnahme im FAG nicht zu erhöhen, wie es Grüne und CDU vorschlagen. Wir wollen sie senken und damit die Arbeit der Städte, Gemeinden und Landkreise stärken und nicht schwächen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sprechen Sie einmal mit den kommunalpolitisch Verantwortlichen vor Ort, gerade auch mit grünen Oberbürgermeistern. Herr Salomon, der Oberbürgermeister der Stadt Freiburg, sagt, er sei schockiert von der völligen Ahnungslosigkeit aufseiten der Landesregierung in Sachen Kommunalfinanzen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha!)

Ich kann dem nichts hinzufügen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lisbach das Wort.

Abg. Bettina Lisbach GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Starke Kommunen sind unser Fundament in Baden-Württemberg. Das Land muss den Kommunen ein verlässlicher Partner sein. Ich denke, wir sind uns einig darin, dass dazu natürlich auch eine angemessene Finanzausstattung notwendig ist. Deswegen hat sich das Land in den letzten Jahren sehr für die Kommunen engagiert. Die Stellungnahme des Finanzministeriums zu dem vorliegenden Antrag zeigt dies ganz deutlich auf.

Herauszuheben – das wurde gerade schon vom Kollegen Stoch gemacht – sind der enorme Zuwachs bei der Förderung der frühkindlichen Betreuung, der Zuwachs bei der Förderung des Breitbandausbaus über eine Vervielfachung der Zuschüsse, der deutliche Anstieg der Mittel für die Krankenhausfinanzierung.

(Abg. Sascha Binder SPD: Es ist ja auch eine Aufgabensteigerung da! Das geschieht nicht nur aus Spaß an der Freud!)

All das bleibt auch zukünftig bestehen bzw. wird noch weiter verstärkt, insbesondere wenn ich an das Thema Breitbandausbau denke. Es ist gut, dass alles das weiter bestehen bleibt, was wir hier in den letzten Jahren auch gemeinsam mit der SPD auf den Weg gebracht haben. Aber wir sollten das bei der aktuellen Diskussion auch bitte nicht vergessen.

Auch die Zuweisungen des Landes aus den Steuereinnahmen an die Kommunen sind kontinuierlich gestiegen. Aber dabei müssen wir auch sehen, dass sich gleichzeitig die finanzielle

(Bettina Lisbach)

Situation bei Land und Kommunen auseinanderentwickelt hat. Die Einnahmen der Kommunen sind in den letzten Jahren deutlich stärker gewachsen als die des Landes.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Ausgaben aber auch!)

Die Finanzierungssalden der Kommunen sind im Schnitt klar positiv, beim Land liegen sie nur relativ knapp über null. Das sind klare Indizien dafür, dass es jetzt auch gilt, die Finanzbeziehung zwischen Land und Kommunen neu auszutarieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Aha! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Ausgabenseite ist wesentlich höher geworden!)

Unser Ziel ist, dass die Verteilung der Finanzmittel über das Land hinweg ausgewogen ist, sodass eine optimale Aufgabenerfüllung möglich ist. Das Problem dabei ist natürlich, dass die Situation der Kommunen im Land sehr unterschiedlich ist und deswegen auch eine differenzierte Betrachtung der Situation notwendig ist. Deswegen ist es uns Grünen wichtig, mit den Finanzierungsinstrumenten dort anzusetzen, wo die Mittel dringend gebraucht werden, wo sie am nötigsten sind. Dazu sage ich gleich noch etwas.

Bei der ganzen Diskussion war uns jetzt aber auch wichtig, dass es zu einer Einigung zwischen Land und kommunalen Landesverbänden kommt. Wir sind sehr froh, dass dies Anfang November geklappt hat. Da wurden einstimmige Beschlüsse gefasst, Beschlüsse, die von den kommunalen Landesverbänden unisono mitgetragen wurden. Es ist also wirklich abwegig, hier von Trickserei zu sprechen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Herr Kehle war begeistert! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Es wurde dabei ein tragfähiger Kompromiss erreicht, der natürlich vom Entgegenkommen beider Seiten geprägt ist, wie das bei Kompromissen so ist. Die Höhe der Verbundquote bleibt bis 2021 unverändert bei den bisherigen 23 %. Das war ein wichtiges Anliegen der Kommunen. Das Land ist dem nachgekommen. Von diesen Zuweisungen wird jetzt ein gestaffelter Betrag gekürzt. Die Vorwegentnahme wird um 200 Millionen € bis 230 Millionen € pro Jahr höher ausfallen als bisher; das ist in der Tat richtig. Aber es gibt eben auch verschiedene andere Pakete oder Teile des Pakets, die zu Mehreinnahmen führen, wie der Pakt für Integration mit 160 Millionen € pro Jahr für die Integration von Flüchtlingen.

(Abg. Rainer Hinderer SPD: Bundesmittel! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das sind Bundesmittel, und dem stehen Ausgaben gegenüber!)

Das ist einfach eine gemeinschaftliche Aufgabe. Deswegen ist auch hier eine faire Aufteilung der Mittel erfolgt, die, wie gesagt, von allen Seiten mitgetragen worden ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Teil des ausgehandelten Pakets war auch ein kommunaler Sanierungsfonds, der auch uns in der Fraktion GRÜNE ein ganz besonderes Anliegen ist, weil er die Kommunen gezielt unterstützt beim Abbau von Sanierungsstaus, bei der Sanierung von Schulgebäuden und anderen Vorhaben, die auch Sie von der

SPD als wichtig erachtet haben. Zum Ausbau und zur Sanierung der kommunalen Infrastruktur, zu Ersatzinvestitionen in den öffentlichen Nahverkehr, zu all dem wird der kommunale Sanierungsfonds dienen.

Weitere Unterstützungsprogramme sind ebenfalls vorgesehen. Im Koalitionsvertrag ist auch festgelegt, dass wir einen Ausbau der Wohnraumförderung wollen. Auch dafür wird es zusätzliches Geld geben, das die Kommunen entlastet und sie bei ihren Aufgaben unterstützt und fördert.

Wie vorhin schon erwähnt: All die Förderungen, die wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, werden nicht rückabgewickelt, sondern es wird auf hohem Niveau weitergehen.

Wir meinen, dass es insgesamt wirklich ein faires Gesamtpaket ist, das die Kommunen nicht schwächt. Die Kommunen werden 2017 noch einmal deutlich mehr Geld zur Verfügung haben als 2016. Sie bekommen 2017 auch über den Steuerverbund mehr Geld als 2016. Von einer Schwächung der Kommunen kann also nicht die Rede sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch! Sie zahlen selbst! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die Ausgaben werden größer!)

Das Land bleibt ein verlässlicher Partner der kommunalen Seite, wobei für uns zur Verlässlichkeit eben auch ein vorausschauender Umgang mit den Finanzmitteln und eine Einhaltung der Schuldenbremse 2020 gehören. Wir meinen, dass das Land mit dem erzielten Verhandlungsergebnis auf dem richtigen Weg ist, auch für den kommenden Haushalt 2017.

Deswegen werden wir den Beschlussvorschlag auch ablehnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Mack das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Land Baden-Württemberg hat sich immer als fairer und verlässlicher Partner der Kommunen verstanden. Für uns war es ein ganz wichtiges Ziel, dass wir zu einer Vereinbarung mit den Kommunen kommen. In dieser Vereinbarung haben wir die Finanzbeziehungen bis 2021 einvernehmlich regeln können.

Herr Kollege Stoch, den Vorwurf von „Tricksen, Tarnen und Täuschen“ haben Sie jetzt vier Wochen nach dieser Vereinbarung erhoben. Einen solchen Vorwurf haben uns die Kommunen nicht gemacht. Wir sind zu einer fairen Vereinbarung gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es beim Haushalt! Da haben die Kommunen nicht das Sagen!)

Starke Kommunen sind das Fundament unserer Gesellschaft. Die Art, wie wir leben und leben wollen, wird entscheidend vor Ort, in der Stadt, in einer Gemeinde geprägt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig!)

(Winfried Mack)

Die meisten Menschen identifizieren sich zuerst mit ihrer Kommune, ihrer Stadt, ihrer Gemeinde. Sie sagen zuerst: Ich bin Stuttgarter. Erst dann sagen sie: Ich bin Baden-Württemberger, Deutscher oder Europäer.

Die Verantwortlichen vor Ort in den Kommunen wissen, wo der Schuh drückt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Warum kürzen Sie dann?)

Sie kennen die Sorgen und Nöte der Bürgerinnen und Bürger und wollen mit dem Haupt- und dem Ehrenamt diese Sorgen auch bewältigen.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen: Was die Ehrenamtlichen in den Kommunen in den vergangenen Monaten und Jahren geleistet haben, ist unglaublich. Viele klagen jetzt darüber, dass sie an einer Belastungsgrenze angekommen sind.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Richtig! Genau! Darum geht es!)

Auch das müssen wir wahrnehmen, auch da müssen wir helfen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Darum geht es!)

Unsere Kommunalpolitiker, unsere Bürgermeister, Gemeinderäte, Landräte, Kreisräte leisten harte Arbeit. Sie denken voraus, suchen Kompromisse, führen die Gesellschaft zusammen. Wir von der CDU haben 4 700 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte und verstehen uns als Kommunalpartei. Wir sagen und für uns gilt: Wer ein starkes, funktionierendes, lebendiges Land gestalten will, muss auf starke Kommunen setzen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber warum entziehen Sie ihnen dann Geld?)

– Herr Kollege Gall, darauf werde ich Ihnen eine Antwort geben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich bin mal gespannt!)

Für uns gilt das Subsidiaritätsprinzip.

(Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Für uns gibt es keine „untere Ebene“ und keine „obere Ebene“, sondern bei uns haben die Kommunen das erste Recht.

(Abg. Sascha Binder SPD: Außer beim Geld!)

Die größere Einheit darf nur dann eine Aufgabe erledigen, wenn erwiesen ist, dass sie es besser macht als die kleinere Einheit. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, für uns ist das keine Prinzipienreiterei. Uns geht es damit um mehr Bürgernähe, um mehr Überschaubarkeit, um mehr Demokratie – weil damit das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger erleichtert wird – und um die Förderung der Eigenheiten eines Ortes

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Gemeindefinanzen stehen nicht auf der Tagesordnung!)

zur Entfaltung der individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen. Wir wollen unsere Kommunen nicht gängeln.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist ja ein Witz!)

Deswegen haben wir eine Vereinbarung über den KIF getroffen und bei der Integrationsförderung gesagt:

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die machen das Gegenteil von dem, was sie sagen!)

„Die pauschalen Mittel müssen erhöht werden, und die Programmmittel müssen verringert werden.“ Wir haben auch keine klebrigen Hände. Wir leiten beispielsweise die Mittel für die Kosten der Unterkunft in der Anschlussunterbringung in Höhe von 117 Millionen € 1 : 1 weiter.

Herr Stoch, wenn Sie ein Zitat eines SPD-Manns haben wollen, kann ich Ihnen den Oberbürgermeister der Stadt Aalen zitieren. Man muss wissen: Der OB in Aalen ist ein SPD-Mann. In der heutigen Ausgabe der „Schwäbischen Post“ sagt er:

Gute Nachricht für alle Aalener: ... Es wird keine Erhöhung der Grundsteuer geben. Dem OB fällt das allerdings nicht ... schwer. Denn: Das Land gibt ab 2018 jährlich 1 Milliarde € an Städte und Kommunen weiter.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das schmerzt, gell?)

Das Geld stammt vom Bund

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

und dient der Entlastung der Kommunen. Die Stadt kann so mit 2,55 Millionen € mehr aus der Umsatzsteuer rechnen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aber nicht vom Land!)

Deswegen kann sie auf die Grundsteuererhöhung verzichten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was will er uns erzählen?)

Herr Kollege Stoch, was sagen Sie dazu? Das sagt Ihr Parteikollege.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut! – Abg. Andreas Stoch SPD: Ich bin sprachlos!)

Wir fordern den Bund auf

(Unruhe)

– hören Sie zu, Herr Kollege Stoch –, das Grundgesetz, den Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip zu achten. Eine gegenteilige Grundgesetzänderung lehnt diese Koalition ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Tosender Beifall der Frau Razavi! – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie müssen sich so ausdrücken, dass Ihre eigene Fraktion noch mitkommt!)

Der Bund hat ein Programm für finanzschwache Kommunen aufgelegt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie reden vom Bund! Wir reden hier vom Land!)

(Winfried Mack)

Die Mittel, die darüber zur Verfügung stehen, sollen erhöht werden. Wir halten es für völlig falsch, dass der Bund immer stärker in die Länderkompetenz eingreift und einzelne Programme wie dieses auflegt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Lehnen Sie das Geld ab?
– Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Das führt dazu, dass die Kommunen, die nicht so stark sind, die ihren Haushalt in den vergangenen Jahren nicht konsolidiert haben – In Nordrhein-Westfalen sind sage und schreibe 171 Kommunen nicht mehr kreditfähig.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Man muss sich das mal auf der Zunge zergehen lassen. Der Bund legt für diese Kommunen ein Programm auf, belohnt den Schlendrian, und wir werden bestraft, beispielsweise indem die Finanzkraft der Kommunen beim Länderfinanzausgleich jetzt zu 75 % berücksichtigt wird und wir sozusagen zur Kasse gebeten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das darf nicht sein. Dagegen wenden wir uns strikt.

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Winfried Mack CDU: Ich komme zum Schluss.

Präsidentin Muhterem Aras: Ein Satz!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Schade! Er hat heute eigentlich noch nichts zur Diskussion gesagt! Man müsste seine Redezeit noch verlängern!)

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Stoch, ich will etwas zu Ihrem Antrag sagen: Man könnte die ganzen im Antrag genannten Vorhaben umsetzen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Man müsste es machen!)

Wenn die Regierung des Landes Baden-Württemberg keine Nachhaltigkeitslücke in Höhe von 2,6 Milliarden € vorgefunden hätte, wenn die SPD in der vergangenen Legislaturperiode keine Konsolidierungspause eingelegt hätte

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die SPD? – Abg. Nicole Razavi CDU: Genau! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

und wenn es anders um die Finanzen stünde, dann könnte man Ihrem Antrag folgen.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Mack!

Abg. Winfried Mack CDU: Da das nicht der Fall ist, müssen wir zu einer anderen Vereinbarung kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Hoffentlich wird das im Gt veröffentlicht!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen das Wort.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Ein wenig schmunzeln musste ich schon, als ich den Antrag unserer roten Genossen durchgelesen habe.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir sind nicht Ihre Genossen! Damit das klar ist! – Unruhe bei der SPD)

– Ich korrigiere: den Antrag der roten Genossen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Okay!)

Ihr Antrag klingt ein wenig nach sozialdemokratischer Selbstbeweihräucherung. Herr Stoch hat diesen Eindruck in seiner Rede soeben noch einmal verfestigt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist ja auch begründet!)

Sinngemäß heißt es in Ihrem Antrag, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise die Unterstützung erhalten sollten, die ihnen in den letzten fünf Jahren gewährt wurde, also zu Zeiten, als die Landes-SPD noch keine Kleinpartei war und – Sie erinnern sich – Regierungsverantwortung hatte. Das waren noch Zeiten! Natürlich schwelgt man als Sozialdemokrat gern in Nostalgie, in weiser Voraussicht, dass diese Zeiten so schnell nicht wiederkommen werden.

(Beifall bei der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Können Sie auch etwas anderes als Häme? Peinlich, peinlich!)

Dann lobt man sich gern selbst. Aber Eigenlob stinkt bekanntlich, so auch in diesem Fall.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da wundert mich gar nichts mehr! Meine Güte!)

Natürlich sollte man – da stimme ich Ihnen ganz ausdrücklich zu – unsere Städte und Gemeinden nicht schwächen, sondern stärken. Das haben wir ja von Anfang an gefordert. Allerdings fordern wir einen Bottom-up- statt eines Top-down-Föderalismus. – Entschuldigung.

(Zuruf von der SPD: Ja, ja!)

Ja, doch, so ist es richtig. Bottom up, von unten hoch und nicht von oben herunter.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist halt ein bisschen komplizierter!)

Gelebte und direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild, eine stärkere Gemeindeautonomie und – Achtung, jetzt kommt's – Subsidiarität, aber nicht so, wie Herr Mack das sagt. Das ist nämlich genau das Problem, das wir haben. Sie verwenden hier „Föderalismus“ und „Subsidiarität“ permanent als eine Worthülse. Das ist reine Kosmetik.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein, es ist keine Kosmetik! Sie haben es nicht verstanden!)

– Nein, Sie haben das wirklich nicht verstanden.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wer hat es jetzt nicht verstanden?)

(Dr. Jörg Meuthen)

Wir müssten nach Schweizer Vorbild operieren, dann wäre es richtig. „Föderalismus“ heißt „von unten nach oben“ und nicht „von oben nach unten“. Das machen wir grundfalsch. Wer zahlt, bestimmt. Wir machen es immer von oben nach unten.

Sie beklagen mit Recht, dass wir, die Länder – auch das Land Baden-Württemberg –, am Nasenring des Bundes geführt werden – so ist es –, weil die Kernkompetenz nämlich oben ist,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

und zwar die Ertragshoheit und die Gestaltungshoheit.

Genau das gleiche Spielchen spielen wir im Land-Kommune-Verhältnis auch. Der KFA, der kommunale Finanzausgleich, geht nur von oben nach unten. Richtig gedacht, müsste er von unten nach oben gehen. Das ist unser Kernproblem. Das ist ein systemisches Problem, das wir haben.

(Beifall bei der AfD)

Alles das impliziert aber auch eine Abschwächung des EU-besoffenen Zentralisierungswahns, für den – mit Ausnahme von uns, der AfD – alle hier im Hause vertretenen Parteien nun einmal stehen.

Dies impliziert ferner auch eine Stärkung der Städte, Gemeinden und Landkreise. Doch gerade die wurden in den letzten Jahren – da würde ich Ihnen von der SPD vehement widersprechen – massiv geschwächt und eben nicht gestärkt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das sehen die komischerweise aber ganz anders! Lesen Sie doch mal nach, was die dazu gesagt haben!)

– Natürlich ist das so.

Unsere Gemeinden stehen im Zuge der völlig verantwortungslosen Politik der offenen Grenzen und der daraus resultierenden illegalen Masseneinwanderung vor schweren Herausforderungen. Die haben die eigentliche Last zu tragen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, jetzt sind wir wieder beim Thema! – Zuruf von der CDU: Vergessen Sie Gender nicht!)

– Das haben wir nicht drin.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nicht drin?)

Aber ich bitte Sie: Wer hat die Lasten zu tragen? Es sind die Kommunen, die sie zu tragen haben, und die werden jetzt am Nasenring durch die Manege geführt.

(Beifall bei der AfD)

Sie, die Kommunen, haben die eigentliche Last zu tragen, die man mit einer vernünftigeren Politik – mit Verlaub – natürlich hätte umgehen können. Hier hätte es gereicht, geltendes Recht einzuhalten. Stattdessen erleben wir eine Politik multipler Rechtsbrüche, eine Politik, für die die Kanzlerdarstellerin Merkel und ihre roten Koalitionäre im Bund verantwortlich zeichnen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt sind wir wieder beim Thema!)

– Das ist nun einmal ein kommunales Thema; das können Sie gar nicht verhindern.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber Ihre Herleitung ist Unfug!)

Man kann nur froh sein, dass nicht auch noch die zuwanderungsfanatischen Grünen Teil Ihrer unheilvollen Allianz sind.

Ja, meine Damen und Herren, wir müssen die Gemeinden und die Städte stärken. Nur reicht es hierfür eben nicht aus, in Ballungsräumen die Mittel für die soziale Wohnraumförderung und den Ausbau des Nahverkehrs und in ländlichen Gegenden die Mittel für Infrastruktur zu erhöhen und sich hierfür anschließend gegenseitig auf die Schulter zu klopfen. Nein, bloße Mittelerhöhungen reichen nicht aus. Sie enden allzu oft in maßloser Steuerverschwendung. Das weiß in diesem Haus keiner besser als Sie. Damit haben Sie ja jahrelange Erfahrungen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie sprechen aber gerade über die Kommunen! Das ist eine Unverschämtheit! Wo verschwenden die denn Steuergelder?)

– Ja, wir sind immer unverschämt. Ich weiß das.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein, Sie reden einfach Unfug! Wo verschwenden die Kommunen Steuergelder?)

Geld, das investiert werden soll, muss eben auch klug und nachhaltig investiert werden. Wird es falsch investiert, dann wirkt es sogar kontraproduktiv. So wären z. B. gettoartige Betonwüsten sicherlich das dümmste Rezept für Lösungen des immer ärger werdenden Wohnungsmangels, den ja mit Recht niemand hier im Haus übersieht.

Dass die Migrationskrise auch auf diese Art die gesellschaftlichen Konflikte in unsere Wohngebiete bringen würde, weiß jeder, der den Kontakt zur Realität noch nicht ganz verloren hat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf: Ein bisschen langsamer! – Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das hat inzwischen auch unser Innenminister Strobl erkannt, der plötzlich eine härtere Gangart bei der Abschiebep Praxis einfordert und damit unsere Forderungen, die Forderungen der AfD, 1 : 1 übernimmt. AfD wirkt eben.

(Beifall bei der AfD)

Damit hat Ihr Regierungspartner übrigens ein nicht unbeachtliches Problem. Aber das wissen Sie ja.

Aber diese Einsicht kommt reichlich spät. Bekanntlich halten sich in Baden-Württemberg nach wie vor rund 36 000 abgelehnte Asylbewerber auf, und täglich kommen neue dazu; derzeit bevorzugt Afrikaner, die über den ach so unsicheren Drittstaat Schweiz einreisen, und zwar ganz gemütlich mit der Straßenbahn

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Oder mit dem Taxi!)

von Basel nach Weil am Rhein.

(Dr. Jörg Meuthen)

Das ist ein kommunales Problem, ein Skandal ersten Ranges. Diese Leute dürften deutschen Boden erst gar nicht betreten; dann brauchte man sie später gar nicht erst abzuschleppen. Das würde dann auch die Städte und Gemeinden tatsächlich entlasten, die aufgrund des hohen Handlungsdrucks bereits jetzt an ihre Grenzen stoßen,

(Zuruf von der AfD: Ja!)

wie dem Gemeindefinanzbericht unschwer zu entnehmen ist. Das wird ja wohl niemand hier ernsthaft bestreiten.

Aber dies ist ja mit den hier versammelten Weltenrettern der Kartellparteien nicht zu machen – noch nicht, wie ich abschließend anmerken möchte; denn auch hier wirkt die AfD.

Dessen ungeachtet und abschließend: Der Antrag der SPD ist, im bestehenden System gedacht, insgesamt vernünftig. Deswegen werden wir dem zustimmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zur SPD: Erst hat er euch fünf Minuten lang beschimpft und dann erklärt er, er stimmt zu!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Aden.

Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine traditionelle Stärke unseres politischen Systems sind selbstbewusste, mit politischem und finanziellem Handlungsspielraum ausgestattete Gemeinden und Städte. Dem können wohl alle zustimmen. Ich denke, es gelten auch folgende Gesetze: schwache Kommunen, schwacher Staat; starke Kommunen, starker Staat; gesunde Kommunen, gesunder Staat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Es stellt sich allerdings für uns – für mich und für die FDP/DVP-Fraktion – die Frage: Herr Stoch, ist das Thema wirklich so aktuell,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gucken Sie mal in den Haushalt!)

wie es Ihr Antrag „Unsere Städte und Gemeinden nicht schwächen, sondern stärken!“ wirklich suggeriert?

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Dazu ein paar Bemerkungen. Im Rahmen meiner Bereisung der Kommunen des Wahlkreises Rottweil habe ich mittlerweile 16 von 21 Kommunen besucht und mich natürlich nach Investitionen, Haushaltsmitteln usw. erkundigt. Das Ergebnis war eindeutig. Natürlich wurde überall geklagt, aber im Grunde war man mit der derzeitigen finanziellen Situation durchaus zufrieden. In fast allen Kommunen war die Situation gut, waren die Gewerbesteuererinnahmen so hoch wie nie. Aber wir alle wissen, dass Investitionen in die Infrastruktur eine Daueraufgabe sind, die jetzt und in Zukunft viel Geld erfordern wird.

Worum geht es der SPD bei ihrem Antrag? Ich möchte mich eigentlich gar nicht über Zahlen auslassen. Es geht vor allem darum, dass der Vorwegabzug des Landes reduziert wird und auf diese Weise eben den Kommunen mehr Geld zur Verfügung steht. Es lohnt sich fast gar nicht, über die Zahlen zu sprechen, weil sie sich ja tagtäglich ändern.

(Zuruf von der SPD: Hä?)

Als Landespolitiker, aber auch als Mitglied eines Kreistags muss man sich natürlich die Frage stellen: Wo schlägt mein Herz, hier im Land oder dort in der Kommune?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Beides!)

Wer braucht das Geld dringender, das Land, das 2020 die Schuldenbremse einhalten muss, oder die Kommune, die nah am Bürger ist und die marode Infrastruktur tatsächlich vor Augen sieht? Wo ist das Geld besser aufgehoben?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hm!)

Ist es eine seriöse und vor allem auch effektive Finanzpolitik des Landes, das Geld erst den Gemeinden zu nehmen und dann über Förderprogramme wieder auszukehren? Gilt noch das Konnexitätsprinzip: „Wer bestellt, bezahlt“? Und überhaupt: Ist die finanzielle Situation des Landes so, dass die Forderung der SPD berechtigt ist?

Schauen wir uns einmal die Zahlen an. Obwohl sich diese tagtäglich ändern, ist die Tendenz eindeutig: Finanziell wird im Grunde derzeit alles besser.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt so nicht!)

Was kommt bei den Kommunen im nächsten Jahr an? Von Bund und Land fließen insgesamt ca. 130 Millionen € für Integrationskosten zusätzlich in die Kommunen. Allerdings fehlen insgesamt 200 Millionen €, da der Anteil an den Steuern aufgrund der neuen Steuergesetze sinken wird. Erst ab 2020 macht sich durch den geänderten Finanzausgleich ein Plus von ca. 200 Millionen € bemerkbar. Die Kosten für die Flüchtlinge, für Kinderbetreuung sind allerdings jetzt schon gestiegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Genau!)

Schauen wir uns einmal die Rahmenbedingungen für den Landeshaushalt an. In meinem Konzept steht nur: allein 2016 deutliche Steuermehreinnahmen von 500 Millionen € – nach der gestrigen neuen Steuerschätzung 1,2 Milliarden € –, deutliche Reduktion der Flüchtlingskosten um wahrscheinlich ca. 1 Milliarde €, Bundeshilfen für die Integration, Senkung der Zinsausgaben durch die Niedrigzinsphase. In Anbetracht dieser Zahlen, sehr geehrte Damen und Herren, wäre eine Senkung des Vorwegabzugs durchaus zu erwarten. Die Landesregierung sollte vielleicht beim Sparen, bei der Senkung der Ausgaben bei sich anfangen und nicht bei den Kommunen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Aber ich hoffe, dass es der SPD, sehr geehrter Kollege, nicht nur um den schnöden Mammon geht.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

(Dr. Gerhard Aden)

Ich möchte noch zwei, drei Anmerkungen machen, bevor ich zum Schluss komme. Die FDP überlegt beispielsweise: Ist es nicht sinnvoller, von vornherein die finanzielle Grundausstattung der Kommunen zu verbessern, statt über Umwege durch Förderungen in die Kommunalpolitik hineinregieren zu wollen? Ist es nicht wirtschaftlicher und vernünftiger, bürokratische Vorgaben, wie etwa in der Landesbauordnung, auf das unbedingt Notwendige zu reduzieren,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

um Spielräume vor Ort zu vergrößern?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Ist es nicht sinnvoller, die Kommunikation zwischen Landesbehörden und kommunalen Verbänden zu verbessern? Ist es nicht sinnvoller, die Gestaltungsmöglichkeiten der kommunalen Schulträger bei ihrer Entscheidung über die Schulart vor Ort zu stärken? Kommunen zu stärken hat doch in der Realität noch eine ganz andere Dimension als nur die finanzielle Ausstattung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Noch ein letzter Satz: Wenn wir uns an die hardenbergschen und steinschen Reformen Anfang des 19. Jahrhunderts erinnern – Preußen war zu der Zeit ziemlich im Eimer, wenn ich es einmal so sagen darf –, können wir feststellen, dass die Selbstverwaltung der Kommunen dazu geführt hat, dass das Gemeinwesen deutlich stärker geworden ist.

Also: Grundsätzlich stehen wir dem Antrag der SPD positiv gegenüber, gerade in der jetzigen Situation.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Staatssekretärin Dr. Splett.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ein zentraler Eckpfeiler des Erfolgs Baden-Württembergs sind unsere starken, selbstbewussten und handlungsfähigen Kommunen.

(Zuruf: Bisher!)

Kommunale Selbstverwaltung wird bei uns seit jeher großgeschrieben. Ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Land und Kommunen wird bei uns seit jeher gepflegt. Eine solide Finanzausstattung unserer Kommunen wird bei uns seit jeher gewährleistet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Das ist gute Tradition, getragen von einem breiten politischen Konsens in diesem Land, der auch heute in dieser Debatte spürbar war. Diese Tradition wird natürlich auch die grün-schwarze Landesregierung fortführen und pflegen, damit un-

sere Kommunen auch in Zukunft stark und handlungsfähig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Die gute Partnerschaft zwischen Land und Kommunen geht aber weit über die reinen Finanzbeziehungen hinaus. Land und Kommunen arbeiten für die gleichen Bürgerinnen und Bürger. Die großen Zukunftsherausforderungen wie Klimaschutz, Integration, Bildung, Innovation sind alle nur gemeinsam zu bewältigen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das Land setzt sich beim Bund für Anliegen der Kommunen ein und hat damit in den vergangenen Jahren und Monaten große Erfolge erzielt, die auch finanziell bei den Kommunen ankommen. Dies gilt für Leistungen des Bundes – Stichwort Fiskalpakt –, beispielsweise die Entlastung bei der Grundsicherung und den Kosten für Unterkunft und Heizung, es gilt aber auch bei der Einigung über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen, von denen eben und gerade auch die Kommunen ab 2020 profitieren werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Winfried Mack CDU)

Ja, meine Damen und Herren, es ist ein wichtiges Ziel dieser Landesregierung, den Haushalt zu konsolidieren, also die Einnahmen und die Ausgaben auf Dauer ins Lot zu bringen und dabei Zukunftsinvestitionen nicht zu vernachlässigen.

Bekanntermaßen ist es 2015 und 2016 gelungen, einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen. Das wird uns auch 2017 gelingen. Dies wird uns erst recht auch in den darauffolgenden Jahren gelingen. Natürlich werden wir die Schuldenbremse im Jahr 2020 einhalten, und zwar nicht mit Ach und Krach, sondern souverän und verlässlich, wie es sich für ein Land wie Baden-Württemberg gehört.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es ist aber leider kein „gemähtes Wiesle“, sondern es steckt eine mittelfristige Finanzplanung dahinter. Diese stammt im Übrigen noch aus der Feder des roten Finanzministers.

(Zurufe: Aha!)

Diese beinhaltet für das kommende Jahr eine Deckungslücke von 2,5 Milliarden €

(Zuruf von der SPD: Nein, für das letzte!)

und Deckungslücken in ähnlicher Höhe für die dann folgenden Jahre. Wir werden diese Deckungslücke Schritt für Schritt auf null reduzieren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aus eigener Leistung?)

– Das ist eine gemeinschaftliche Aufgabe; denn dieses Ziel kann man nur erreichen, wenn alle ihren Beitrag leisten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Sascha Binder SPD: Lachhaft!)

Die Ministerien leisten ihren Beitrag. Wir werden ja in den Haushaltsberatungen hierüber diskutieren; auch der Personalbereich kann nicht außen vor bleiben.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Die Kommunen leisten ebenfalls ihren Beitrag, und das ist auch notwendig. Denn ein Viertel des Landeshaushalts geht an die Kommunen. Im Übrigen ist eine mangelnde finanzielle Ausstattung für Aufgaben des Landes bei den Kommunen ja ebenso und auch direkt spürbar. Wenn wir nicht genügend Mittel haben für den Erhalt der Landesstraßen, für Bildung, für Sicherheit, dann ist das auch für die Kommunen und in den Kommunen ein Problem; dies ist für die Bürgerinnen und Bürger direkt spürbar.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Ich will damit noch einmal betonen, dass Land und Kommunen eng miteinander verknüpft sind, nicht nur, was die finanziellen Beziehungen betrifft, sondern eben auch, was die Aufgaben betrifft. Insoweit besteht ein gegenseitiges Interesse an einer jeweils auskömmlichen Finanzausstattung.

Wie stehen die Kommunen finanziell da? Wir haben aus einem Wahlkreis gerade gehört, dass es da eigentlich ganz gut aussieht. Es gilt insgesamt im Land, dass die Kommunen gut dastehen. Die bereinigten Gesamteinnahmen der Kommunen sind in den letzten zehn Jahren um über 50 % gestiegen, also stärker als die Einnahmen des Landes. Die Kommunen konnten in den letzten zehn Jahren einen Überschuss von 7 Milliarden € erwirtschaften, das Land nur von 0,5 Milliarden €. Zudem weisen unsere Kommunen im Bundesvergleich die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung und die zweithöchsten Investitionen auf. Unsere Kommunen stehen also gut da, und zwar besser als das Land. Das bestätigt beispielsweise auch eine Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht alle!)

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

Zwischen der Landesebene und der kommunalen Ebene gibt es allerdings eine deutliche Diskrepanz. Während die Finanzsituation der Kommunen weiterhin als sehr gut bezeichnet werden kann, ist die der Landesebene nach wie vor defizitär.

Auch vor diesem Hintergrund ist es angemessen und verkraftbar, dass auch die Kommunen einen Beitrag zur Konsolidierung leisten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht alle!)

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung intensiv, partnerschaftlich und fair mit den Kommunen über die Neuregelung der Finanzbeziehungen verhandelt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das sehen die anders! –
Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein, nein!)

Es sind im Übrigen Feinjustierungen, die vorgesehen sind. Es war klar, dass in diesem Jahr zu verhandeln sein würde, da die alte Vereinbarung ja nur bis 2016 geschlossen worden war. Getragen waren die Verhandlungen vom Verständnis der Aufgaben und der Situation der jeweils anderen Seite. Ich habe das so empfunden; deswegen wundert mich Ihr Zwischenruf.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Die Gemeinsame Finanzkommission von Land und Kommunen hat sich am 4. November geeinigt und sich auf gemeinsame Empfehlungen verständigt. Diesbezüglich schien mir Ihr Debattenbeitrag, Herr Stoch, auch etwas aus der Zeit gefallen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Sie haben so gesprochen, als gäbe es diese Einigung nicht,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Sprechen Sie mal mit den Oberbürgermeistern!)

diese einvernehmliche Empfehlung, die gemeinsam so verabschiedet wurde.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr gut!)

Diese Einigung umfasst folgende zentrale Eckpunkte:

Erstens: Wir haben uns auf fünf Jahre verständigt; die damit verbundene Planungssicherheit ist schon ein Wert an sich.

Zweitens: Der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen bleibt unverändert bei 23 % bis 2021. Dies war den Kommunen ein wichtiges Anliegen.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Drittens: Die Leistungen im kommunalen Finanzausgleich werden um 200 Millionen € in den kommenden beiden Jahren und um 230 Millionen € in den Jahren 2019 bis 2021 zusätzlich reduziert. Das ist der sogenannte Vorwegabzug.

Herr Stoch, ich finde es unredlich, wenn Sie nur diesen Punkt herausgreifen, daraus eine Pro-Kopf-Zahl bilden und dann sagen, das sei das Ergebnis dieser Vereinbarung. Denn die Vereinbarung hat weitere Punkte.

Punkt 4: Das Land unterstützt die Kommunen 2017 und 2018 bei der Integration der Flüchtlinge mit Mitteln in Höhe von 160 Millionen € – 90 Millionen € als Pauschale, 70 Millionen € über Förderprogramme.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist auch nicht wahr, dass dies Mittel wären, die originär den Kommunen zugedacht sind. Es sind Mittel, die vom Bund kommen – die sogenannte Integrationspauschale – und die dem Land auch für Aufgaben zufließen, die eben zum großen Teil das Land finanziert. Aus diesen Mitteln geht in den kommenden Jahren der Großteil an die Kommunen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Unruhe –
Glocke des Präsidenten)

Nächster Punkt: Das Land reicht die Mittel zur Entlastung der Kommunen ab 2018 – auch soweit sie dem Land zufließen würden – an die Kommunen weiter.

Weiterer Punkt: Die Kommunen partizipieren ab 2017 zusätzlich mit einem Sanierungsfonds an den Steuereinnahmen des Landes. Wir unterstützen die Kommunen damit beim Abbau impliziter Schulden – beispielsweise bezogen auf Schulgebäude.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Staatssekretärin Dr. Gisela Splett)

Der letzte Punkt, den ich noch nennen will, ist, dass wir uns geeinigt haben, einen Hilfsfonds für Unwetterschäden aufzulegen – auch dies in Partnerschaft zwischen Land und Kommunen.

(Beifall des Abg. Daniel Renkonen GRÜNE – Abg. Reinhold Gall SPD: Das heißt im Klartext: Die zahlen mit! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine Damen und Herren, die Einigung mit den Kommunen berücksichtigt sowohl die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung als auch die Herausforderung der Integration und des Sanierungsstaus. Die Einigung ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zum dauerhaft ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung und gewährleistet eine gute finanzielle Ausstattung unserer Kommunen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, jetzt lassen wir einmal wieder mehr Ruhe einkehren.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Dies ist ein gutes und faires Ergebnis sowohl für die Kommunen als auch für das Land.

Von einer Konsolidierung auf dem Rücken der Kommunen kann auf keinen Fall die Rede sein. Denn unter Berücksichtigung der erzielten Einigung werden unsere Kommunen 2017 rund eine halbe Milliarde Euro mehr Geld zur Verfügung haben als 2016.

Ich freue mich insofern, dass wir diese Debatte heute führen, weil ich damit die Gelegenheit habe, auch an dieser Stelle noch einmal allen Beteiligten Dank zu sagen. Ich bedanke mich für die konstruktiven, ergebnisorientierten und erfolgreichen Verhandlungen. Ich meine, dass das einvernehmliche Ergebnis der Gemeinsamen Finanzkommission eine ganz hervorragende Basis ist für die weitere Zusammenarbeit in den kommenden Jahren im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen unseres Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich in der zweiten Runde noch einmal Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich denke, es ist noch einmal deutlich geworden, wo der Denkfehler der Landesregierung liegt: Auf der einen Seite wird über die Vorwegentnahme pauschal die kommunale Finanzbasis geschwächt, und auf der anderen Seite wird Geld über Programme an die Kommunen gegeben. Das wäre ja insofern vielleicht noch zu rechtfertigen, wenn es tatsächlich auch Anstrengungen des Landes wären, wenngleich eine Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung trotzdem passieren würde. Denn das, was der Ministerpräsident im Verhältnis zwischen Bund und Land immer einfordert, nämlich nicht am goldenen Zügel über Programme gehen zu müssen, ist das Problem bei dieser finanziellen Einigung. Denn die Finanzbasis der kommunalen Seite wird geschwächt, und gleichzeitig werden den Kommunen über Programme Mittel zugesprochen.

Frau Staatssekretärin, zu Ihrer Bemerkung, wessen Rede aus der Zeit gefallen ist, möchte ich doch hinsichtlich der Deckungslücke von 2,5 oder 2,6 Milliarden € in der mittelfristigen Finanzplanung auf eines hinweisen: Ihnen dürfte nicht entgangen sein, dass die Grünen auch in den letzten fünf Jahren mitregiert haben und über jede dieser Zahlen gemeinsam entschieden wurde. Ich glaube, Ihnen sollte dabei auch nicht entgangen sein, wodurch gerade im letzten Jahr im Zusammenhang mit der mittelfristigen Finanzplanung zusätzliche Kosten entstanden sind. Oder wollen Sie sagen, dass wir keine Vorbereitungsklassen hätten einrichten sollen?

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wer so schnell vergisst, dass er auch in der Vergangenheit regiert hat, dem kann ich leider auch nicht mehr helfen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der AfD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Das, was wir heute besprochen haben, hat für die Kommunen unmittelbare Auswirkungen. Das heißt für die Stadt Stuttgart, dass ihr jährlich 12,5 Millionen € fehlen; in Freiburg sind es 4 Millionen € und in Mannheim zwischen 7 und 8 Millionen € – bis 2020 gut 30 Millionen €, die im kommunalen Säckel fehlen werden.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Falsch!)

Wer die Kommunen so schwächt – bei nicht abnehmenden, sondern steigenden Aufgaben und Ausgaben –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und Steuereinnahmen!)

begeht an der Verteilung dieser guten Einnahmen einen Frevel. Wer die Kommunen nicht an der Verbesserung der Einnahmesituation teilhaben lässt, der hindert sie daran, den Aufgaben gerecht zu werden, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/794. Abschnitt I des Antrags ist ein Berichtsteil und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Abschnitt II des Antrags ist ein Beschlussteil, der ein Handlungssersuchen enthält. Wird Abstimmung über Abschnitt II gewünscht? –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Jawohl!)

Jawohl, dies ist der Fall. Wer Abschnitt II zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Tja!)

Enthaltungen? – Abschnitt II ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kommunalfeindlich! – Abg. Andreas Stoch SPD: Kommunalfeindliche Regierung!)

Damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Meine Damen und Herren, nach § 26 Absatz 1 des Landesdatenschutzgesetzes wählt der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat mit Schreiben vom 22. November 2016 mitgeteilt, dass die Landesregierung vorschlägt, Herrn Dr. Stefan Brink zum neuen Landesbeauftragten für den Datenschutz zu wählen.

Entsprechend § 97 a Absatz 3 der Geschäftsordnung erfolgt die Wahl ohne Aussprache in geheimer Abstimmung. Wie bei geheimen Wahlen im Landtag üblich, berufe ich nun folgende sieben Damen und Herren Abgeordnete in die Wahlkommission: Herrn Abg. Beck, Herrn Abg. Berg, Herrn Abg. Dr. Bullinger, Herrn Abg. von Eyb, Herrn Abg. Gruber, Frau Abg. Lindlohr und Herrn Abg. Schoch.

Zum Ablauf der Wahlhandlung gebe ich Ihnen folgende Hinweise: Ein Mitglied der Wahlkommission – ich schlage hierfür Frau Abg. Lindlohr vor – nimmt vom Rednerpult aus den Namensaufruf vor, der in § 97 a der Geschäftsordnung vorgeschrieben ist. Die aufgerufenen Abgeordneten bitte ich, sich zur rechten oder linken Seite des Plenarsaals zu begeben, wo Mitglieder der Wahlkommission die Stimmzettel und Wahlumschläge ausgeben, damit in den jeweils zwei dort vorhandenen Telefonzellen gewählt werden kann.

Bitte beachten Sie Folgendes: Es gilt von der Mitte aus betrachtet folgende Aufteilung: Die aufgerufenen Abgeordneten der Fraktionen der FDP/DVP, der CDU und der AfD sowie der fraktionslose Abg. Dr. Gedeon begeben sich zur von mir aus gesehen rechten Seite des Plenarsaals. Die Abgeordneten der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD kommen zur von mir aus gesehen linken Seite.

(Zuruf: Aber diese Koalition ist doch beendet!)

Auf beiden Seiten wird in einer Liste von zwei Mitgliedern der Wahlkommission jeweils festgehalten, wer den Stimmzettel und den Wahlumschlag entgegengenommen hat.

(Unruhe)

– Wenn Sie mir jetzt zuhören, dann geht nachher nichts schief.

Füllen Sie bitte den Stimmzettel in einer der Wahlkabinen aus, indem Sie bei dem Wahlvorschlag Ihre Stimmabgabe – also „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ – vermerken.

Bitte beachten Sie bei der Stimmabgabe die folgenden weiteren Hinweise: Nicht gekennzeichnete Stimmzettel und solche, auf denen „Enthaltung“ vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung. Ungültig ist ein Stimmzettel, wenn auf ihm ein anderer Name vermerkt ist.

Bitte stecken Sie nach der Stimmabgabe Ihren Stimmzettel in den Wahlumschlag. Kleben Sie bitte den Wahlumschlag nicht zu; damit erleichtern Sie der Wahlkommission die Arbeit. Werfen Sie bitte den Stimmzettel im Wahlumschlag in die hier am Rednerpult bereitstehende Wahlurne. Herr Abg. Beck kon-

trolliert den Einwurf der Wahlumschläge in die Wahlurne. Herr Abg. Dr. Bullinger hält in einer Namensliste fest, welche Abgeordneten gewählt haben.

Die Mitglieder der Wahlkommission bitte ich, ihre Stimme am Schluss abzugeben.

Wir treten nun in die Wahlhandlung ein. Ich bitte Frau Abg. Lindlohr, den Namensaufruf vorzunehmen. Wir beginnen mit dem Buchstaben A.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ich frage: Ist jetzt noch jemand im Saal, der noch nicht gewählt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen.

Meine Damen und Herren, wir treten nun in die Mittagspause ein. Ich gebe das Wahlergebnis nach der Mittagspause vor Aufruf des Tagesordnungspunkts 4 – Fragestunde – bekannt.

Wir setzen die Sitzung nicht, wie vorgesehen, um 14:30 Uhr, sondern um 14:15 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:50 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:15 Uhr)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe zunächst noch einmal **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Meine Damen und Herren, ich gebe das Wahlergebnis bekannt:

An der Wahl haben sich 125 Abgeordnete beteiligt.

Auf Herrn Dr. Stefan Brink entfielen 108 Stimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der AfD und der FDP/DVP)

*Mit Nein haben elf Abgeordnete gestimmt.
Sechs Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.
Ungültig war kein Stimmzettel.*

Der Landtag hat damit Herrn Dr. Stefan Brink mit der Mehrheit seiner Mitglieder zum Landesbeauftragten für den Datenschutz gewählt.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz nimmt nach § 12 Absatz 1 des Landesinformationsfreiheitsgesetzes auch die Aufgabe des Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit wahr.

Ich darf Herrn Dr. Brink, den ich mit seiner Begleitung auf der Besuchertribüne recht herzlich begrüße, zu seiner Wahl zum Landesbeauftragten für den Datenschutz herzlich gratulieren.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrter Herr Dr. Brink, für Ihre neue Aufgabe viel Erfolg und eine glückliche Hand.

(Dr. Stefan Brink: Danke schön!)

– Bitte schön.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 16/1060

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Termingerechte Auszahlung von Fördermitteln des Landes an die heimischen Landwirte

Bitte schön, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Ist die von Herrn Landwirtschaftsminister Peter Hauk MdL im Juni dieses Jahres im Rahmen seines Zehnpunkteplans vom Weinsberger Milchgipfel zugesagte verlässliche und termingerechte Auszahlung der Fördermittel durch das Land zum Jahresende nach heutigem Ermessen noch realistisch zu gewährleisten?
- b) Wie bewertet die Landesregierung in diesem Zusammenhang den Vorschlag zur Einführung einer vorgezogenen Abschlagszahlung, um eine ausreichende Liquidität der landwirtschaftlichen Betriebe auch in schwierigen Marktlagen zweifelsfrei sicherzustellen?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister Hauk, bitte.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Herr Präsident! Die Mündliche Anfrage des Kollegen Bullinger beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Die finanzielle Situation der landwirtschaftlichen Betriebe ist in diesem Jahr erneut angespannt. In manchen Betrieben steht es Spitz auf Knopf. Das betrifft nicht nur die Milchherzeuger – aber natürlich gerade sie –, sondern auch die Schweinehalter und die Ackerbauern, weil die Preise in allen Marktsegmenten – vielleicht außer bei der Zuckerrübe und wenigen anderen Marktfrüchten – derzeit schwierig sind und die Erlössituation schwierig ist. Die Ursachen liegen also insgesamt in niedrigen Erzeugerpreisen und in unterdurchschnittlichen Erträgen. Diese Situation ist nicht neu, aber in diesem Jahr besonders ausgeprägt, und sie trifft fast die gesamte Agrarbranche.

Um die Auswirkungen der volatilen Preise und Märkte abzufedern, bedarf es Veränderungen und Anpassungen in den verschiedensten Bereichen. Ich weiß, unter welchem hohen finanziellen Druck die Betriebe zurzeit vielerorts stehen. In der Diskussion darf aber nicht vergessen werden, dass die Förder- und Ausgleichszahlungen der ersten und insbesondere auch

der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik, die wir im Gemeinsamen Antrag umsetzen, keine Programme zur Lösung von Krisensituationen oder zum Ausgleich von Preiseinbrüchen sind. Das ist weder ihr Ziel, noch kann das mit diesen Instrumenten adäquat geleistet werden.

Die Direktzahlungen stellen eine Basisförderung der Betriebe dar. Sie stehen in Verbindung mit den Anforderungen über das Greening und den höheren Standards gegenüber dem Weltmarkt. Damit will die EU Wettbewerbsverzerrungen bezogen auf Länder außerhalb der EU ausgleichen.

Bei der zweiten Säule werden gezielt z. B. die FAKT-Umweltleistungen honoriert oder bei der Ausgleichszulage die natürliche Benachteiligung des Standorts ausgeglichen oder bei der Landschaftspflegeverordnung besondere Leistungen der Landwirte honoriert.

Verlässlichkeit im Sinne meiner Aussage beim Weinsberger Milchgipfel heißt: Diese Gelder stellen einen regelmäßigen Beitrag zum Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe in den dafür vorgesehenen Zahlungszeiträumen dar. Natürlich habe ich mich bei meiner Aussage, Herr Kollege Bullinger, daran orientiert, wie es in den letzten Jahren war. Das ist für uns auch der Maßstab, dass wir wieder im Dezember den Haupt- und Löwenanteil der Auszahlungen leisten wollen.

Wir dürfen ab 1. September zahlen und müssen bis 30. Juni des Folgejahrs, also 2017, die Auszahlungen für das Jahr 2016 geleistet haben. Diese Spanne steht also zur Verfügung. Wir haben nach Antragsbeginn rechtlich gesehen über ein Jahr Zeit. Das alles ist bekannt; bei der EU ist alles geregelt.

Nachdem alles geregelt ist und der Bearbeitungsstand in den vergangenen Jahren zumindest in Süddeutschland so aussah, dass wir Ende Dezember meist in der Lage waren, auszusahlen, werden wir dieses Ziel auch für dieses Jahr anpeilen. Wir werden an den größten Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe noch in diesem Jahr auszahlen können – wenn auch nicht den letzten Betrieb, um es einmal klar zu sagen. Aber damit unterscheiden wir uns nicht von den Vorjahren; auch da gab es immer wieder Restanten, die dann eben möglichst schnell abgearbeitet werden.

Die Auszahlung wird vor Weihnachten beginnen und zwischen den Jahren fortgesetzt werden, so die Planung in den Verwaltungen. Die Arbeiten bei den unteren Verwaltungsbehörden sind darauf ausgerichtet.

Wir werden bei der Landschaftspflegeverordnung und der Förderung von steilem Dauergrünland beginnen. Die Direktzahlungen – das ist der größte Posten, weil die im Prinzip jeder landwirtschaftliche Betrieb erhält – und die Ausgleichszulage für die benachteiligten Gebiete sind so geplant, dass die Gelder für die bewilligten Anträge in der letzten Dezemberwoche, also noch vor dem Jahreswechsel, auf den Konten der Antragstellerinnen und Antragsteller eingehen sollten.

Der von der EU vorgeschriebene Auszahlungszeitraum für die Direktzahlungen vom 1. Dezember 2016 bis 31. Januar 2017 wird also eingehalten. Wir starten zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Das halten wir gerade angesichts der Preis- und Erlöskrise für geboten.

Weitere Auszahlungen erfolgen – da haben wir jetzt ein bisschen nachverdichtet – in einem zweiwöchigen Abstand, um

(Minister Peter Hauk)

die dann fertigen Anträge bewilligen und zeitnah auszahlen zu können. Das erfolgte früher monatlich. Der nächste Auszahlungstermin ist also nicht der 30./31. Januar, sondern wird schon Mitte Januar sein. Die bis dahin fertigen Anträge werden dann auch ausgezahlt werden können.

Aber auch das ist keine neue Situation, sondern seit Jahren bewährte Praxis. Es ist, wenn man so will, wie im Fußball: Vor dem Spiel ist nach dem Spiel, und nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Deshalb machen wir auch keine Abschlagszahlungen, denn bei Abschlagszahlungen sind wieder Separatkontrollen für die Abschläge notwendig und dann für die Vollaussahlungen. Das erfordert wiederum Arbeit. Wir würden durch Abschlagszahlungen also erneut zusätzliche Arbeit auflasten und aufhalsen. Das wollten wir vermeiden und werden es auch vermeiden. Nachdem die EDV-Systematik jetzt stimmt, ist das, glaube ich, alles so in Ordnung.

Andere Mitgliedsstaaten haben mit Abschlagszahlungen ebenfalls schlechte Erfahrungen gemacht. In Deutschland macht das ansonsten niemand; es kommt also nirgendwo zum Einsatz. Insofern hat das meines Erachtens keinen Sinn.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Dr. Bullinger, ist die Anfrage für Sie erledigt, oder gibt es von Ihrer Seite eine Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nein, ist umfangreich beantwortet! Wichtig ist, dass es kommt!)

Es gibt eine Zusatzfrage des Kollegen Rottmann.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Herr Minister, herzlichen Dank für die Antwort auf die Frage des Kollegen Bullinger. Sie sagten, dass diese Zahlungen keine Instrumente sein sollen, um eine Krise zu lösen. Sie sollen natürlich auch keine Krise auslösen; das ist auch klar. Ich habe drei Fragen, mit denen ich nachhaken möchte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zwei!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Ich darf gleich hinzufügen: Sie dürfen maximal zwei Fragen stellen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Also eine weglassen! – Lachen des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Abg. Daniel Rottmann AfD: Okay. – Eigentlich habe ich nur eine Frage.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Dann reduzieren Sie es doch auf eine Frage.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Die Frage geht dahin:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Welche Maßnahmen sind ergriffen worden, um dieses Verfahren zu beschleunigen, gerade unter Berücksichtigung dessen, dass das EDV-System sehr fehleranfällig ist und dass bei der Umstellung, die in diesem Jahr stattgefunden hat, an vielen Stellen zwar nur kleine Abweichungen erfolgen, aber dennoch Abweichungen, die zu Nachkontrollen führen? Mir ist aus dem Alb-Donau-Kreis bekannt, dass die Bearbeitungen dieses Jahr sechs bis acht Wochen später begonnen haben als im

vergangenen Jahr. Welche Maßnahmen sind ergriffen worden, um das zeitnah umzusetzen, damit möglichst viel vor Jahresende und nicht zu viel erst im nächsten Jahr gezahlt wird?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Minister, bitte.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Herr Kollege Rottmann, ich kann nur sagen: Alle arbeiten mit Hochdruck. Es arbeiten auch ein paar mehr Leute mit Hochdruck als in den Vorjahren. Das waren die Maßnahmen.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Okay, danke!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Burger, bitte.

Abg. Klaus Burger CDU: Vielen Dank. – Die Landwirtschaftsämter prüfen die Anträge, damit diese sozusagen auszahlungsreif gestellt werden können. Hinsichtlich der Anzahl der von den Landwirtschaftsämtern geprüften Anträge gibt es im Land unterschiedliche Sachstände. Daraus ergibt sich die Frage: Wo sind es mehr und wo sind es weniger geprüfte Anträge? Worin liegen die Unterschiede begründet?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Peter Hauk: Wir haben dieses Jahr ein neues System – deshalb kam es zunächst zu den Verzögerungen –, bei dem die Anträge von vornherein grafisch unterlegt sein müssen. Das heißt, die Flächen, die bisher einfach numerisch angegeben werden mussten – mit Lage, Grundstück etc. –, werden grafisch unterlegt und grafisch abgegrenzt. Das ist neu.

Wie das so ist: In der EDV braucht man anscheinend Spezialisten, um das auf die Reihe zu bringen. Das haben wir mit externen und internen Kräften gemacht. Die internen Kräfte müssen um die Abläufe wissen, und die externen Kräfte brauchen wir – ich möchte das mal so sagen – für den EDV-Sachverstand. Deshalb hat die Bearbeitung länger gedauert. Das beantwortet auch Ihre Frage, Herr Rottmann, weshalb beispielsweise im Alb-Donau-Kreis im Prinzip erst im Oktober so richtig losgelegt werden konnte. Das System war relativ störanfällig und kam erst Anfang November so richtig zum Laufen.

Das Problem ist so weit behoben. Damit haben wir, hoffe ich, in den nächsten Jahren keine Probleme mehr.

Der Bearbeitungsstand in den Ämtern ist unterschiedlich. Woran das liegt, kann ich im Einzelfall nicht sagen; aber meine Mitarbeiter können das. Das reicht von der Motivation der Amtsleiter über Krankheitsfälle bis hin zu mitunter falschen Einschätzungen der Lage. Es gibt also ganz unterschiedliche Motive. Im Regelfall arbeiten die Mitarbeiter – das muss man sagen – hoch motiviert; davor habe ich großen Respekt. Das zeigt auch der Erfüllungsstand. Einige Kreise haben Stand heute – 1. Dezember 2016 – einen Erfüllungsstand von 81,5 %.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann wird es aber knapp!)

– Wir haben noch 14 Tage Zeit. Das war jedes Jahr so. Ich finde, das ist eine bemerkenswert hohe Zahl. Herr Bullinger, Sie sind schon lange nicht mehr in der Landwirtschaftsverwal-

(Minister Peter Hauk)

tung tätig. Deshalb sind Ihnen die Abläufe nicht mehr ganz so präsent.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich bin vielleicht öfter in Landwirtschaftsämtern als Sie, Herr Minister!)

Natürlich wird Ende Dezember, vor dem Auszahlungstermin, mit Hochdruck gearbeitet. In Kreisen wie Göppingen liegt die Erfüllungsquote bei 26,5 %. Daran sehen Sie die Spannbreite. Im Durchschnitt liegt die Erfüllungsquote bei 55 %. Wir haben noch 14 Tage vor uns. Jetzt, glaube ich, bekommen wir das auch gemeinsam in den Griff.

Die Betriebe, die in den letzten Jahren besondere Investitionen getätigt haben, sind den Landwirtschaftsämtern bekannt. Man weiß, dass auch Fremdkapital mit entsprechenden Tilgungs- und Zinsterminen – meist am 31. Dezember – auf den Betrieben lastet. Diese Betriebe haben wir natürlich auch im Blick. Die Anträge dieser Betriebe werden so bearbeitet, dass sie auf alle Fälle noch in die Dezembertranche fallen. Nach menschlichem Ermessen darf es für die Betriebe also eigentlich keine Katastrophe geben.

(Abg. Klaus Burger CDU: Vielen Dank!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin Braun.

(Abg. Martina Braun GRÜNE: Hat sich erledigt!)

– Das hat sich erledigt. – Gibt es weitere Zusatzfragen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1 beendet.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Entwicklung und Zukunftsperspektiven für den Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn

Bitte schön, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie beurteilt die Landesregierung die Entwicklung und die augenblickliche Situation am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule Heilbronn, insbesondere hinsichtlich der dortigen Unterbringungssituation in Verbindung mit dem derzeit vor Ort vorhandenen Studienangebot?
- b) Ist sie dazu bereit, die positive Entwicklung des Standorts sowohl durch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel als auch durch die Zustimmung zu einem weiteren vertriebsorientierten Masterstudiengang und einer zusätzlichen Einschreibemöglichkeit zum Sommersemester langfristig zu gewährleisten?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Ich darf für die Landesregierung Frau Staatssekretärin Petra Olschowski ans Redepult bitten.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beantworte die Anfrage von Herrn Dr. Bullinger wie folgt:

Der Campus Schwäbisch Hall wurde auf Betreiben der Region im Jahr 2008 auf der Grundlage eines Kooperationsvertrags zwischen der Raumschaft Schwäbisch Hall, vertreten durch die Fachhochschulstiftung Schwäbisch Hall, der Hochschule Heilbronn und dem Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Wissenschaftsministerium, gegründet. Der Hochschulbetrieb wurde zum Wintersemester 2009/2010 mit rund 150 Studierenden aufgenommen. Mittlerweile hat der Standort knapp 1 000 Studierende. Die letzten offiziellen Zahlen stammen aus dem Wintersemester 2015/2016 mit 978 Studierenden, was dem Ausbauziel des damals geschlossenen Kooperationsvertrags entspricht.

Der Standort Schwäbisch Hall hat sich somit sehr gut entwickelt. Mit dem raschen Aufwuchs sind mittlerweile auch die Unterbringungskapazitäten an ihre Grenzen gestoßen. Aus diesem Grund hat die Fachhochschulstiftung, die für die räumliche Unterbringung des Studienbetriebs laut Vertrag verantwortlich ist, neben dem Hauptgebäude am Ziegeleiweg auch in dem Gebäude In den Herrenäckern 5 weitere Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Die bisherige positive Entwicklung – das bezieht sich auf den zweiten Teil Ihrer Frage – wird sicherlich bei der Bewertung der Zukunft des Standorts Schwäbisch Hall berücksichtigt werden.

Der bestehende Kooperationsvertrag, der noch bis 2024 den Hochschulbetrieb absichert, sieht vor, dass die Vertragsparteien bis spätestens zum ersten Quartal des Jahres 2019 in Vertragsverhandlungen über die Fortführung des Standorts eintreten.

Auf Betreiben der Hochschule Heilbronn und der Raumschaft, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Pelgrim, ist dieses Thema bereits Inhalt mehrerer Gespräche in den vergangenen zwei Jahren 2015 und 2016 gewesen. Ergebnis des letzten Gesprächs, das am 3. November stattgefunden hat, war, dass die Fachhochschulstiftung und die Hochschule Heilbronn bis Ende November ein gemeinsam abgestimmtes Konzept vorlegen, in dem die verschiedenen Zukunftsszenarien vor allem auch unter finanziellen Aspekten aufgearbeitet werden. Dieses Konzept ging gestern Abend, 21:16 Uhr, im Wissenschaftsministerium ein.

Auf der Grundlage dieses Konzepts, zu dem es wahrscheinlich noch Rücksprachebedarf geben wird, wird das Wissenschaftsministerium die Möglichkeit einer Fortführung des Standorts wohlwollend prüfen. Denn die genannten Zahlen zeigen ja, dass sich der Standort bewährt hat.

Die von der Raumschaft vorgebrachten Ausbauwünsche mit einem Ausbau der vorhandenen Studiengänge von Halb- in Vollzüge sowie der Neuentwicklung eines Masterstudiengangs – das wären insgesamt 195 neue Studienanfängerplätze – sind vom derzeitigen Vertrag nicht abgedeckt.

Nachdem die für die Ausbaumaßnahmen vorgesehenen Programmlinien „Hochschule 2012“ und „Master 2016“ abgeschlossen sind, ist eine Finanzierung aus diesen beiden Linien nicht mehr möglich.

(Staatssekretärin Petra Olschowski)

Zudem wird die künftige Entwicklung der Studierendenzahlen im Land zu berücksichtigen sein, wenn es darum geht, weitere Aufwüchse an einzelnen Standorten zuzusichern. Hier werden das Ergebnis der Prüfung des seit gestern Abend vorliegenden Finanzierungskonzepts sowie die Bewertung der mittelfristigen Studienkapazitäten abzuwarten sein. Denn von der Raumschaft ist ja eine Festlegung über zwei weitere Jahrzehnte gewünscht.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine Zusatzfrage, Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zunächst vielen Dank, Frau Staatssekretärin. – Da ich wusste, dass die Ministerin heute vermutlich nicht würde da sein können, habe ich ihr gestern schon eine Nachfrage angekündigt. Ich nehme an, Sie sind informiert.

Es war ja die erfreuliche Absicht der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg, eine Außenstelle in Schwäbisch Hall zu gründen, wo vor allem gerade für gesundheits- und pflegetechnische Berufe und Ausbildungen ein Bachelorstudiengang hätte kommen sollen.

Daher stelle ich jetzt die Frage an die Landesregierung: Ist für die Landesregierung dieses Thema – ich beziehe mich auf die Drucksache 15/5030 vom 9. April 2014 zum Thema „Errichtung einer Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg am Standort Schwäbisch Hall“ – endgültig gestorben? Oder gibt es hierzu Ideen zur Einrichtung eines dualen Studiengangs aufgrund des idealen Umfelds von geeigneten Einrichtungen für eine solche duale Ausbildung?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Staatssekretärin, bitte.

Staatssekretärin Petra Olschowski: In der Tat hatte die Evangelische Hochschule Ludwigsburg die Überlegung, 100 Studienanfängerplätze am Standort Schwäbisch Hall einzurichten. Dabei wurde allerdings eine langfristige Förderung des Landes von zunächst 15 Jahren vorausgesetzt.

Zusätzlich stellte sie im Rahmen des Ausbauprogramms „Akademisierung der Gesundheitsfachberufe“ einen Antrag auf Förderung des bestehenden Studiengangs Pflege mit 30 Studienanfängerplätzen am Standort Ludwigsburg und brachte parallel dazu eine Antragskizze für einen Studiengang Pflege mit 30 Studienanfängerplätzen am Standort Schwäbisch Hall ein. Diese 30 Studienanfängerplätze wären Teil der 100 Studienanfängerplätze gewesen.

Die Antragskizze für den Studiengang Pflege in Schwäbisch Hall konnte aufgrund des Gutachtervotums im wettbewerblichen Ausschreibungsverfahren nicht positiv beschieden werden. Nachdem diese Antragskizze aufgrund des Gutachtervotums abgelehnt wurde und eine langfristige Förderzusage für die von der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg als Mindestgröße vorausgesetzte Studienanfängerzahl von 100 Plätzen damit nicht erteilt werden konnte, stellte die Hochschule ihre Überlegungen hinsichtlich des Standorts Schwäbisch Hall ein.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gibt es weitere Zusatzfragen? – Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich hatte noch nach der dualen Ausbildung gefragt. Es gibt ja hierzu Überlegungen. Ist Ihnen bekannt, dass man nicht nur mit der Hochschule Ludwigsburg, sondern parallel solche Planungen verfolgt? Das war ein Teil der Frage.

Staatssekretärin Petra Olschowski: Ja. Das war die Frage nach der dualen Ausbildung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die ist noch nicht beantwortet!)

Das müssten wir schriftlich nachreichen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Okay! Danke!)

Das habe ich nicht vorliegen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Zusatzfragen. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 2 beendet. – Vielen Dank, Frau Staatssekretärin.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Lars Patrick Berg AfD – Ergebnisse der forsa-Umfrage zur psychischen und physischen Gewalt gegen Lehrer durch Schüler, Eltern, Kollegen und Vorgesetzte

Bitte schön, Herr Abg. Berg.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse der forsa-Umfrage (siehe Bericht der „Waiblinger Kreiszeitung“ vom 15. November 2016) zur psychischen und physischen Gewalt gegen Lehrer, die von Schülern, Eltern, Kollegen und Vorgesetzten ausgeht?
- b) Welche Maßnahmen wird sie kurz-, mittel- und langfristig zur Unterbindung sowohl von körperlicher Gewalt als auch von Gewalt durch Cybermobbing ergreifen?

Vielen Dank.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Ich darf für die Landesregierung Herrn Staatssekretär Schebesta ans Redepult bitten.

Staatssekretär Volker Schebesta: Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage wie folgt:

Zu Frage a: Der Landesregierung sind die forsa-Umfrage und die Forderungen, die nach Veröffentlichung der Umfrage erhoben wurden, bekannt. Aus unserer Sicht handelt es sich bei Gewalt gegen Lehrkräfte um ein wichtiges Thema, das wir sehr ernst nehmen. Jeder Fall von Gewalt gegen eine Lehrkraft ist ein Fall zu viel. Gewalt darf keinesfalls zum Berufsbild einer Lehrkraft gehören. Gerade deshalb verbietet es sich

(Staatssekretär Volker Schebesta)

nach unserer Einschätzung, schnelle und pauschale Lösungen zu fordern bzw. zu ergreifen. Wir werden die Umfrage sorgfältig auswerten und prüfen, welche Schlüsse daraus gezogen werden können

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

und inwieweit Maßnahmen zu ergreifen sind.

Die Bedeutung, die die Landesregierung diesem Thema und einer starken Präventionsarbeit beimisst, zeigt sich u. a. auch daran, dass Frau Ministerin Dr. Susanne Eisenmann die Schirmherrschaft für die „Stiftung gegen Gewalt an Schulen“ übernommen hat.

Zu Frage b: Wie bereits dargestellt, verbieten sich aus unserer Sicht schnelle und pauschale Maßnahmen. Wichtig ist, dass Lehrkräfte, wenn sie Opfer von psychischer oder physischer Gewalt oder Mobbing werden, Unterstützung und Hilfe finden – beispielsweise bei der Schulleitung, der Schulaufsicht oder gegebenenfalls bei Polizei und Justiz.

Dabei ist in jedem Einzelfall zu prüfen, welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Möglichkeiten zur unmittelbaren Reaktion durch die Schule auf Fehlverhalten von Schülern bietet § 90 des Schulgesetzes, der das Ergreifen von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Schulausschluss vorsieht. Maßnahmen nach § 90 des Schulgesetzes sollten aber stets von pädagogischen Maßnahmen flankiert werden.

Zum Schutz von Lehrkräften gegen Gewalt kann ein umfassendes Schulkonzept zu Prävention und Gesundheitsförderung hilfreich sein, auch wenn sich dieses primär an Schülerinnen und Schüler richtet. Ziel von Prävention und Gesundheitsförderung an Schulen ist es, über den einzelnen Unterricht hinaus – um den Fachbegriff zu verwenden – das „Setting“ Schule in den Blick zu rücken und über einen Prozess gesundheitsförderlicher Schulen und Unterrichtsentwicklung gesundes Lehren, Lernen und Arbeiten zu ermöglichen.

Das Präventionskonzept „stark.stärker.WIR.“ stellt dafür einen Rahmen zur Verfügung, der Schulen mit geeigneten Strukturen und Instrumenten bei einer zielgerichteten, systematischen und nachhaltigen Präventionsarbeit unterstützt. Mit anderen Worten: Es geht darum, präventive Strukturen in der Schule zu etablieren, damit weder Lehrkräfte noch Schülerinnen und Schüler in schwierigen Fällen alleinstehen, und klare Strukturen zu ermöglichen, damit schwierige Themen angesprochen werden können, da es von allen getragen und kommunizierte Lösungswege gibt.

Schulen können sich hierzu von Präventionsbeauftragten beraten lassen. Diese Beratung setzt stets an den Bedürfnissen der Schule an und kann dann in Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte zum sozialen Lernen und zur Mobbingprävention münden.

Darüber hinaus wurde für Lehrkräfte und Schulen ein breites Instrumentarium an Fortbildungs- und Unterstützungsmaßnahmen etabliert. Das Kultusministerium stellt für die Schulen und Lehrkräfte über die Akademien, Regierungspräsidien und Staatlichen Schulämter ein umfangreiches amtliches Fortbildungsangebot zur Verfügung. Hinzu kommen schulinterne Fortbildungen für ganze Kollegien oder Teilgruppen von Kollegien, ebenso wie die Begleitung und Beratung von Schulen bei Schulentwicklungsvorhaben oder Fragen der Prävention.

Die Themen reichen von methodisch-didaktischen Fragen des Fachunterrichts aller Schularten bis hin zu überfachlichen Fragen wie z. B. Kommunikation, Umgang mit Konflikten, Prävention, soziales Lernen, Selbstregulation oder exekutive Funktionen.

Bei der Abteilung 7 der Regierungspräsidien gibt es Kriseninterventionsteams, an die sich die Schulen beim Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ wenden können. Die Teams sind multiprofessionell zusammengesetzt: Schulpsychologen, Lehrkräfte, Juristen, Pressesprecher. Sie beraten und unterstützen bei Bedarf die Schulleitung und das schulinterne Krisenteam bei der Planung und Durchführung von Nachsorgeaktivitäten, die nach einem schulischen Krisenereignis – wie z. B. Mobbing oder einem Gewaltereignis gegenüber einer Lehrkraft – eingeleitet werden. Die Kontaktdaten dieser Kriseninterventionsteams werden den Schulleitungen zu Beginn eines jeden Schuljahrs bekannt gegeben.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Ist die Mündliche Anfrage erledigt oder gibt es Zusatzfragen? – Bitte schön, Herr Abg. Berg.

Abg. Lars Patrick Berg AfD: Herr Staatssekretär, vielen Dank für Ihre Ausführungen. – Welche konkreten Maßnahmen gibt es bei der Lehrerfortbildung hinsichtlich Cybermobbingattacken? Welche disziplinarischen Maßnahmen bestehen denn hinsichtlich derjenigen, die diese Mobbingattacken durchführen?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Staatssekretär, bitte.

Staatssekretär Volker Schebesta: Zu Letzterem: Die Maßnahmen, die auf § 90 des Schulgesetzes gestützt werden können, stehen in diesen wie auch in anderen Fällen zur Verfügung. Das geht bis hin zum Schulausschluss – Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen, die auch in anderen Fällen zur Verfügung stehen.

Zum Fortbildungsprogramm: Wenn Sie konkret nach den Fortbildungsangeboten hinsichtlich Cybermobbing fragen, kann ich Ihnen – außer den allgemeinen Ausführungen, die ich zum Fortbildungsangebot gemacht habe – aus dem Stand keine konkrete Antwort liefern. Diese reiche ich gern schriftlich nach.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. – Gibt es weitere Zusatzfragen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 3 beendet.

Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Tagesordnungspunkt 4 ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Wahl der Bürgerbeauftragten oder des Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg

Meine Damen und Herren, nach § 9 Absatz 1 des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg wählt der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung mit der Mehrheit seiner Mitglieder die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Herr Ministerpräsident Kretschmann hat mit Schreiben vom 22. November 2016 mitgeteilt, dass die Landesregierung dem Landtag vorschlägt, Herrn Volker Schindler zum Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg zu wählen. Das Amt des Bürgerbeauftragten ist mit dem eben genannten Gesetz in diesem Jahr neu geschaffen worden. Die oder der Bürgerbeauftragte hat die Aufgabe, die Stellung der Bürgerinnen und Bürger im Verkehr mit den Behörden des Landes zu stärken. Sie oder er hat zudem die Aufgabe, das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Polizei zu stärken.

Meine Damen und Herren, das Gesetz sieht vor, dass die Wahl ohne Aussprache in geheimer Abstimmung erfolgt.

Wie bei geheimen Wahlen im Landtag üblich, berufe ich auch hier sieben Damen und Herren Abgeordnete in die Wahlkommission; es sind dies nun Herr Abg. Beck, Herr Abg. Berg, Herr Abg. Dr. Bullinger, Herr Abg. von Eyb, Herr Abg. Gruber, Frau Abg. Lindlohr und Herr Abg. Schoch.

Meine Damen und Herren, für den Ablauf der Wahlhandlung gilt dasselbe wie bei der Wahl unter Punkt 3: Begeben Sie sich bitte wie bei der vorangegangenen Wahl nach Aufruf Ihres Namens je nach Fraktionszugehörigkeit bzw. Sitzordnung im Plenarsaal auf die rechte oder die linke Seite des Plenarsaals. Sie erhalten dort den Stimmzettel und den Wahlumschlag. Füllen Sie den Stimmzettel bitte in einer Wahlkabine aus.

Für die Stimmabgabe gelten die gleichen Hinweise, die ich Ihnen heute Morgen bei Tagesordnungspunkt 3 gegeben habe: Nicht gekennzeichnete Stimmzettel und solche, auf denen „Enthaltung“ vermerkt ist, gelten als Stimmenthaltung. Ungültig ist ein Stimmzettel, wenn auf ihm ein anderer Name vermerkt ist. Kleben Sie den Wahlumschlag, wie auch schon heute Morgen, bitte nicht zu. Sie erleichtern der Wahlkommission damit erheblich die Arbeit. Bitte werfen Sie danach den Stimmzettel im Wahlumschlag in die hier beim Redepult bereitstehende Wahlurne.

Ich bitte nun die Wahlhelfer, ihre Plätze einzunehmen. Wir treten in die Wahlhandlung ein.

Frau Abg. Lindlohr, ich darf Sie wiederum bitten, den Namensaufruf vorzunehmen. Bitte beginnen Sie wiederum mit dem Buchstaben A.

(Namensaufruf und Wahlhandlung)

Meine Damen und Herren, ist jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Damit schließe ich die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission, das Wahlergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Wir fahren inzwischen mit der Tagesordnung fort. Ich gebe das Wahlergebnis dann später bekannt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der SPD und Antwort der Landesregierung – Polizeistrukturereform: Vorläufige Aussetzung von reformbedingten Maßnahmen und Ziele der angekündigten Evaluierung – Drucksache 16/91

Dazu rufe ich den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1124, mit auf.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion eine zusätzliche Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Ich darf für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Binder das Wort erteilen.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Minister ist wahrscheinlich noch auf dem Weg. Wir sind ja – das wollen wir ihm zugestehen – ein bisschen vor der Zeit.

Wir sind mit unserer Großen Anfrage bereits im Sommer Gerüchten nachgegangen, wonach durch eine damals noch nicht eingesetzte Evaluationsgruppe bereits Baustopps von acht Baumaßnahmen der Polizei in Baden-Württemberg vorgenommen worden seien.

Ich sage auch ganz offen: Wir, die SPD-Fraktion, wehren uns nicht gegen eine Evaluation dieser Reform. Wir haben zu unserer Regierungszeit zur Umsetzung dieser Polizeireform selbst eine externe Evaluation durchgeführt. Diese hat der Umsetzung der Reform – und im Verhältnis zur üblichen Verwaltungsstruktur in Baden-Württemberg – ein gutes Zeugnis ausgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus hat die alte Landesregierung selbst eine weitere Evaluation nach der Umsetzung der Reform beschlossen. Diese wäre auch nach der Umsetzung der Reform erfolgt.

Sie machen jetzt eine Evaluation, deren Ergebnisse von einzelnen Abgeordneten bereits verkündet werden, bevor ein Gesamtergebnis vorliegt. Deshalb werfen wir Ihnen vor, dass Sie keine Evaluation aus polizeifachlichen Gründen machen, sondern eine, die allein politisch motiviert ist, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man sich die Zusammensetzung der Evaluationsgruppe anschaut, sieht man: Das sind lauter Experten der Polizei aus Baden-Württemberg, auch einer aus Bayern. Aber bemerkenswert finde ich schon, dass ein früherer Landespolizeipräsident beauftragt wird, seine beiden Nachfolger, den Landespolizeipräsidenten a. D. Hammann und den noch amtierenden Landespolizeipräsidenten Klotter, zu kontrollieren und ihnen damit ein Zeugnis auszustellen. Damit können wir nicht einverstanden sein, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Abgeordneten der Regierungsfractionen beteiligen sich rege an dieser Evaluation, obwohl sie – zumindest nach unseren Informationen – gar nicht Mitglieder dieser Evaluationsgruppe sind. Trotzdem fordern sie schon im Voraus die Ergebnisse.

So haben die grüne Landtagsabgeordnete Petra Häffner und ihr CDU-Kollege Siegfried Lorek die Finanzministerin angeschrieben und gefordert, dass der Neubau des Führungs- und Lagezentrums des Polizeipräsidiums Aalen vor Abschluss der Evaluierung nicht vorangetrieben werden dürfe. Das ist insoweit noch nachvollziehbar. Aber gleichzeitig regen Sie an, zu

(Sascha Binder)

prüfen, ob das Neubauprojekt in Aalen nicht aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ganz zu streichen sei und damit bei der Polizei Streichungen vorzunehmen seien. Das geht nicht mit der SPD, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur in Aalen ist der Zuschnitt der Präsidien ein Politikum, sondern auch in anderen Regionen des Landes. Der CDU-Abgeordnete Thomas Blenke

(Abg. Thomas Blenke CDU: Hier!)

stellte erst kürzlich in einem Interview mit der „Pforzheimer Zeitung“ in Aussicht, dass es zukünftig ein neues Polizeipräsidium geben soll. Er nennt auch schon den Namen, nämlich „Nordschwarzwald“, und er geht davon aus, dass das wahrscheinlich umgesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Kolleginnen und Kollegen, wofür brauchen wir eine Evaluation,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

wenn Sie hier versuchen, Präsidien nach Ihren Gunsten, nicht aber im Interesse der Polizei zusammenzuschneiden?

(Beifall bei der SPD)

Durch Innenminister Strobl wurden wichtige Baumaßnahmen in Karlsruhe, Aalen, Mannheim, Ludwigsburg, Offenburg, Tuttlingen, Ravensburg und Rottweil mit Verweis auf die Evaluierung der Reform gestoppt – und dies, obwohl die Baumaßnahmen dringend erforderlich sind und die Gelder dafür bereits in den Haushalt eingestellt worden sind.

Besonders schwer trifft es das Polizeirevier Ravensburg. Bis heute, Herr Minister, haben Sie uns noch nicht die Frage beantwortet, welchen Zusammenhang es zwischen dem Neubau eines Polizeireviers und der Evaluation der Polizeireform gibt. Oder wollen Sie mit dieser Evaluation auch an Polizeireviere und Polizeiposten Hand anlegen? Was ist der Grund für diesen Zusammenhang? Bisher haben wir darauf keine Antwort. Dieses Polizeirevier muss schleunigst gebaut werden. Es muss ein Signal nach Ravensburg gesendet werden,

(Beifall bei der SPD)

und zwar nicht ein Signal von Abgeordneten, sondern ein Signal des Innenministers.

Wenn es um Ravensburg geht, fragt man sich vor allem, wer eigentlich für die innere Sicherheit in Baden-Württemberg zuständig ist. Der Minister für den gesellschaftlichen Zusammenhalt äußerte sich bereits im Oktober in der „Schwäbischen Zeitung“ dazu:

Der Neubau des Polizeireviers ... kann zeitnah in Angriff genommen werden.

Das stimmt nicht. Kurze Zeit später haben wir nämlich im Innenausschuss nachgefragt. Es gibt keine Baufreigabe für dieses Polizeirevier.

Mit dieser Evaluation gibt es also ein Mehr an Durcheinander und ein Weniger an tatsächlicher polizeifachlicher Evaluation. Damit bringen Sie die Polizei in Baden-Württemberg weiter durcheinander. Wir sind an einer polizeifachlichen und nicht an einer politisch motivierten Evaluation interessiert, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU:
War das schon alles? – Gegenruf des Abg. Sascha Binder SPD: Nein, ich habe noch viel mehr!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort der Kollegin Häffner.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Polizei ist Meisterin darin, was Abkürzungen angeht. So gibt es die SOKO, die Kripo, die EG, das MEK, das PTLs, und nun haben wir EvaPol.

Diese Evaluation ist für mich und meine Fraktion konsequenterweise der zweite Schritt der Polizeireform. Genau so wollten wir Grünen das von Anfang an.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die ganzen Abkürzungen?)

Evaluieren heißt fach- und sachgerecht beurteilen, bewerten. Bewertet werden soll eine Reform, die für die Organisation der Polizei in der Tat einen großen Einschnitt bedeutet hat. Hat sich das, was sich Praktiker und Experten ausgedacht haben, in der Praxis bewährt? Wurden die gesteckten Ziele erreicht? Wo kann nachgebessert werden?

Heute, im Jahr 4 der Umsetzung der Reform, haben wir aussagekräftige Erfahrungen mit den neuen Zuschnitten und Strukturen. Der Zeitpunkt ist also genau richtig, diese Evaluation durchzuführen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Was mich besonders freut: Mit Waldemar Kindler haben wir eine hochkarätige Besetzung für die Leitung der EvaPol gefunden. Herr Kindler war zuletzt Landespolizeipräsident in Bayern. Er bringt Erfahrungen und Erkenntnisse auf bundes- und europapolitischer Ebene mit und hat Polizeireformen in ganz Deutschland begleitet. Sympathisch, kompetent macht ihn, dass er ein Pragmatiker und ein Anpacker ist, einer, der das Beste für die Polizei herausholen will.

(Abg. Anton Baron AfD: Hat er auch schon mal Streifenfendienst gemacht?)

An EvaPol ist die ganze Polizei beteiligt, lieber Kollege Binder. Dafür haben wir Grünen uns immer starkgemacht. Gefragt werden die Chefetagen, das Führungspersonal der einzelnen Bereiche, gefragt werden einzelne Hierarchieebenen vom Revierleiter bis zum Präsidenten, aber auch Gewerkschaften und Personalräte bis hin zu jeder einzelnen Polizistin und jedem einzelnen Polizisten. Alle sollen ihre Meinung einbringen. Dafür stehen „Sag’s Eva“ und „Eva fragt“.

Liebe Polizistinnen und Polizisten, uns Grünen ist es wichtig, dass Sie diese Möglichkeit nutzen. Dies sind Ihre Reform und Ihre Evaluation. Beteiligen Sie sich. Ihre Antworten sind unverzichtbare Bestandteile dieser Evaluation.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Petra Häffner)

Zwei Dinge sind für EvaPol wichtig:

Erstens: Es soll möglichst ideologiefrei und ergebnisoffen vorgegangen werden.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Nur so können wir die Schwachstellen, die ein so großer Prozess zwangsläufig hat, beheben. Wir brauchen Offenheit in der Polizei und in der Politik.

Und zweitens: Damit die Evaluation nicht nur ein Sandkastenspiel ist, brauchen wir auch Spielraum für Korrekturen. Deshalb – nun zur SPD – ist es sinnvoll, manche Entscheidungen auszusetzen. Dazu gehören auch Baumaßnahmen. Das haben wir im Koalitionsvertrag so festgelegt; das hat etwas mit verantwortungsvollem Umgang mit unseren Finanzmitteln zu tun.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Gleichwohl werden die Baumaßnahmen im Prozess der Evaluation vorrangig behandelt.

Ich persönlich bin überzeugt, dass diese Evaluation den verantwortungsvollen Umgang mit den anstehenden Baumaßnahmen aufzeigen wird. Ich bin ebenfalls überzeugt, dass wir einen wesentlichen Schritt weitergekommen sind, wenn es zukünftig eine gewisse Flexibilität in den Präsidien gibt. Denn – das habe ich aus vielen Gesprächen vor Ort mitgenommen – nicht alle Präsidien lassen sich nach dem gleichen Schema organisieren. Bei der Organisation eines Kriminaldauerdienstes z. B. macht es einen Unterschied, ob wir uns im großstädtischen oder im ländlichen Bereich befinden. Bei der Organisation der Verkehrspolizei muss es möglich sein, Besonderheiten zu berücksichtigen: Befindet sich das Präsidium in der Nähe des Grenzgebiets, von Unfallschwerpunkten? Oder: Für wie viele Autobahnkilometer ist das Präsidium zuständig?

Ich möchte EvaPol frei von politischen Zänkereien sehen.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Nur wenn wir Diskussionen wie die um die Standorte von Präsidien mit fachlicher Expertise und nicht aus politischer Motivation führen, werden wir unserer Verantwortung gerecht.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es mag für Landräte und Bürgermeister schwierig sein, es auszuhalten, mit ihren kommunalpolitischen Wünschen in der zweiten Reihe zu stehen. Jetzt sind die Fachleute der Polizei gefragt.

Ich meine, in diesem Fall, in dem es um effiziente Strukturen, um Schlagkraft geht, also letztendlich um die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern, muss das so sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Blenke.

Abg. Thomas Blenke CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der SPD dankbar, dass wir heute über das Thema „Evaluation der Polizeireform“ diskutieren können und dabei vermutlich auch unterschiedliche Aspekte herausarbeiten werden.

Sie fragen: „Warum Evaluation? Wir haben doch alles richtig gemacht. Warum gerade jetzt?“

(Abg. Sascha Binder SPD: Das habe ich nicht gesagt! Sie müssen zuhören!)

Wir sagen: Wir halten sie für dringend erforderlich, und wir halten sie jetzt für erforderlich.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie hängen es an dem Thema Baumaßnahmen auf. Die Notwendigkeit der Baumaßnahmen, lieber Kollege Binder, wird überhaupt nicht infrage gestellt.

(Abg. Sascha Binder SPD: Doch! Sie haben sie infrage gestellt!)

– Nein, nein, nein. Wir haben sie deswegen auch alle im Haushalt 2017 verankert; das müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen. Es geht nur darum: Wir wollen nicht, dass die etwaigen Ergebnisse der Evaluation durch vorgezogene Baumaßnahmen konterkariert werden.

(Abg. Sascha Binder SPD: Dann stellen Sie es doch infrage! Das ist auch Ihr gutes Recht! Sie müssen aber zugeben, dass Sie es infrage stellen!)

– Sie haben doch noch drei Minuten Redezeit.

(Abg. Sascha Binder SPD: Vier!)

Halten Sie sich noch ein bisschen zurück!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Damit es weitergehen kann, muss man jetzt evaluieren.

Im Übrigen, liebe Kollegen: Nach 1 000 Tagen Echtbetrieb seit Inkrafttreten der Polizeireform wird man doch wohl mal nachschauen dürfen. Es muss doch erlaubt sein, da einmal in eine Evaluation zu gehen. Niemand will das Rad komplett zurückdrehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hm!)

Das hat nie jemand gesagt. Niemand will das Rad komplett zurückdrehen. Aber die Gall-Reform hatte schon erhebliche Fehler, vor denen wir übrigens jahrelang vergeblich gewarnt haben. Dort, wo es für die Bürger oder für die Bediensteten schlechter geworden ist, sind wir bereit, Korrekturen vorzunehmen. Schon die Art und Weise, wie der damalige Minister Gall vorgegangen ist, war ein Kardinalfehler. Deswegen empfehle ich Ihnen, lieber Herr Kollege Binder, eher ein bisschen Zurückhaltung, wenn Sie jetzt unsere Vorgehensweise bewerten.

Unter Minister Gall gab es keinen Ratschlag von außen. Die Projektgruppe hat wochenlang hermetisch abgeschirmt wie ein Geheimbund arbeiten müssen, und dann hat der Minister

(Thomas Blenke)

stolz das Ergebnis präsentiert: „Hier ist meine Polizeireform. Ihr seid doch alle einverstanden damit.“ Mitarbeiterbeteiligung in der Entstehungsphase: Fehlanzeige. Mitarbeiterbeteiligung danach: ohne jegliche Konsequenzen. Es wurde nichts geändert. Der Slogan „Aus der Polizei für die Polizei“ klang dadurch wie Hohn.

Dann kam der Clou mit dem Hesse-Gutachten. Da wurde nicht überprüft, wie die Reform wirkt, sondern nur, wie sie entstanden ist.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das ist ungefähr so, wie wenn ein Restauranttester nicht sagen darf, ob das Essen schmeckt, sondern nur, ob der Koch den richtigen Löffel genommen hat. Und da wundern Sie sich noch, meine Damen und Herren, dass die Stimmung in der Polizei so mies ist!

Das machen wir jetzt besser. Die Evaluation der Polizeireform mit dem sympathischen Namen EvaPol, liebe Kollegin Häffner,

(Abg. Anton Baron AfD: Oje! Gender, Gender!)

macht von Anfang an die Fenster ganz weit auf. Mit Walde-mar Kindler – Sie haben ihn erwähnt – kommt der wichtige fachmännische Blick von außen. Das Projektteam unter der bewährten Polizeiführungskraft Uwe Stürmer arbeitet mit Vollgas. Ja, der Zeitplan ist sportlich, aber deswegen haben wir ja auch einen Stürmer beauftragt und keinen Abwehrspieler.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vorbildlich ist die Mitarbeiterbeteiligung. Betroffene werden erstmals zu Beteiligten.

Wir nehmen auch die Präsidentenrunde ernst. Eva hat die Prä-sidenten gefragt, Eva hat alle 146 Revierleiter befragt. Das ist übrigens alles öffentlich; das können Sie nachlesen. Eva in-formiert die Mitarbeiter fortlaufend. „Sag’s Eva“: Alle Be-diensteten konnten etwas zur Polizeireform sagen. Viele Hun-dert haben davon Gebrauch gemacht. Zudem gibt es „Eva vor Ort“ und „Eva fragt“. Alle Mitarbeiter der Polizei werden be-fragt, und das im laufenden Prozess der Evaluierung. So geht Mitarbeiterbeteiligung, verehrter Herr Kollege Binder.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Pe-tra Häffner GRÜNE)

Wären Sie seinerzeit so vorgegangen und hätten einige der guten Mitarbeiterratschläge berücksichtigt, dann müssten wir heute vermutlich nicht diese Debatte führen und auch nicht so eine umfangreiche Evaluierung machen. Wir haben keine Angst vor der Meinung der Mitarbeiter; wir wollen sie wis-sen. Und wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse. Nach de-nen werden wir uns richten, nicht nach irgendwelchen politi-schen Vorformulierungen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Also auch nicht nach Ih-ren!)

Wir werden uns nach den Ergebnissen richten. Da sind wir schon gespannt, was Eva herausbekommen wird. Was hält sie

von der Größe und vom Zuschnitt der Präsidien? Was hält sie davon, ob man nicht allgemeine Verwaltungsgrenzen einhal-ten sollte? Wie arbeitet die Kripo, wie arbeitet die Verkehrs-polizei? Wie ist es mit der Ausbildung? Was sagen die Revier-leiter?

(Abg. Anton Baron AfD: Das weiß die SPD doch nicht!)

Und dann die alles entscheidende Frage, die uns alle am al-lermeisten interessiert: Ist denn die versprochene Verstärkung in den Streifendiensten angekommen?

(Abg. Anton Baron AfD: Wo ist denn der frühere In-nenminister eigentlich?)

Wir sind gespannt. Am Ende schauen wir uns das alles an – ohne Ideologie, ohne Scheuklappen; Kollegin Häffner, das ha-ben Sie bereits gesagt.

Die Reform wird nicht komplett zurückgedreht, aber an der einen oder anderen Stelle werden wir, denke ich, schon an Stellschrauben drehen müssen. Das werden wir dann auch tun. Am Ende kommt die Polizei wieder näher an die Bürger.

Zum Abschluss, sehr geehrter Herr Minister, möchte ich mich für die CDU-Fraktion ganz herzlich für die Arbeit, die jetzt in der Evaluierung in den Projektgruppen geleistet wird, bedan-ken. Was Herr Stürmer und seine Mannschaft dort leisten, ist, glaube ich, sehr, sehr gut. Ich möchte ausdrücklich sagen: Die Form der Mitarbeiterbeteiligung halten wir für vorbildlich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion er-teile ich dem Kollegen Dr. Fiechtner das Wort.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Sehr verehrter Herr Prä-sident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Bürger darf ich laut Landtagsordnung ja nicht begrüßen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Staatssekre-tär Volker Schebesta: In der parlamentarischen Tra-dition ist das einfach unüblich!)

In diesem Land sterben Menschen. Das ist eigentlich ganz normal. Nicht normal ist, wenn sich die Regierung daran mit-schuldig macht.

Liebe Kollegen, ich bin wohl der Abgeordnete mit den meis-ten Zwischenfragen und Zwischenrufen.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Dr. Timm Kern FDP/DVP – Unruhe)

Sie müssen mich verstehen. Ich nehme die Politik ernst – für manche vielleicht zu ernst. Aber wenn ein Mensch stirbt, weil wir aus falschem Stolz einer Entscheidung nicht zugestimmt haben, dann ist es, wie ich denke, doch wichtig, sich dieses Thema zu Herzen zu nehmen.

Wir alle hier im Parlament tragen als Allererstes die Verant-wortung für die Bürger in unserem Land – und nicht nur für die Bürger, sondern auch für Menschen, die offiziell nicht hier

(Dr. Heinrich Fiechtner)

sein dürften. Ich denke an den Abbau der Parkbänke hier in Stuttgart, gegen den wir, die AfD, waren. Ich denke aber auch an die menschenunwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und die unzureichende Betreuung, gegen die ich mich im Stuttgarter Gemeinderat ausgesprochen habe.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Vielleicht fragen Sie sich jetzt, wie ich zu der dreisten Aussage komme, dass sich die Regierung am Tod von Menschen mitschuldig macht.

(Zuruf von den Grünen: Zum Thema!)

Jahrelang war ich leitender Notarzt. Nach über 800 Einsätzen weiß ich genau, dass jede Sekunde zählt. Wenn wir die Mau-scheleien zwischen den Funktionären des Rettungswesens und der Politik weiterhin akzeptieren, anstatt hier endlich zu reagieren, dann lassen Sie, liebe CDU und liebe Grüne, Menschen sterben. Nein, das richtet sich nicht gegen die vielen Mitarbeiter und Ehrenamtlichen, sondern gegen jene, die hier Angst um ihre Posten und ihre Karriere haben.

Nicht viel besser schaut es bei der Polizei aus. Die Grünen und die SPD stehen ja bereits seit Jahren auf Kriegsfuß mit unserer Polizei.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist ja lächerlich! – Abg. Sascha Binder SPD: Das ist ein Witz!)

Ob wir nun die Reaktion des SPD-Nachwuchses auf das gewünschte Anschaffen von Dienstwaffen nehmen oder das von den Grünen geforderte Reizgasverbot: Alles spricht für eine schrittweise Entwaffnung der Polizei.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist ja lächerlich!)

Wobei: Ich verstehe den Wunsch nach einem Reizgasverbot, schließlich provozieren sowohl Grüne als auch SPDler bei Demonstrationen sehr gern.

(Abg. Sabine Wölfl SPD: Was hat das mit der Polizeireform zu tun? Kommen Sie mal zum Thema! – Zuruf von der SPD: Thema!)

Ob nun das wilde Schreien und Rütteln an – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, wieder etwas Ruhe einkehren zu lassen.

Lieber Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf Sie darauf hinweisen: Das Thema heißt „Polizeistrukturreform: Vorläufige Aussetzung von reformbedingten Maßnahmen und Ziele der angekündigten Evaluierung“.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Abg. Sabine Wölfl SPD: Sehr gut!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Lieber Herr Präsident, das alles gehört zum weiteren Verständnis des Themas.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Ob nun das wilde Schreien und Rütteln an Absperrungen – wie es unsere Landtagspräsidentin vorexerziert hat – oder das Mitmarschieren beim Schwarzen Block:

(Zuruf von den Grünen: Unglaublich!)

Wertschätzung der Polizei: Fehlanzeige.

(Unruhe)

Stattdessen lässt man unsere Polizei im Ländle am ausgestreckten Arm verhungern. Wir geben den Beamten neue Waffen, die MP 7. Das klingt eigentlich doch erst einmal ganz vernünftig. Dass wir die Schutzausrüstung aber nicht dementsprechend anpassen, ist grob fahrlässig. Wenn ein Polizist entwaffnet wird – was durchaus vorkommt –, kann er nun problemlos mit seiner eigenen Waffe erschossen werden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sie haben doch keine Ahnung! Keinen blassen Schimmer!)

Aber das ist nicht das einzige Versagen. Der Gehörschutz ist für die neuen Waffen nicht ausgelegt. Das heißt, nach dem Besuch des Schießstands verlassen die Polizisten das Übungsgelände fast taub.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Unsinn! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Immerhin dürfen die Polizisten mittlerweile schießen. Es gab Zeiten, da hat die Regierung nicht einmal genügend Munition zum Üben zur Verfügung gestellt. Stattdessen mussten die Polizisten eine Patrone auf die Waffe legen und die Waffe so bewegen, dass die Patrone nicht vom Lauf fällt. Lächerlicher geht es kaum noch – oder doch? Ja, es geht noch lächerlicher.

Aus blindem Ökowahn legt man sich einen Elektrosmart für verdeckte Ermittlungen zu. Über die Reichweite reden wir besser erst gar nicht. Die Tatsache, dass man in dieses Auto nicht einmal ein Funkgerät oder eine Blaulichtanlage einbauen kann, da diese Geräte zu viel Energie ziehen würden, ist insbesondere in Stuttgart, der Autostadt schlechthin, mehr als peinlich.

(Minister Thomas Strobl: Das ist peinlich!)

Liebe SPD, liebe Grüne, Ihre damalige Reform war in unseren Augen nicht ausreichend. Die Zentralisierung hat nicht nur den Kontakt der Polizei mit den Bürgern verringert, sondern auch zu längeren Anfahrtszeiten geführt. Das wiederum kann dazu führen, dass Menschen sterben.

Ich bin froh, wenn die Reform überarbeitet wird. Allerdings bin ich nicht froh über die Tatsache, dass das anscheinend wieder auf dem Rücken der Polizei ausgetragen wird.

Wie so oft ist die Antwort der Regierung mehr als unkonkret. Darin steht, dass zu den personellen Maßnahmen derzeit keine Aussagen getroffen werden können. Wo sind sie hin, die

(Dr. Heinrich Fiechter)

glorreichen Wahlversprechen, dass die Polizei weiter ausgebaut wird? Fehlanzeige. Soll nun wieder eingespart werden? Wer beschützt dann noch unsere Bürger, und – vor allem – wer beschützt dann unsere Polizei?

Ich fordere einen konkreteren Maßnahmenplan der Regierung, wie sie gedenkt, weiter zu verfahren. Hören Sie auf, sich wie ein Aal zu winden. Kommen Sie mit Tatsachen, an denen wir und die Bürger Sie messen können.

Dem Antrag der SPD werden wir, da er sachgerecht ist, zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zur SPD: Gratuliere!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Goll das Wort.

(Unruhe)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt geht es wieder um die Polizeireform. Wenn ich darüber nachdenke, fällt mir schon auf, dass ich bisher eigentlich nie ein Projekt erlebt habe, bei dem es trotz aller Anstrengungen so schwierig war, etwas Positives daran zu finden. Ein Freund von mir pflegt zu sagen: „Es gibt nichts, was nur nichts ist.“ Damit meint er, dass man Ereignissen, die man nicht so gern hat, meist irgendetwas Positives abgewinnen kann. Aber bei dieser Polizeireform – das muss ich ehrlich sagen – kann ich mich anstrengen, wie ich will: Ich finde daran leider nichts Positives,

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das liegt aber wahrscheinlich an Ihnen!)

„leider“ im Sinne der Polizei gesagt. Sie können die Reform drehen und wenden, wie Sie wollen – es ist Ihre Reform; Sie werden sie verteidigen –: Es ist eine Reform hin zu langen Wegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Falsch!)

Es ist an vielen Stellen eine Reform der Effizienzverminderung.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Falsch!)

– Das sagen Sie. Sie haben abgehoben;

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nein!)

ich komme gleich noch darauf.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist an vielen Stellen eine Reform der Effizienzverluste und einer verschlechterten Kommunikation. Die Personalsituation wurde nicht verbessert. Jetzt rufen Sie vielleicht auch noch: „Falsch!“ Der Personaleinsatz wurde nicht verbessert; auch das ist sonnenklar.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er stimmt inzwischen zu! – Vereinzelt Heiterkeit)

Man kann der Polizei an dieser Stelle eigentlich nur wünschen, dass sie die Reform in den kommenden Jahren irgendwie gut verdaut, soweit die Reform irreversibel ist. Das ist sie an vielen Stellen; das sehen wir auch.

Auf der anderen Seite ist es richtig und dringend geboten, dass wir hier über einige Entscheidungen noch einmal nachdenken, über Entscheidungen, die noch korrigierbar sind, über Entscheidungen, die, lieber Herr Kollege Binder, polizeifachlich sinnlos und willkürlich anmuten. Das kann man nicht anders sagen.

Ich will nur wenige Punkte nennen: Weshalb reformiert man wohlfunktionierende Einrichtungen wie beispielsweise die Polizeibehörden in Mannheim und Heidelberg, die ihre Aufgaben vorbildlich erfüllten und bei denen eigentlich kein originärer Reformbedarf bestand? Weshalb geht man an zwei solche Behörden heran und führt sie zusammen?

Hat die Polizei keine anderen Sorgen, als mit der Brechstange den Raum Pforzheim/Nordschwarzwald in Richtung Karlsruhe zu bewegen, obwohl jeder sieht, es passt nicht richtig zusammen?

Eine Entscheidung, die man auch immer wieder nennen muss, betrifft Konstanz und Ravensburg. Wenn sie nicht Realität wäre, würde man sie für einen Scherz halten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Es geht um Aufgabenerfüllung und nicht um Standorte! – Glocke des Präsidenten)

Zwischen Konstanz und Ravensburg liegen nicht nur Welten im Lebensgefühl der Menschen, die dort wohnen, sondern da liegt ganz real –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es geht um Verbrechensbekämpfung, es geht um Aufgabenerledigung und nicht um Lebensgefühl! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort hat der Kollege Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Es ist schon bemerkenswert, wie aufgeregt Sie sind, lieber Herr Kollege.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Es regt mich auf! Das ist wahr!)

Es sind aber nicht nur subjektive Gründe, sondern dazwischen liegt halt auch der Bodensee. Da haben Sie vielleicht nicht auf die Landkarte geguckt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Das hat er übersehen!)

Aber nach der Vorstellung der Reformer sollen jetzt die Beamten mit den Fähren „Constanze“ und „Fridolin“ über den See sausen, von Friedrichshafen nach Konstanz und umgekehrt. Dabei gefährden sie vielleicht noch die Segler, wie neulich. Denn da wurde ja einmal Schiffe versenken gespielt. Gott sei Dank kam dann die Wasserschutzpolizei.

Seien wir übrigens froh, dass die Wasserschutzpolizei noch da ist. Es war wohl eine Erkenntnis, die die Reformer nicht

(Dr. Ulrich Goll)

ignorieren konnten, dass Polizeiboote nur im Wasser schwimmen. Deswegen sind sie Gott sei Dank noch da.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Jetzt wird es aber nur kindisch!)

– Ja, Sie lachen. Sie können gleich weiterlachen, wenn ich ins Gedächtnis rufe, wo die Zentrale der Wasserschutzpolizei in Baden-Württemberg liegt:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ja, und? – Abg. Sascha Binder SPD: Es geht um den Einsatz!)

Sie liegt in Bruchsal.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

In Bruchsal muss man lange aus dem Fenster schauen, bis man sieht, dass da einmal ein Schiff vorbeifährt. Seit es Bruchsal gibt, war das nicht der Fall.

(Heiterkeit – Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Daran merkt man, dass Sie keine Ahnung haben, wie man eine Planung machen soll! Mein Gott! Und da klatscht auch noch ein Polizist! Da bin ich sprachlos!)

Ich erwähne nur am Rand den Unsinn, der zwischen Waiblingen und Aalen passiert. Ich erwähne ihn deswegen am Rand, weil ja immer versucht wird, das als Wahlkreisangelegenheit abzutun. Deswegen habe ich zuvor wohlweislich über ein paar Punkte geredet, bei denen es um ganz andere Dinge geht.

Nein, es geht auch dort natürlich um polizeifachliche Gründe. Bei einem solchen Zuschnitt gehört das Präsidium nicht nach Aalen. Dahin gehört es einfach nicht.

(Abg. Sascha Binder SPD: Was sagt denn der Kollege Mack dazu?)

Es gehört dorthin, wo die Musik spielt.

Jetzt kann man sagen: Es gibt heute moderne Kommunikationsmittel. Das ist richtig. Aber ich erinnere daran, dass es auch etwas anderes gibt. Vor Jahren hat Dieter Zetsche als neuer Mercedes-Chef als Erstes den Sitz von Stuttgart-Möhringen nach Stuttgart-Untertürkheim verlagert, damit die Mannschaft wieder bei der Produktion sitzt. Was war passiert? Die Führung hatte abgehoben, und die Autos sind immer schlechter geworden. Wir wissen das. Jetzt sitzt die Führung an der richtigen Stelle, und jetzt schauen Sie sich einmal an, wie es Mercedes geht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Das alles sind Dinge, die Sie und die andere besser wissen, aber es geht um polizeifachlich unverständliche Entscheidungen, es geht um eine Evaluation. Und an diesem Punkt sind wir beieinander.

Wir wollen die Evaluation abwarten, aber wir wollen sie wirklich abwarten. Sie wollen sie nämlich nicht abwarten.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Doch!)

Jetzt warten Sie doch gemeinsam mit uns ab, was die Experten sagen werden, und lassen Sie uns die Möglichkeit, den größten Unsinn noch zu korrigieren.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Ich bin gespannt, ob Sie dann noch zu Ihren Aussagen stehen!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die erste Bitte, die ich äußern möchte, ist, dass wir – ich glaube, unsere Polizistinnen und Polizisten wären dafür dankbar – auf das Schlagen von Schlachten vergangener Tage verzichten. Dass wir uns in gewissen Zeitabständen Polizeistrukturen anschauen, ist richtig und normal. Wir machen das im Augenblick auch, und wir machen das vor allem behutsam. Wir machen es sorgfältig, wir machen es mit Empathie, und wir machen es ohne jede Ideologie.

(Beifall der Abg. Petra Häffner GRÜNE)

In diesem Zusammenhang ist es auch richtig gewesen, dass wir entschieden haben, dass es zu einer vorläufigen Aussetzung und einer tiefer gehenden Prüfung von acht bereits im Haushalt etatisierten Baumaßnahmen kommt. Das ist ein richtiger und wichtiger Schritt. Das gehört zur Sorgfalt, das gehört zur Behutsamkeit.

Wir machen es im Übrigen in einer Geschwindigkeit, bei der wir die Polizei nicht länger mit sich selbst beschäftigen, als es unbedingt notwendig ist, und wir beteiligen an diesem Prozess polizeiliche Expertise, insbesondere die polizeiliche Basis, in einer bisher nicht da gewesenen Art.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Wir stehen vor großen Herausforderungen für die polizeiliche Arbeit. Deswegen geht es darum, dass wir eine bürgernahe Polizei schaffen und die Rahmenbedingungen für die Polizei so anlegen, dass sie eine optimale Arbeit machen kann. Ja, wir wollen, dass die beste Polizei in dieser Republik eine maximale, eine optimale Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg liefern kann. Ich denke, darin sind wir uns in diesem Haus alle einig.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der AfD)

Ich möchte noch einmal betonen: Die im Koalitionsvertrag zwischen den Grünen und der CDU vereinbarte Evaluierung, die ich, Frau Kollegin Häffner – – Das ist im Übrigen keine Erfindung aus dem Polizeiapparat heraus, sondern der Name EvaPol – Evaluierung Polizeireform – stammt von mir.

(Oh-Rufe von der SPD – Weitere Zurufe)

Wenn Sie also Beschwerden wegen dieser Abkürzung haben, bitte ich, sie an mich zu richten.

(Minister Thomas Strobl)

Wir führen die Evaluierung vor allem ideologiefrei durch – mit einer einzigen Ausnahme. Es gibt eine klare Vorgabe. Diese lautet: Das Ziel der Evaluierung ist nicht, zurück in das Jahr 2011 zu gehen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da sind wir uns einig!)

Wir sagen aber auch nicht: Alles, was zwischen 2011 und 2016 gemacht worden ist, ist absolut unveränderlich und darf gar nicht mehr angeguckt werden.

Das sind die zwei Vorgaben. Ich glaube, wir haben auch eine Gruppe zusammengestellt, die wirklich über jeden Verdacht, dass die Evaluierung nicht objektiv und frei von politischen Vorgaben erfolgt, erhaben ist.

Ein Drittes möchte ich sagen. Es ist das Ziel dieser Evaluierung, dass wir nicht erneut eine große Unruhe in die Polizei hineinbringen. Vielmehr soll sich die Polizei schon jetzt und immer und schnellstmöglich zu hundert Prozent auf das konzentrieren können, was sie am besten kann und was Polizistinnen und Polizisten auch gern tun mögen, nämlich Straftaten aufzuklären oder, besser noch, Straftaten zu verhindern, für Verkehrssicherheit zu sorgen, für Sicherheit und Ordnung in unserem Land zu sorgen.

Auch deswegen ist es mir ein großes Anliegen, dass wir die Evaluation der Polizeistrukturereform zügig angehen. Wir wollen keine Rolle rückwärts. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen bereits im Frühjahr, Ende März 2017, vorliegen. Das ist ein ambitioniertes Ziel.

Am 6. Oktober hat sich der Lenkungsausschuss konstituiert. Ich finde, es ist eine ideale Symbiose von internem und externem Sachverstand – polizeilichen Experten, kommunalen Verantwortungsträgern –, der dort vertreten ist, und selbstverständlich sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch den Hauptpersonalrat der Polizei mit vertreten.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der CDU)

Wir haben Teilprojektgruppen eingerichtet und – das ist mir persönlich sehr wichtig – beteiligen bei einer schlanken Projektstruktur die polizeiliche Basis sowie die Berufsvertretungen in breitem Maß.

Eine Beteiligung der polizeilichen Basis wird durch vielfältige Aktivitäten, die wir entwickelt haben, gewährleistet. Wenn ich es finde, würde ich Ihnen auch einmal ganz aktuell sagen – Stand heute Morgen, 8:30 Uhr –, wie das läuft.

Frau Kollegin Häffner hat das Projekt „Sag’s Eva“ benannt, bei dem jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter die Möglichkeit gegeben ist, Anregungen und Ideen zu äußern sowie Eingaben zu machen. Wir haben bisher 817 solcher Anregungen und Eingaben erhalten. Wir bewerben das Projekt aber noch einige Zeit weiter.

Die Onlinebefragung „Eva fragt“ ist am Montag dieser Woche gestartet – am Montag! Von den etwa 32 000 angeschriebenen Kolleginnen und Kollegen der Polizei Baden-Württemberg haben bis heute, 8:30 Uhr, genau 5 957 Personen an der Umfrage teilgenommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Donnerwetter!)

Das ergibt eine Resonanz von rund 6 000 Personen, die sich innerhalb weniger Tage gemeldet und eine Idee benannt haben. Ich habe gehört, dass es sich dabei um sehr viel Konstruktives handelt. Ich möchte Ihnen sagen: Wir werden uns das sehr genau ansehen. Es wird alles angeguckt, es wird alles ernst genommen, und wir werden weiter alles dafür tun, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen der Polizei ihre Ideen in diesen Prozess einbringen. Eine größere Basisbeteiligung geht an und für sich gar nicht. Es ist stilbildend, was die grün-schwarze Regierung bei diesem Evaluierungsprozess hier unternimmt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Den Prozess gab es übrigens bei der Reform auch! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Wie bitte?)

Es wäre schön, wenn das auch stilbildend – – Ich antworte jetzt auf den Zwischenruf des Kollegen Gall nicht,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich hoffe, Sie haben ihn richtig verstanden!)

weil ich mich an das halten möchte, was ich eingangs gesagt habe, dass wir einfach die Schlachten der Vergangenheit, Herr Kollege Gall,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ich habe nur darauf hingewiesen, dass wir da auch die Mitarbeiter beteiligt haben! – Glocke des Präsidenten)

nicht mehr führen wollen. Es ist Ihnen ganz unbenommen, über die Mitarbeiterbeteiligung, die wir jetzt über „Eva fragt“, „Sag’s Eva“ und anderes mehr machen, durchaus auch einmal ein positives Wort zu verlieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Mache ich ausdrücklich!)

Die Evaluation ist kein Selbstzweck. Es geht um Verbesserungsvorschläge für die Polizeiarbeit, und wir schauen uns alles ganz genau an. Wir schauen uns insbesondere auch an: Welche Auswirkungen hat das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei? Dann entscheiden wir in aller Ruhe über die endgültige Umsetzung.

Hinsichtlich der im Rahmen der Polizeistrukturereform umzusetzenden Baumaßnahmen möchte ich Ihnen mitteilen, dass folgende acht bereits im Haushalt etatisierten reformbedingten Baumaßnahmen haushalterisch freigegeben werden: in Aalen, Ludwigsburg, Mannheim, Offenburg und Tuttlingen jeweils der Bau des Führungs- und Lagezentrums beim Polizeipräsidium, in Karlsruhe der erste Bauabschnitt des Präsidiumssitzes, in Ravensburg der Neubau des Polizeireviers sowie in Rottweil der Bau der Kriminalpolizeidirektion.

Diese haushalterische Freigabe ist notwendig gewesen, damit die Maßnahmen im Staatshaushaltsplan 2017 abgesichert werden können und wir hier nicht mit jahrelangen Verzögerungen oder jahrelangen Unklarheiten zu rechnen haben.

Ich habe an die Evaluierungsgruppe EvaPol die Bitte geäußert, sich in den ersten Runden insbesondere mit den Baumaßnahmen zu beschäftigen und diese zu prüfen. Die Baumaßnahmen sollen dann sukzessive endgültig freigegeben werden, wenn dem mit Blick auf die Evaluierungsergebnisse

(Minister Thomas Strobl)

nichts entgegensteht. Allerdings muss jeder endgültigen Bau freigabe ein positives Ergebnis der Evaluierungsgruppe vorausgehen.

Die nächste Sitzung des Lenkungsausschusses von EvaPol ist für den 19. Dezember vorgesehen. Bei dieser Sitzung wird es erste Bewertungen und Empfehlungen diesbezüglich geben. Ich bin zuversichtlich, dass auf deren Basis – im Vorgriff auf das im Frühjahr 2017 vorliegende Evaluierungsergebnis – erste konkrete Entscheidungen für Baumaßnahmen getroffen werden können.

Noch einmal abschließend: Wir werden alles dafür tun, dass die Evaluierungsgruppe EvaPol nur von Sachgesichtspunkten geleitete Ergebnisse erarbeitet. Wir werden alles dafür tun, dass in der Polizei keine große Unruhe entsteht. Wir gestalten einen maximalen Prozess, wie Expertisen von außen und von innen in diesen Prozess einbezogen werden können – insbesondere die Expertise der über 30 000 Beschäftigten bei der baden-württembergischen Polizei. Und letztlich geht es um nichts anderes als darum, dass wir die Arbeitsbedingungen für unsere Polizistinnen und Polizisten, die einen verdammt schweren Job machen, die vor großen Herausforderungen stehen, optimal gestalten und ihnen optimale Rahmenbedingungen geben, sodass die kleine, aber erstklassige Polizei in Baden-Württemberg, die beste Polizei dieser Republik, ihre Arbeit erfolgsorientiert machen kann und eine optimale Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg auch in Zukunft gewährleisten kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erlaube ich in der zweiten Runde noch einmal dem Kollegen Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Strobl, wir haben eines gemeinsam, nämlich, dass wir beide keine alten Schlachten schlagen müssen. Sie waren hier zuvor nicht für die Innenpolitik zuständig, und auch ich war in der vergangenen Legislaturperiode nicht für die Innenpolitik zuständig. Ich habe mit den Grünen aber auch eines gemeinsam: Wir waren gemeinsam für die Polizeireform und haben diese auch beschlossen.

Weil ich keine alten Schlachten schlagen will, habe ich, auch für mich persönlich, gesagt, dass wir uns gegen eine Evaluation nicht wehren. Dass man die Mitarbeiter befragt, ist ebenfalls keine ganz neue Geschichte in der Polizei, was das Interessenbekundungsverfahren sowohl während der Reform als auch bei der Entstehung der Reform angeht. Insofern können wir auch sagen, dass es richtig ist, wie Sie evaluieren.

Aber Sie haben am Schluss gesagt, Sie wollen im Dezember bereits überlegen, erste Baumaßnahmen freizugeben. Sie haben auch gesagt, dass die Evaluierungsgruppe EvaPol – ich glaube, der Name ist entstanden, um zu vermeiden, die ganze Zeit das Wort „Evaluierung“ gebrauchen zu müssen – dann entscheidet, einzelne Baumaßnahmen fortzuführen. Da frage ich mich aber: Wie passt das jetzt mit der Tatsache zusammen, dass Sie, obwohl Sie jetzt mit einer Umfrage unter den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten beginnen – dies haben viele auch schon genutzt – und diese Umfrage noch gar nicht ab-

geschlossen ist, die Gesamtreform also auch noch nicht evaluiert ist, bereits erste Baumaßnahmen freigeben? Das eine passt mit dem anderen nicht ganz zusammen.

(Minister Thomas Strobl: Das Verfahren ist doch dann abgeschlossen!)

Wenn Sie wirklich bis Mitte Dezember 8 000 Rückmeldungen – es werden ja hoffentlich noch mehr – auswerten wollen und dabei zu dem Schluss kommen wollen, dass einzelne Baumaßnahmen doch nicht gebaut werden – oder dass sie eben gebaut werden –, dann wäre das fast schon rekordverdächtig.

Frau Kollegin Häffner,

(Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ja!)

das, was Sie hier in einer Sonntagsrede erzählt haben,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Es ist doch Donnerstag!)

mag ja so gewollt sein, und der Innenminister hat dies auch so dargestellt. Aber Sie selbst – Sie selbst –

(Zuruf der Abg. Petra Häffner GRÜNE)

haben gesagt,

(Abg. Petra Häffner GRÜNE: Nein!)

wie das Ergebnis aussehen soll.

(Abg. Petra Häffner GRÜNE: Nein, habe ich nicht!)

Sie haben das in einem Schreiben gemacht; Sie haben das öffentlich gemacht.

(Abg. Petra Häffner GRÜNE: Nein!)

Wenn es nach Ihnen persönlich geht, wäre die Frage des Zuschnitts des Präsidiums in Ihrem eigenen Wahlkreis schon erledigt.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da schau her!)

Darum müsste sich EvaPol nicht mehr kümmern.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lorek CDU)

Deshalb machen Sie mit Ihrem eigenen Handeln das, was der Minister gerade als große Sache dargestellt hat, zunichte, weil Sie sich politisch einmischen und es eben nicht den Polizisten selbst nach polizeifachlichen Kriterien überlassen, Kollegin Häffner.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Siegfried Lorek CDU: Das ist nicht richtig, was Sie sagen! – Zuruf der Abg. Petra Häffner GRÜNE)

Es ist ja auch gut – so war das bei der Reform, und so soll das auch bei der Evaluierung sein –, dass diejenigen, die tagtäglich in der Polizei arbeiten, die eine wichtige Arbeit leisten, Vorschläge machen. Denn wenn man die CDU-Fraktion sieht – da vorn sitzen die zwei Richtigen nebeneinander;

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber ich bin auch noch da! – Zuruf des Abg. Siegfried Lorek CDU)

(Sascha Binder)

der eine verkündet: „In Aalen wird bald gebaut, schon im Oktober“ – –

(Abg. Winfried Mack CDU: Das habe ich nicht verkündet!)

– Doch, das kann ich Ihnen aus der „Schwäbischen Post“ vorlesen. Dort haben Sie verkündet:

Ich gehe davon aus, dass der Bau in Aalen noch in diesem Jahr kommt.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Und das ohne Abschluss der Evaluierung, ohne Befragung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Sie gehen davon aus; Ihr Nebensitzer will etwas ganz anderes.

(Abg. Siegfried Lorek CDU: Das soll es geben!)

Insofern geht es Ihnen gerade nicht um die Polizeifachlichkeit, sondern es geht um Ihren Kirchturm, es geht um die Frage, ob der Kirchturm in Aalen oder in Waiblingen steht. Das war schon bei der Kritik an der ursprünglichen Reform Ihr Problem, und das wird es weiterhin bleiben.

Deshalb hoffe ich, dass zumindest der Innenminister eine polizeifachliche EvaPol will. Seine Fraktion hat er da sicher nicht an seiner Seite.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine – – Herr Minister noch einmal, bitte.

(Zurufe: Nein! – Sehr ungewöhnlich! – Glocke des Präsidenten)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Präsident! Ob gewöhnlich oder ungewöhnlich: Kollege Binder hat etwas angesprochen, was ich auch mit einer Fragestellung verbunden habe. Ich finde, wenn ein Abgeordneter eine Frage stellt, hat er das Recht, dass diese auch beantwortet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich beschränke mich darauf, die Frage zu beantworten. Zu all den Vorwürfen, die gemacht wurden – ich fand, Frau Häffner hat eine sehr gute und schöne Rede gehalten –, will ich gar nichts sagen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Es war eine Sonntagsrede! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben im Grunde die Frage gestellt: Wie passt es zusammen, dass im Augenblick eine groß angelegte Befragung der Beschäftigten bei der Polizei läuft, gleichzeitig aber, noch während die Mitarbeiter befragt werden, am 19. Dezember der Lenkungsausschuss eine Entscheidung über Baufreigaben treffen soll? Dazu möchte ich Ihnen sagen: Die große Befragung „Eva fragt“, bei der alle Beschäftigten gezielt befragt werden, hat an diesem Montag begonnen und wird am 11. Dezember abgeschlossen sein.

Dann wird Tag und Nacht gearbeitet und das Ganze ausgewertet. Am 19. Dezember – also eine gute Woche später – werden dann unter Berücksichtigung dessen, was alles aufgenommen worden ist, auch erste Richtungen vorgegeben. Das passt also von den zeitlichen Abläufen durchaus zusammen.

Zweitens: Die Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der baden-württembergischen Polizei an diesem Evaluierungsprozess ist eine ständige. Wir werden, insbesondere auch in den Teilprojektgruppen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fortlaufend um ihren Rat, um ihre Einschätzung bitten. Das ist sozusagen bis zum Schluss kein abgeschlossener Prozess.

Aber die groß angelegte Befragung wird eine Woche vor dem 19. Dezember beendet sein, und dann können die Dinge einfließen. Es geht bei diesen Baufreigaben ja auch nur um grobe Richtungsentscheidungen. Insofern ist das ein zeitlicher Zusammenhang, der wohlüberlegt ist, sodass Sie auch an diesem Punkt sehen: Wir machen das behutsam, wir machen das sorgfältig, wir machen das gründlich, und wir machen das auch richtig gut.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Große Anfrage besprochen.

Wir haben noch über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/1124, abzustimmen.

(Unruhe)

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Unheilige Allianz!)

Enthaltungen? – Der Antrag Drucksache 16/1124 ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 6 der Tagesordnung ist erledigt.

(Unruhe)

Wir kommen zunächst noch einmal zurück zum **Tagesordnungspunkt 5:**

Wahl der Bürgerbeauftragten oder des Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg

Meine Damen und Herren, ich gebe das Wahlergebnis bekannt:

An der Wahl haben sich 123 Abgeordnete beteiligt.

Auf Herrn Volker Schindler entfielen 81 Stimmen; mit Nein haben 20 Abgeordnete gestimmt; 21 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Ungültig war ein Stimmzettel.

Der Landtag hat damit Herrn Volker Schindler mit der Mehrheit seiner Mitglieder zum Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg gewählt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Tagesordnungspunkt 5 ist damit beendet.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Verpflichtung der Bürgerbeauftragten oder des Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Schindler, der Landtag hat Sie nach § 9 Absatz 1 des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg zum Bürgerbeauftragten gewählt. Ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Volker Schindler: Ich nehme die Wahl an.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Sie haben die Wahl angenommen. Nach § 10 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg erfolgt die Bestellung des Bürgerbeauftragten mit der Aushändigung der entsprechenden Urkunde über die Bestellung durch die Präsidentin des Landtags.

Ich darf Ihnen die Urkunde übergeben, die folgenden Wortlaut hat:

Ich bestelle Herrn Polizeivizepräsident a. D. Volker Schindler mit Wirkung vom 1. Februar 2017 für die Dauer von acht Jahren zum Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg.

Ich darf Sie bitten, zu mir aufs Podium zu treten.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen. – Stellv. Präsident Wilfried Klenk überreicht Volker Schindler die Urkunde.)

Herr Schindler, herzlichen Glückwunsch.

Volker Schindler: Ich danke Ihnen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Nach § 10 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte oder den Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg wird der Bürgerbeauftragte vor dem Landtag auf das Amt verpflichtet. Somit kommen wir jetzt zu Ihrer Verpflichtung.

Herr Volker Schindler, Sie geloben Treue gegenüber dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, Sie geloben, die Gesetze zu wahren, die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu fördern und Ihre Amtspflichten als Bürgerbeauftragter des Landes Baden-Württemberg gewissenhaft zu erfüllen.

Volker Schindler: Ich gelobe es.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Sehr geehrter Herr Schindler, ich danke Ihnen recht herzlich und wünsche Ihnen im Namen des Hohen Hauses alles Gute für diese herausragende Aufgabe.

Volker Schindler: Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen und auf der Regierungsbank – Volker Schindler nimmt Glückwünsche entgegen. – Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der AfD – Kündigung aller öffentlich-rechtlichen Rundfunkstaatsverträge – Drucksache 16/1024

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen Abgeordnete, meine Damen und Herren! Stellen Sie sich für einen Moment einmal vor, man würde z. B. die Frankfurter Allgemeine Zeitung verstaatlichen, über öffentlich-rechtliche Zwangsbeiträge finanzieren und sie tagtäglich, jeden Morgen den Haushalten frei Haus liefern. Was würde wohl passieren? Die Konkurrenz – also etwa DIE WELT, DIE ZEIT, die „Süddeutsche Zeitung“ usw. – würde das kaum überleben und vom Markt verschwinden oder allenfalls als Nischenprodukt irgendwo noch überleben. Am Ende bliebe nur die FAZ als staatlich privilegiertes Printmedium, wobei ihre Qualität mangels Konkurrenz sukzessive nachlassen würde.

Das hatten wir übrigens schon einmal: im Osten unseres Landes. „Neues Deutschland“ hieß die Zeitung. Staatsmedialer Einheitsbrei und Hofjournalismus – die DDR lässt grüßen.

(Beifall bei der AfD)

Sagen Sie selbst: Das klingt absurd, oder? Aber genau dieselbe Situation haben wir gegenwärtig mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, den alle Bürger zwangsfinanzieren müssen – oftmals gegen ihren eigenen Willen.

Dabei ist doch klar: Nur wer weniger leistet, als er an Zahlung verlangt, muss Zwang anwenden, um zu bekommen, was er begehrt. Genau das tut der Staat und tun seine öffentlich-rechtlichen Gesinnungsmedien: Wer die nutzungsunabhängige Zwangsgebühr nicht zahlt, wird im schlimmsten Fall zwangsinhaftiert. Wenn es um die Eintreibung von Geldern geht, kennt unser Staat nämlich nun einmal kein Pardon. Da übt er sich dann plötzlich in einer geradezu rabiaten Law-and-Order-Politik bei Rundfunkgebührenverweigerern. Bei Schwerstkriminellen ist er für gewöhnlich um einiges toleranter – da gilt dann das Primat der Kuscheljustiz.

(Beifall bei der AfD)

Aber mit Schwerstkriminellen lassen sich die Kassen nun einmal nicht so gut füllen wie mit überzeugten Rundfunkverweigerern, und derer gibt es – ich füge an: glücklicherweise – immer mehr. Dabei handelt es sich übrigens um Kassen, die ohnehin schon prall gefüllt sind. Sage und schreibe 8,3 Milliarden € nahmen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Jahr 2014 ein. Die Tendenz ist weiter steigend. Damit haben wir in Deutschland den teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt, einen Rundfunk, der grundlegenden Aufgaben und Prinzipien häufig kaum mehr genügen kann. Von

(Dr. Jörg Meuthen)

der geforderten Staatsferne, von wirklicher Unabhängigkeit, von journalistischer Ausgewogenheit, von Objektivität, Transparenz und einem echten Meinungspluralismus ist kaum etwas zu spüren.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Seine Kontrollpflichten gegenüber den anderen drei Gewalten nimmt der Rundfunk kaum noch angemessen wahr. Er sollte eigentlich deren Korrektiv sein, verkommt aber mehr und mehr zu deren politischem Sprachrohr.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Höfling und Steigbügelhalter des politischen Establishments und als Instrument der herrschenden Kräfte zur Indoktrination der Massen –

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe der Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

auch das erinnert an die DDR

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

und ist leider bei uns auch Realität,

(Unruhe)

nur eben etwas subtiler und weniger plump gestaltet als dort.

Ein Blick auf die Zusammensetzung der Medienräte spricht Bände. Diese bestehen zu etwa einem Drittel aus Repräsentanten der etablierten Parteien – das Wort „Kartellparteien“ erspare ich Ihnen ausnahmsweise einmal – und zu einem beträchtlichen Teil aus einem geschickt zusammengestellten Konglomerat von Interessenvertretern, die einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden sollen. Ich sage „sollen“; denn ich muss hinzufügen: ohne es zu tun, wohlgemerkt. Denn die GEZ-Beitragszahler als solche, meine Damen und Herren, haben keine Vertretung im Rundfunkrat.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Der verkommt mehr und mehr zu einem Selbstbedienungsladen kleptokratischer Parlamentarier und Interessenvertreter.

(Beifall bei der AfD)

Ganz grundsätzlich gilt: Menschen in einer freiheitlichen Gesellschaft dazu zu zwingen, für etwas zu zahlen, das sie nicht wollen, widerspricht den Grundsätzen einer freien Gesellschaft zutiefst

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Jawohl!)

und ist begründungsbedürftig. Das dann auch noch als Demokratieabgabe schönzureden erinnert an orwellschen Neusprech und ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Richtig!)

Meine Damen und Herren, entscheidend ist Folgendes: Es bedarf heute – ich sage: heute – angesichts der technologischen

Entwicklung gar keiner öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten mehr.

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Rundfunkempfang ist in Zeiten möglicher Kodierung und Dekodierung längst ein rein privates Gut. Das war einmal anders. Das war einmal ein rein öffentliches Gut. Diese Zeiten sind aber lange vorbei. Sie sind eigentlich Jahrzehnte her. Es existiert kein Eingriffsgrund mehr, wie es vor Jahrzehnten noch galt. Es gibt keine Leistung, keine Information, die exklusiv nur dort zu erhalten wäre. Nennen Sie mir doch einmal eine einzige Information – eine einzige Information! –, die wir nur im öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten könnten, die wir nicht frei verfügbar im Internet oder in Printmedien genauso gut bekommen könnten.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es sei denn, die Presse wird ausgeschlossen!)

Damit ist der Informationsgehalt nämlich weg. Keine einzige! Es gibt keine solche Information. Sie können alle Informationen frei verfügbar haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es sei denn, man berichtet über die AfD-Parteitage! – Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

– Herr Rülke, auch hier irren Sie. Denn – wie Sie vielleicht mitbekommen haben – die Printmedien und das Internet haben umfänglich darüber berichtet.

(Abg. Alexander Maier GRÜNE: Das Internet berichtet nicht!)

Dazu bedarf es des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Kontrolliert von der AfD!)

Information ist ohne Weiteres möglich, weil wir eine schöne Pressekonferenz machen. Aber dieses Thema hatten wir doch gestern. Lassen wir es heute.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das heißt, es wird berichtet? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Im Internet wird berichtet. Das kriegen wir aber hin. Schön.

(Abg. Raimund Haser CDU: Herzlichen Glückwunsch!)

Der Informationsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus früheren Tagen existiert damit heute nicht mehr bzw. existiert nur noch auf dem Papier der Rechtsprechung. Die normative Basis dieser Rechtsprechung ist aber längst vollständig erodiert.

Mit anderen Worten: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat ausgedient, meine Damen und Herren. Wir brauchen ihn nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Jörg Meuthen)

Ganz sicher brauchen wir ihn nicht in der bestehenden Form. Ich will ja hier nicht den von mir hochgeschätzten Bundestagspräsidenten Lammert geben. Er hat vor einiger Zeit im Bundestag während einer Debatte einfach einmal das aktuelle Programm vorgelesen – leicht belustigt über das, was da lief. Das ist ein reines Unterhaltungsprogramm. Es gibt keinerlei normative Rechtfertigung, Menschen dafür zwangsweise zahlen zu lassen, übrigens auch nicht für Sportübertragungsrechte.

Also: Wir brauchen diesen Rundfunk in der bestehenden Form definitiv nicht mehr. Die Conclusio ist ganz einfach: Daher fordern wir, die AfD, die Kündigung aller öffentlich-rechtlichen Rundfunkstaatsverträge zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

(Beifall bei der AfD)

Das ist unsere Forderung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Kollegen Salomon.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werde Kolleginnen und Kollegen! Herr Meuthen, Ihre erneute Aneinanderreihung von Beleidigungen und Unterstellungen gegenüber dem Parlament,

(Oh-Rufe von der AfD)

gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und vor allem gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist wirklich unsäglich. Das muss man Ihnen einmal gesagt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Dass die FDP/DVP hier und heute die schnellstmögliche Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks fordert, ist nur konsequent.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer?)

– Die AfD. Nicht die FDP/DVP.

(Lachen bei der AfD)

Das mag vielleicht ein freudscher Versprecher sein.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Die FDP müsste es machen! Das übernehmen wir für sie! Das trauen die sich gar nicht! – Weitere Zurufe)

Auch wenn Sie es dementieren, im Kern geht es Ihnen doch darum. Was meine ich konkret? Wer Zeuge der gestrigen Debatte zum Thema „Pressefreiheit beim Parteitag der AfD“ geworden ist, der weiß, woran Sie ein Interesse haben: an Intransparenz und Informationskontrolle.

Sie haben Angst vor Ihren eigenen Ideen, kruden Thesen und Weltverschwörungen, meine Damen und Herren. Das ist Ihr Problem. Sie möchten nicht, dass in der Öffentlichkeit bekannt

wird, was Ihre Kandidatinnen und Kandidaten auf solchen Parteitagern erzählen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Ganz grotesk wird Ihr Verhalten dann, wenn Ihre Mitglieder, die Mitglieder der AfD, vorzugsweise in Talkshows von ARD und ZDF sowie in Interviews der Qualitätspresse ihr Leid darüber klagen, dass sie für ihre Meinungen kein öffentliches Forum bekommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Machen wir nicht!)

Bestes Beispiel war die Sendung von Frau Maischberger am gestrigen Abend. Da zeigt sich das paradoxe System der AfD, liebe Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Wir brauchen das nicht!)

Ihr Verhältnis zu den Medien ist höchst widersprüchlich. In Ihrem Landtagswahlprogramm unterstellen Sie den Medien Verschweigen, Verharmlosen und Manipulieren. Ganz nebenbei: Das passt ganz gut als Beschreibung für das, was Sie hier im Haus seit der Wahl vorgelegt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber zurück zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Sendezeit Sie trotz aller Unterstellungen dankbar annehmen: Sie wollen ihn abschaffen. Warum? In der Begründung des Antrags sprechen Sie von gefühlter Verzerrung und Einseitigkeit, ohne irgendeine objektive Grundlage dafür benennen zu können. Dafür haben Sie sich das postfaktische Abzeichen in Gold verdient, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Das neue Wort haben Sie aber gut gelernt!)

Übrigens genauso wie Ihre Kollegen in Brandenburg, die eine nahezu wortgleiche Anfrage eingebracht haben, und wie Ihre Kollegen in Sachsen, die sich mit 630 Fragen – hier können Sie einmal sehen, wie die AfD agiert – zu ARD und ZDF dieser Kampagne angeschlossen haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Wenn Sie so drohen, reiche ich das auch noch ein! – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Worum geht es Ihnen? Sie stehen für ein Mehr an staatlicher Kontrolle, etwa wenn es darum geht, Ihr einseitiges Familienbild zu propagieren. Sie sagen auch ganz offen, dass Sie dafür einen staatlich gesteuerten Rundfunk möchten. So fordern Sie in Ihrem Landtagswahlprogramm, dass die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus dem Haushalt des Bundes erfolgen soll – wohlgemerkt: aus dem Haushalt des Bundes. Das wäre dann kein öffentlich-rechtlicher Rundfunk mehr, wie wir ihn kennen. Das wäre ein staatlich gelenktes Fernsehen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Das gibt es doch schon!)

(Alexander Salomon)

Ihr Vorbild sind Propagandasender wie Russia Today. Sie hätten, glaube ich, gern, dass Sie dort Ihre Meinung vertreten können. Das ist es, was Sie sich unter öffentlich-rechtlichem Rundfunk vorstellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein unabhängig, sachlich und informativ berichtender Rundfunk ist eine große Stärke. Er ist ein richtiges Bollwerk gegen Populismus und Parolen.

(Lachen bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ei, ei, ei!)

Einen solchen Rundfunk müssen wir nicht erst erfinden. Nein, wir haben ihn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Raimund Haser CDU)

Denn an die Stelle gleichgeschalteter Volksempfänger wurde in der Nachkriegszeit bewusst der staatsferne öffentlich-rechtliche Rundfunk gesetzt. Ich spreche da sicherlich für alle demokratischen Fraktionen im Haus:

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Gehören Sie dazu?)

Wir werden den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gegen alle Kräfte verteidigen, die ihn abschaffen und durch ein staatlich gelenktes System ersetzen wollen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Zugleich danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die durch ihre Arbeit und Berichterstattung einen wesentlichen Beitrag für unsere Demokratie leisten.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Millionen verdienen pro Sendung! Günther Jauch!)

Wie wichtig die Pressefreiheit ist, wie wichtig die Staatsferne des Rundfunks ist, zeigt sich, wenn wir den Blick in Länder wie Ungarn, Polen, Russland oder die Türkei lenken.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Schauen Sie sich einmal die Liste bezüglich der Pressefreiheit an; mein Kollege, Herr Abg. Sckerl, hat sie gestern bei der Debatte zur Pressefreiheit bei Ihrem Parteitag angesprochen. Denn in dieser Rangliste wird deutlich, wo Sie von der AfD hinwollen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner AfD: Wohin?)

Sie wollen unsere Medien „organisieren“ und „erdoganisieren“.

(Lachen bei der AfD)

Da machen wir nicht mit, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Dazu gehen wir jetzt in die „Orban-Straße“! – Abg. Stefan Räßle AfD: So ein Geschwätz!)

Ich komme zum Schluss. Meine Redezeit neigt sich auch dem Ende zu. Ihr Antrag ist ein Angriff auf die Freiheit.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie entlarven sich damit selbst als antidemokratisch, meine Damen und Herren. Ziehen Sie ihn für unsere Demokratie zurück.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Haser.

(Zuruf: Sehr gut!)

Abg. Raimund Haser CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich zunächst einmal, dass noch so viele von Ihnen da sind, insbesondere auf den Rängen dort oben. Das ist ein wichtiges Thema für diese Republik. Insofern freue ich mich darüber.

Herr Meuthen, ich möchte Sie gleich zu Beginn einmal fragen, ob Sie eigentlich glauben, dass irgendjemand in diesem Land Frau Petry kennen würde, wenn es das Erste und das Zweite und die Talkshows darin nicht geben würde.

(Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Selbstverständlich! – Zuruf von der CDU: Das ist nicht das Problem von Herrn Meuthen!)

Das Zweite, was mich an Ihrer Rede schon gewundert hat, ist die Frage, wie man darauf kommen kann, dass man in 22 Fernseh- und 67 Radioprogrammen keine Vielfalt entdecken kann. Da muss man einen hohen Grad an Verfestigungsmaterial in sich haben, um das alles zu einer Nachricht zusammenzuführen.

Sehr geehrte Damen und Herren, da war sie wieder, die AfD-Schrotflinte. Diesmal schießen Sie nicht auf die Pressefreiheit, sondern diesmal schießen Sie einfach auf den gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk,

(Zuruf des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

den Rundfunkstaatsvertrag, den Rundfunkbeitragsstaatsvertrag, den Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag, die ARD- und ZDF-Staatsverträge sowie die Staatsverträge von Deutschlandradio und SWR. Das Grundgesetz ist egal, die Bundesverfassungsgerichtsurteile interessieren niemanden.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Einfach mal Bumm obendrauf, und dann? Dann, wenn wir geschossen haben, folgt laut Ihrem Antrag:

Eine grundlegende und zukunftsorientierte Neuregelung, eine die Vielfalt und Qualität sichernde Medienordnung ist zu prüfen.

Da möchte ich fragen, was Sie da noch prüfen wollen, nachdem Sie alles sozusagen zerschossen haben.

(Raimund Haser)

Ich habe mich bei den Jägerkollegen bei mir in der Fraktion umgehört. Die Schrotflinte benutzt man meist auf kurze Distanz, sie ist also eher etwas für Kurzsichtige. Insofern passt das auch ganz gut zu Ihrem Antrag.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Inhaltlich: Wie Sie richtig schreiben, ergibt sich die Notwendigkeit für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht nur aus Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes, sondern insbesondere aus dem, was das Bundesverfassungsgericht dazu gesagt hat. Sie sagen, dieses Modell sei starr und würde deswegen auf die jetzige Situation nicht passen. Nach dem Niedersachsen-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1986

(Abg. Anton Baron AfD: Haben Sie das Gutachten von Herrn Schäuble gelesen?)

gewährt aber der Gesetzgeber den Öffentlich-Rechtlichen nicht nur eine Daseinsberechtigung, sondern auch eine Entwicklungsberechtigung. Das heißt, es ist festgelegt: Ja, die Technik entwickelt sich weiter, aber das darf der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch tun, das soll er auch tun, das ist auch sein Auftrag, und das tut er auch.

(Abg. Anton Baron AfD: Tun das die Privaten nicht?)

Der Medienwandel findet statt. Das ist überhaupt keine Frage. Aber genau – da kommen wir zum medienpolitisch interessanten Teil dieses Antrags – aus journalistischer und medienpolitischer Sicht ist es wichtig, dass es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt.

(Abg. Anton Baron AfD: Aus welchen Gründen denn?)

Gerade die technische Entwicklung weg von Print- und klassischen Onlineangeboten hin zur individuellen Streamingnutzung oder das, was Sie den ganzen Tag über Twitter und Facebook aus diesem Haus herausgeben,

(Abg. Anton Baron AfD: Das macht RTL schon lange!)

macht es eben notwendig, dass wir einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, der das sitzt und das objektiv bewertet.

(Zuruf von der AfD: Was ist objektiv?)

Objektiv heißt in diesem Sinn: jenseits der Bedürfnisse und der Einmischung großer Sponsoren, jenseits der Beeinflussung durch die aktionärsgetriebenen Senderleiter, jenseits des allzu verlockenden Griffs nach billig produzierten Inhalten, jenseits der Verpflichtung unterirdisch bezahlter Praktikantinnen und Praktikanten und jenseits dessen, was Sie wahrscheinlich als *Mainstream* bezeichnen würden.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Darum geht es: Wer, wenn nicht ARD, ZDF, SWR, BR oder NDR, soll sich hinsetzen und unsere Debatten anhören und z. B. über die Änderung des Jagdgesetzes, die Anpassung unserer Landwirtschaft schreiben? Das sind jetzt nicht die Themen, die ich mir in meiner eigenen Informationsblase bilde, sondern in diese Blase muss ich hineinstecken. Das kann eben

nur ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk, der gut organisiert ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Warum haben wir keine öffentlich-rechtliche Zeitung?)

Die Medienwelt ist im Umbruch. Ich verdiene seit über 20 Jahren mein Geld in der Medienbranche, und das, was dort passiert ist, ist ein Tsunami. Stolze Medienhäuser legen Redaktionen zusammen, entlassen Redakteure, streichen Korrespondentenstellen, schränken durch den Rückzug aus der Fläche und aus Teilen der Welt auch die Quellenvielfalt ein, sparen an Personal und Ausstattung, unterhalten sich auf Kongressen über Themen wie Monetarisierung,

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

über Onlinestrategien, über ressourcenschonendes Contentmanagement. Sie unterhalten sich nicht über die Demokratie, sie unterhalten sich nicht über die vierte Macht im Staat.

Also: Sicher braucht diese Welt neue Antworten. Auch diese Medienwelt braucht neue Antworten. Aber erstens, liebe Kolleginnen und Kollegen, sucht der öffentlich-rechtliche Rundfunk Antworten auf diese Fragen. Eine Antwort z. B. ist das neue Projekt „funkt“,

(Abg. Anton Baron AfD: Ach du meine Güte!)

in dem es nicht nur darum geht, den Jugendlichen neue Inhalte zu bieten, sondern auch darum, auszutesten, was der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit den Übertragungsmöglichkeiten, die es heute gibt, tun kann. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk entwickelt sich also auch weiter.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Zweitens werden wir natürlich vor diesem Hintergrund an dieser Stelle irgendwann auch einmal wieder über den Rundfunkstaatsvertrag reden müssen, und wir werden auch über Reformen reden müssen.

Aber drittens, Herr Meuthen, weil Sie gerade genickt haben – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, bevor Sie mit dem vierten Punkt ansetzen: Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall)

Abg. Raimund Haser CDU: Drittens – Sie werden es kaum glauben, der dritte ist der letzte Punkt –: Mit Leuten, die mitten in diesen für die Demokratie in diesem Land existenziellen Fragestellungen nichts Besseres bieten können, als mit der Schrotflinte auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu schießen, werden wir diese Themen erst dann diskutieren, wenn es so weit ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Da ist noch Zeit! Ende 2018!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion er- teile ich das Wort dem Kollegen Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich fehlen einem die Worte, wenn man die Begründung des vorliegenden Antrags liest und sich die Rede von Ihnen, Herr Dr. Meuthen, hier an diesem Pult an- hört. Denn das ist jenseits dessen, was eine wirklich ordent- liche Argumentation in der Sache angeht. Deshalb möchte ich versuchen, mich mit einzelnen Sätzen Ihrer Begründung aus- einanderzusetzen.

Sie sagen:

Deutschland hat einen sehr großen und sehr teuren öf- fentlich-rechtlichen Rundfunk,

– ganz nebenbei: darauf, was „groß“ eigentlich heißt, wird gar nicht näher Bezug genommen –

nach Ansicht mancher Experten den teuersten Rundfunk der Welt.

(Zurufe von der AfD: Ja!)

Ich brauche kein Experte zu sein, um einzelne Gebührenhö- hen miteinander zu vergleichen. Bei uns beträgt der Rund- funkbeitrag monatlich 17,50 €, in der Schweiz sind es jähr- lich 407,95 €, und in Dänemark sind es jährlich 332,93 €. Wenn Sie die 17,50 € mit zwölf multiplizieren, stellen Sie fest, dass der Rundfunkbeitrag bei uns niedriger ist als die Rund- funkgebühren in den beiden genannten anderen Ländern. Ih- re Aussage ist also falsch.

(Zurufe von der AfD)

– Zahlen können Sie leider nicht anschreien; die stimmen halt.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem 4. Rundfunkur- teil klargestellt, dass es für die Sicherung der Grundversor- gung erforderlich ist, die technischen, finanziellen, organisa- torischen und personellen Vorbedingungen so auszugestalten, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk dieser Aufgabe ge- recht werden kann.

Glauben Sie mir: Gerade der SWR hat nicht nur durch die sehr schmerzhafteste Fusion der Landesanstalten von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, sondern auch durch erhebliche Ein- sparungen in der Landesrundfunkanstalt und im SWR insge- samt in den vergangenen Jahren gezeigt, dass der öffentlich- rechtliche Rundfunk lernt und mit dem Geld der Beitragszah- ler ordentlich umgeht.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

Sie sagen ja gar nicht, welche Finanzierung Sie wollen. Ei- nerseits sagen Sie, Sie wollten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abschaffen. Andererseits sagen Sie im Grundsatz- programm der AfD, dass Sie den öffentlich-rechtlichen Rund- funk in ein Bezahlfernsehen umwandeln möchten,

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! Privatisierung!)

frei nach dem Motto: Pay-TV, um die Grundversorgung si- cherzustellen, „Bauer sucht Frau im Dschungelcamp“ frei zu- gänglich, „Tagesschau“ und „SWR Landesschau“ nur noch

verschlüsselt – das ist Ihre Medienpolitik, sehr geehrte Da- men und Herren von der AfD.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Sie behaupten:

Nach Auffassung vieler Bürger befinde sich der öffent- lich-rechtliche Rundfunk in einer tiefgreifenden Vertrau- enskrise.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Nach einer repräsentativen Umfrage

(Abg. Anton Baron AfD: Von Ihrer Stiftung wahr- scheinlich!)

von Infratest – mir ist keine andere bekannt – in den Jahren 2000 bis 2015 – also eine sehr lang angelegte Umfrage, in de- ren Rahmen immer wieder Abfragen vorgenommen wurden – wurde der Frage nachgegangen: Welche Fernsehanstalten sind glaubwürdig? Hierzu nannten 70 % der Befragten ARD und ZDF und 21 % das Privatfernsehen. Auch diese Aussage von Ihnen ist somit falsch.

Die nächste Aussage:

Wichtige Ereignisse fänden medial nicht statt.

Welche wichtigen Ereignisse meinen Sie denn? Das wichtige Ereignis des Listenparteitags der AfD in Baden-Württemberg? Oder meinen Sie etwa den Bundesparteitag der AfD, der zwei Tage lange auf Phoenix – auch ein öffentlich-rechtlicher Sen- der – live und in Farbe übertragen worden ist? Auch hier be- legen Sie nicht, welche wichtigen Ereignisse Ihres Erachtens erst gar nicht gesendet werden,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und Ihren Ausdruck „Gesinnungsrundfunk“ haben Sie mit kei- nem Wort belegt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Dann sprechen Sie davon:

Die Bürger verspüren nach Auffassung der Antragsteller

– das ist ja eine sehr gute Begründung: „erspüren“ –

– die aus entsprechenden Beschwerden der Bürger resul- tiert – angeblich starke Fehlleistungen und Versäumnisse bei dieser Aufgabenerfüllung. Der Berichterstattung fehlten demnach oft die journalistische Unabhängigkeit ...

Herr Dr. Meuthen, Sie haben vorhin nur von Information ge- redet. Stimmt. Informationen bekomme ich überall, aber jour- nalistische Inhalte bekomme ich nicht überall.

(Unruhe bei der AfD)

(Sascha Binder)

Diesen Unterschied müssen Sie erst noch lernen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Grünen und der CDU sowie des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD)

Dann sprechen Sie davon, eine „gefühl schlechte Qualität“ verstärke die „Unzufriedenheit der Bürger“.

(Zuruf von den Grünen: Lächerlich!)

Das ist Ihre Begründung dafür, Staatsverträge zu kündigen.

Jetzt schauen wir noch einmal in die erwähnte Umfrage hinein. In der Umfrage für die Jahre 2000 bis 2015 zum Image der Fernsehsender im Zeitvergleich – Herr Präsident, ich bin gleich am Ende meiner Rede – halten die Zuschauer die Nachrichten der ARD mit fast 80 % für die besten Nachrichten. Die Nachrichten des ZDF folgen mit knapp 60 %. Jetzt müssen Sie mir einmal nachweisen, wo Ihre „gefühl schlechte Qualität“ ist.

Natürlich sind auch wir nicht mit allem einverstanden, was Journalisten über uns schreiben; das gehört zum normalen Geschäft.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Nur die FDP ist immer zufrieden!)

– Die FDP scheint immer zufrieden zu sein; das nehmen wir ins Protokoll.

(Heiterkeit – Abg. Andreas Stoch SPD: Uli widerspricht dem!)

Aber das ist Demokratie, dass man mit dem, was über einen geschrieben wird, und dem, was über einen gesendet wird, z. B. im Radio, nicht immer zufrieden sein kann. Das ist nämlich Aufgabe des Journalismus und auch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Deshalb werden wir diesen Antrag aus Überzeugung ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Dr. Goll das Wort.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Jetzt wird es mal liberal!)

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gäbe in der Tat Gründe, über die Herkunft und Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu diskutieren und sich Gedanken zu machen. Es gäbe natürlich interessante Themen, wenn man die Geschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks betrachtet.

Das ist natürlich eine Geschichte der sogenannten linearen Angebote, des sogenannten Broadcastings: Von einer Stelle wird gesendet, und alle sitzen andächtig am Empfänger. Das wurde vorhin auch genannt. Bei den sogenannten linearen Angeboten muss man, wenn gerade gesendet wird, auch davor

sitzen, sonst hat man es nicht gesehen oder gehört. Es war auch eine Zeit der knappen Frequenzen; das darf man nicht vergessen. Die Wege für die lineare Übertragung waren knapp.

Das war die Zeit der Gründung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – der einen Beitrag zu unserer Demokratie und Kultur geleistet hat, den man gar nicht hoch genug einschätzen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Raimund Hasser CDU: Bravo!)

Warum gäbe es Grund, nicht nur über die Herkunft, sondern auch über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu diskutieren und sich Gedanken zu machen, natürlich konstruktiv Gedanken zu machen?

Wir haben heute keine Knappheit an Übertragungswegen mehr. Wir haben eigentlich den Zustand, dass die Kinder, die Jugendlichen ein völlig anderes Erleben haben. Sie machen von linearen Angeboten nahezu keinen Gebrauch mehr. Sie lesen übrigens auch keine Zeitung. Ich meine, wir müssen das hier nicht vertiefen, aber das Medienverhalten der Jugend ist ein völlig anderes. Ich staune trotzdem, wie die jungen Menschen immer perfekt informiert sind, aber die Nutzung geht jedenfalls weg von den linearen Angeboten. Damit kommen wir immer mehr in einen Bereich, in dem überhaupt keine Knappheit an technischen Möglichkeiten herrscht.

In der letzten Sitzung des Ständigen Ausschusses habe ich darauf hingewiesen, dass es gefährlich ist, wenn der Rundfunk immer staatsferner wird; denn am Schluss könnte wirklich die Frage stehen: Braucht man den Staat und die Öffentlichkeit bei der ganzen Veranstaltung überhaupt noch?

Das alles, meine Damen und Herren, sind Fragen, die man nicht nur stellen kann, sondern die man auch stellen sollte. Wir sollten darüber diskutieren – aber bitte nicht auf der Grundlage eines solchen Antrags, der ohne Maß und Ziel daherkommt, ohne Seriosität.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Anton Baron AfD: Sie haben doch zwei Jahre Zeit!)

Der vorliegende Antrag ist nichts anderes als die Fortsetzung Ihres Beschlusses, die Journalisten von Ihrem Parteitag auszuschließen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Oh-Rufe von Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Eigentümer! Das ist doch lächerlich! – Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Sie wissen es doch besser! Was reden Sie da?)

– Lieber Herr Meuthen, auch wenn Sie das nicht gern hören: Ich habe das, was Sie gerade gemacht haben, als Hetze empfunden. Ich habe es als scheinheilig empfunden, dass Sie sich wieder einmal als Anwalt des kleinen Mannes aufspielen, um dessen Geldbeutel es geht.

(Abg. Dr. Christina Baum und Abg. Anton Baron AfD: Das sind wir!)

(Dr. Ulrich Goll)

Es ging Ihnen in Wirklichkeit in weiten Teilen Ihrer Rede um nichts anderes als darum, einen unabhängigen und kritischen Journalismus zu kritisieren. Das war der Kern Ihrer Botschaft.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen, der CDU und der SPD)

Ich darf mich auch einmal weigern: Deswegen weigere ich mich, über Ihren Antrag zu reden.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Schopper das Wort.

Staatssekretärin Theresa Schopper: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich sage es einmal so: Es gibt nichts, was man nicht noch verbessern könnte. Doch ich glaube, man sollte gerade bei medienpolitischen Diskussionen die Kirche im Dorf lassen. Ich habe das Gefühl, in dieser Hinsicht ist bei Ihnen heute einiges verrutscht.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie haben doch zwei Jahre Zeit danach!)

Die Diskussion über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann man meines Erachtens nur vor dem Hintergrund des Auftrags und der Funktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks führen. Das Grundrecht der Rundfunkfreiheit verlangt vom Gesetzgeber die Ausgestaltung einer Rundfunkordnung, in der die Vielfalt der bestehenden Meinungen möglichst breit und vollständig Ausdruck findet.

(Abg. Anton Baron AfD: Das haben wir bei Ihrer Gremienbesetzung gesehen!)

Wir haben in Deutschland ein duales Rundfunksystem mit privaten und öffentlich-rechtlichen Sendern; das haben wir bewusst geschaffen. Allerdings ist nur dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Auftrag zugewiesen, die Grundversorgung der Bevölkerung mit Rundfunkprogrammen und damit in besonderem Maß auch die Meinungsvielfalt im Rundfunk sicherzustellen.

(Abg. Anton Baron AfD: Da sind aber schon ein paar Jahre vergangen!)

– Vielleicht sind Sie schon in der Echokammer; ich weiß es nicht. – Grundversorgung heißt, alle Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aus frei zugänglichen Quellen und zu allen wichtigen gesellschaftlichen Themen eine Meinung zu bilden.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein Grundpfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens. Dieses lebt vom öffentlichen Diskurs und dem Wettstreit der Meinungen auf der Grundlage von verlässlichen Fakten.

Deshalb, finde ich, ist es richtig, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen seiner gesellschaftsübergreifenden Funkti-

on über einen gesamtgesellschaftlichen Solidarbeitrag zu finanzieren.

(Beifall bei den Grünen)

Nur so kann es Angebote geben, die vom Markt unabhängig und damit unabhängig von dem Mechanismus von Angebot und Nachfrage verfügbar sind.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Propaganda über Russland hat das gezeigt! Verlässlich war das nicht!)

Nur so können wir ein hochwertiges und breit gefächertes Informationsangebot ermöglichen. Es gibt u. a. – die Namen sind vorhin schon gefallen – Phoenix, arte und einen Kinderkanal, bei dem die Kinder nicht schon in jungen Jahren mit Werbebotschaften bombardiert werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Disney Channel!)

Ich finde, das sind große Errungenschaften. Meist wird man solchen Errungenschaften erst gewahr, wenn es sie nicht mehr gibt. Ich glaube, jede und jeder, die oder der im Ausland schon einmal Fernsehen geschaut hat, weiß, was wir an unserem öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wenn oft auch anderes behauptet wird – der Antrag versucht ja, das zu suggerieren –: Unser öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat eine breite Verankerung in unserer Gesellschaft. Die repräsentativen Zahlen – Herr Abg. Binder hat das gerade angeführt – zeigen: Er hat auch einen stabilen Marktanteil. Die „Tagesschau“ und „heute“ sind nach wie vor die meistgesehenen Sendungen täglich. Es ist auch so, dass die Öffentlich-Rechtlichen bei den Fernsehangeboten mit über 70 % in puncto Glaubwürdigkeit einen hohen Zuspruch haben.

Dieser Befund korrespondiert mit den Ergebnissen der ARD- und ZDF-Langzeitstudie, wonach die öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme von über 75 % der Bevölkerung als sachlich, glaubwürdig, kompetent, anspruchsvoll und objektiv bewertet werden.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb müssen auch Sie zur Kenntnis nehmen, dass wir nicht von einer Vertrauenskrise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks reden können. Ich glaube, da muss man jetzt auch nicht das gesamte System auf den Kopf stellen.

Wir wissen: Es muss auch Veränderungen geben. Dem stellt sich auch niemand. Hier im Hohen Haus hat auch kein Mensch Punkte wie Transparenz, Partizipation oder Fehlerkultur infrage gestellt. Ich glaube, man muss sich auch immer wieder fragen: Wer schaut das Fernsehen? Vergreisen wir da? Diese Fragen muss man sich stellen. Aber ich bin der festen Überzeugung – Sie wissen das auch –, dass das schon längst angangenen wird. So wurden jüngst lineare Angebote aufgegeben; stattdessen wurde für die junge Zielgruppe ein online-basiertes Angebot etabliert.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist der größte Müll! Das muss ich ehrlich sagen!)

(Staatssekretärin Theresa Schopper)

Ich weiß nicht – das will ich schon einmal sagen –, ob Ihnen die Angebote für die Jugend auch immer so schmecken. Wenn ich mir „Böhmermann“ oder auch das „heute journal“ anschau

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist nichts für die AfD! Die „heute-show“! – Glocke des Präsidenten)

– die „heute-show“, ja –, dann glaube ich, man muss auch nicht an allem Gefallen finden. Aber solche Angebote muss es gerade für die jüngeren Menschen geben, damit auch sie im öffentlich-rechtlichen System etwas finden.

Die Regelungen zur Stärkung der Unabhängigkeit, der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und zur Transparenz sind umgesetzt. Die Reformen, die jetzt auch noch einmal auf der MPK zur Struktur und zum Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angestoßen wurden, werden von den Ländern verstärkt in den Blick genommen.

Bei aller Notwendigkeit von Reformen und Veränderungen habe ich den Eindruck, gerade jetzt ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner gesellschaftlichen Funktion gefragt denn je. Wir haben mit der Digitalisierung und der Konvergenz der Medien – Herr Abg. Haser hat das ja ausgeführt – tatsächlich den Bedarf, entsprechend seriöse Angebote zu haben, die auch Einordnung ermöglichen. Sie alle wissen, dass uns in den sozialen Netzwerken Menschen, die gar nicht existieren, Informationen geben, uns in Social Bots mit softwaregesteuerten Falschmeldungen überfluten. Deshalb glaube ich, dass es umso wichtiger ist, da im öffentlich-rechtlichen Bereich eine Orientierung zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf von der AfD)

Sie kennen doch selbst die Gefahren im Netz, wenn man mit irgendeinem Profil, das man auch noch mit Filtern verstärken kann, mehr oder weniger nur eine In-sich-Kommunikation betreibt. Da ist in diesen Bereichen dann wirklich das postfaktische Zeitalter angebrochen.

Wer klassische Medien nutzt, der läuft tatsächlich auch einmal Gefahr, dass er auf Meldungen stößt, die dem eigenen Weltbild nicht ganz entsprechen, während dann, wenn man Informationen nur aus sozialen Netzwerken bezieht, nur die eigene Meinung bestätigt wird.

Deshalb sage ich im Namen der Landesregierung: Mit der von Ihnen vorgeschlagenen Kündigung aller Rundfunkstaatsverträge würden wir den gerade auf den Weg gebrachten Prozess, dass wir Reformen anstoßen, auch noch einmal Strukturen und Aufgaben kritisch hinterfragen, abbrechen.

Ich sage das auch vor dem Hintergrund, dass Sie eben zu den Sportübertragungen darauf hingewiesen haben, dass wegen weit auseinandergegangener Preisvorstellungen die ARD und das ZDF, also die Öffentlich-Rechtlichen, beschlossen haben, die Olympischen Spiele 2018 und 2020 nicht mehr zu übertragen, sondern das den Privaten zu überlassen.

Wir müssen unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk immer kritisch begleiten. Aber Ihr Vorschlag ist eine Holzhammermethode und gefährdet den gesamten Bestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Demokratie lebt nun einmal vom Austausch von Meinungen und vom Diskurs. Doch Meinungen

können eben nur auf der Grundlage von Fakten beurteilt werden. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist gehalten, genau dies zu tun, und ist daher nach unserer Meinung unentbehrlich für ein demokratisches Gemeinwesen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich in der zweiten Runde das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Verbleibende Zeit?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Verbleibende Zeit? Zwei Minuten und 40 Sekunden.

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: I'll do my very best. Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich versuche, einige der Punkte aufzugreifen; alle gehen in der Kürze der Zeit nicht. Zunächst: Nehmen Sie die AfD einmal raus.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gern! – Zuruf: Wir wollen Sie gar nicht!)

Wir beklagen uns gar nicht über ungerechte Behandlung, und ich tue das schon gar nicht. Ja, wir gehen in die Talkshows, und das ist auch richtig so.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herrn Meuthen haben wir da schon lange nicht mehr gesehen!)

Denn wenn die anderen hingehen, müssen wir auch hingehen. Das ist ein völlig normaler Vorgang. Das, was wir hier diskutieren, hat mit meiner Partei im Prinzip gar nichts zu tun, sondern es geht um die grundsätzliche, normative Frage der Begründbarkeit eines solchen staatlichen Eingriffs.

Meine Damen und Herren, in einer freien Gesellschaft ist nicht die Abschaffung einer zwangsweise finanzierten Leistung zu begründen, sondern zu begründen ist vielmehr, warum man sie beibehalten sollte.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: So ist es!)

Darum geht es: die fortdauernde Ausübung von Zwang. Dafür finden Sie – da können Sie lange herumsuchen – nun einmal keinen Grund mehr, wie sehr Sie auch suchen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Warum begründen Sie das dann?)

Es bleibt allein die normative Kraft des Faktischen, dass wir das seit Jahrzehnten haben.

Ein Angriff auf die Freiheit, Herr Abg. Salomon, ist die Ausübung staatlichen Zwangs über das notwendige Maß hinaus. Das ist ein Angriff auf die Freiheit und nicht etwa unser Wunsch nach Abschaffung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Jawohl! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das ist eine Grundregel freiheitlicher Demokratie.

(Dr. Jörg Meuthen)

Glauben Sie denn wirklich, Herr Kollege Haser, wir benötigen 22 Fernsehkanäle und 67 Radiokanäle rund um die Uhr, um einem Informationsangebot gerecht zu werden?

(Abg. Raimund Haser CDU: Sie müssen sich entscheiden, was Sie wollen! Entweder Sie wollen Vielfalt oder nicht! Sie müssen sich entscheiden! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das ist doch lächerlich. Die haben wir früher auch nicht gebraucht. Es wird immer mehr, und wir brauchen das nicht.

(Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Warum, bitte schön, fordern Sie mit Ihrer verquerten Logik nicht ernsthaft auch öffentlich-rechtliche Printmedien? Denn das läge in der Logik Ihrer Argumentation.

Herr Kollege Goll, unabhängiger Journalismus, Staatsferne: Ich weiß nicht, ob Ihnen der schon einige Jahre zurückliegende Fall des ehemaligen Ministerpräsidenten Koch im Umgang mit dem ZDF-Fernsehchefredakteur Brender geläufig ist?

(Zuruf: Ja!)

Wenn das staatsfern war, wenn das unabhängiger Journalismus gewesen sein soll, dann frage ich mich wirklich, was für ein Verständnis von Unabhängigkeit Sie haben.

Herr Binder, am meisten entsetzt haben Sie mich. Wissen Sie eigentlich, was diese Gebühren für sozial Schwache bedeuten? Sie reden hier von der Finanzierung und davon, dass es uns das wert sein müsste, 210 € pro Jahr zu zahlen. Das mag Ihnen leichtfallen, mir auch; wir haben ein angemessenes Einkommen. Aber wissen Sie eigentlich, was das für sozial Schwache bedeutet, die vielleicht nicht einmal diese Sendungen sehen wollen, die den Rundfunkbeitrag aber dennoch zahlen müssen?

(Zuruf: Ja!)

Wissen Sie, was das für einige Leute heißt, die jetzt Schwierigkeiten haben, Weihnachtsgeschenke zu kaufen, weil sie blöde Rundfunkgebühren zahlen müssen?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von den Grünen und der SPD)

Gerade Sie als Sozialdemokraten müssten Sachwalter der Interessen dieser Menschen sein. Sie sind es nicht.

(Unruhe)

Sie müssen 210 € zahlen für nichts und wieder nichts, und das stört Sie nicht. Wundern Sie sich nicht, wenn Ihnen die Wähler davonlaufen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sie kennen doch nicht mal die Befreiungstatbestände! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Oh doch, die kenne ich sehr genau. Ich kenne die ganzen Skandale. Die kenne ich besser als Sie. Ich weiß sehr genau, dass diese Befreiungstatbestände neuerdings alle nicht mehr greifen. Es ist ein Skandal.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Unruhe)

Es ist sehr einfach: Wer etwas ansehen möchte, der soll dafür zahlen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

So einfach ist das. Wenn Sie alle das Programmangebot so toll finden, ja dann gucken Sie das und zahlen Sie dafür; das ist doch überhaupt kein Problem. Aber warum sollen die Leute zahlen, die es überhaupt nicht zu sehen wünschen? Das ist doch überhaupt nicht einzusehen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es! – Unruhe)

Mal angenommen, ich möchte z. B. die Champions League gucken: Warum soll das irgendeine arme Sozialrentnerin mit ihren Gebühren zahlen, die an der Champions League überhaupt kein Interesse hat, die vielleicht mit ihren schwachen Augen kaum mehr sehen kann? Warum? Wo ist die Begründbarkeit dieser Geschichte? Das ist einfach nur absurd.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender, Ihre Redezeit wäre um.

(Zuruf von der CDU: So, jetzt reicht es!)

Abg. Dr. Jörg Meuthen AfD: Okay. – Ein letzter Satz: Zur Not käme eine Neuordnung mit einem einzigen TV-Kanal, maximal zwei, und einem oder zwei Rundfunkkanälen in Betracht.

(Lachen – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie sind dann der Generalintendant! Russia Today! – Abg. Nicole Razavi CDU: AfD-TV!)

Eine sinnvolle minimalistische Reduktion. Das wäre noch machbar. Aber 22 Kanäle zwangsweise zu bezahlen und dann diesen Unfug anschauen zu müssen, das ist unerträglich.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Ja-wohl! Bravo!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 16/1024. Sind Sie damit einverstanden, über den Antrag insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall. Wer dem Antrag Drucksache 16/1024 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Zuruf von der AfD: Surprise, surprise!)

Enthaltungen? – Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 8 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe die **Punkte 9 bis 16** der Tagesordnung gemeinsam auf:

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Punkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 12. Oktober 2016 – Jährliche Unterrichtung des Landtags gemäß Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes zu dem Vertrag des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg e. V. (VDSR-BW) – Drucksachen 16/755, 16/1045

Berichterstatter: Abg. Rüdiger Klos

Punkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 15. November 2016 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Zwanzigsten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zwanzigster Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksachen 16/987, 16/1046

Berichterstatter: Abg. Reinhold Gall

Punkt 11:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2014 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 14: Zentrum für Europäischen Verbraucherschutz e. V. in Kehl – Drucksachen 16/636, 16/994

Berichterstatter: Abg. Dr. Albrecht Schütte

Punkt 12:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. September 2016 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2015 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 12: Landwirtschaftliches Zentrum für Rinderhaltung, Grünlandwirtschaft, Milchwirtschaft, Wild und Fischerei Baden-Württemberg – Drucksachen 16/521, 16/993

Berichterstatter: Abg. Dr. Albrecht Schütte

Punkt 13:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Oktober 2016 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK); hier: Anmeldung des Landes zum Rahmenplan 2016 (mit Fortschreibung bis 2019) – Drucksachen 16/747, 16/995

Berichterstatter: Abg. Dr. Albrecht Schütte

Punkt 14:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 18. Oktober 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;

hier: Gemeinsamer Rahmen für Kompetenzen und Qualifikationen (Europass) – Drucksachen 16/846, 16/1003

Berichterstatterin: Abg. Sylvia Felder

Punkt 15:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 24. Oktober 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Verordnungsvorschlag zur Verlängerung der Laufzeit des Europäischen Fonds für strategische Investitionen – Drucksachen 16/866, 16/1005

Berichterstatter: Abg. Andreas Deuschle

Punkt 16:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 15. November 2016 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014 bis 2020 – Ergebnisorientierter EU-Haushalt – Drucksachen 16/1006, 16/1033

Berichterstatter: Abg. Manfred Kern

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Die Tagesordnungspunkte 9 bis 16 sind erledigt.

Ich rufe **Punkt 17** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 16/957, 16/958, 16/959, 16/960

Hier gibt es folgende Besonderheit bei Drucksache 16/960: Die Fraktion der AfD hat separate Abstimmung über die Beschlussempfehlungen zu folgenden Petitionen beantragt: Petition 15/5074, Drucksache 16/960 laufende Nummer 2, betreffend die Verpachtung landeseigener Waldflächen für Windkraftanlagen, Petition 15/5917, Drucksache 16/960 laufende Nummer 5, betreffend Ausweisung eines Windkraft-Vorranggebiets, und Petition 15/6062, Drucksache 16/960 laufende Nummer 6, betreffend Regionalplan; Windkraft-Vorranggebiete.

Die Beschlussempfehlung zur Petition 15/5074 kann auf Wunsch der Fraktion der AfD offen zur Abstimmung gestellt werden. Zu den beiden anderen Beschlussempfehlungen 15/5917 und 15/6062 hat die Fraktion der AfD eine namentliche Abstimmung beantragt.

Ich komme zunächst zur **A b s t i m m u n g** über die Beschlussempfehlung zur Petition 15/5074. Hier hat der Petitionsausschuss folgende Beschlussempfehlung abgegeben:

Die Petition wird der Regierung als Material überwiesen mit der Empfehlung, die Staatswaldfläche im Vorranggebiet „WN-33 Nonnenberg“ nicht zu verpachten. Den Petenten bleibt es unbenommen, den Rechtsweg zu beschreiten. Im Übrigen kann der Petition nicht abgeholfen werden.

(Stellv. Präsident Wilfried Klenk)

Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ja lächerlich!)

Enthaltungen? – Der Beschlussempfehlung ist damit mehrheitlich – Enthaltungen habe ich keine gesehen –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Eine!)

bei einer Enthaltung zugestimmt.

Wegen der beantragten namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlungen zu den beiden Petitionen 15/5917 und 15/6062, den Petitionen nicht abzuweichen, frage ich: Liegt die in § 99 Absatz 1 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung durch fünf Abgeordnete vor? – Das ist der Fall.

Ich schlage Ihnen vor, dass die beiden Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses zu den Petitionen 15/5917 und 15/6062 gemeinsam zur Abstimmung gestellt werden. – Sie sind damit einverstanden.

Wer den Beschlussempfehlungen zu den Petitionen 15/5917 und 15/6062, diesen beiden Petitionen nicht abzuweichen, zustimmt, den bitte ich, mit Ja zu antworten. Wer diesen Beschlussempfehlungen nicht zustimmt, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthält, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte nun Frau Schriftführerin Martin – –

(Unruhe)

– Können wir jetzt einmal ein bisschen aufpassen? Dann wird das auch etwas.

Ich bitte Frau Schriftführerin Martin, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben E.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte absolute Ruhe und bitte laut und deutlich Ihr Votum abgeben.

(Namensaufruf)

Ist noch jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Abstimmung geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Abstimmungsergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt mir nunmehr vor.

Beteiligt haben sich 114 Abgeordnete.

*Mit Ja haben 88 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 26 Abgeordnete gestimmt;
enthalten hat sich kein Abgeordneter.*

Den Beschlussempfehlungen zu den Petitionen 15/5917 und 15/6062 ist damit zugestimmt.

*

Mit J a haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Susanne Bay, Andrea Bogner-Unden, Sandra Boser, Martina Braun, Jürgen Filius, Josef Frey, Martin Grath, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Thomas Hentschel, Winfried Hermann, Hermann Katzenstein, Manfred Kern, Petra Krebs, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Lede Abal, Andrea Lindlohr, Bettina Lisbach, Brigitte Lösch, Alexander Maier, Thomas Marwein, Bärbl Mielich, Dr. Bernd Murschel, Jutta Niemann, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Dr. Markus Rösler, Barbara Saebel, Alexander Salomon, Alexander Schoch, Andrea Schwarz, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Stefanie Seemann, Thekla Walker, Dorothea Wehinger.

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Klaus Burger, Thomas Dörflinger, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Marion Gentges, Fabian Gramling, Manuel Hagel, Raimund Haser, Peter Hauk, Ulli Hockenberger, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Karl Klein, Wilfried Klenk, Joachim Kößler, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Siegfried Lorek, Winfried Mack, Paul Nemeth, Christine Neumann, Claus Paal, Dr. Patrick Rapp, Nicole Razavi, Dr. Wolfgang Reinhart, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Dr. Albrecht Schütte, August Schuler, Willi Stächele, Stefan Teufel, Tobias Wald, Karl Zimmermann.

SPD: Sascha Binder, Daniel Born, Dr. Stefan Fulst-Blei, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Peter Hofelich, Andreas Kenner, Gerhard Kleinböck, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Dr. Nils Schmid, Rainer Stichelberger, Andreas Stoch, Sabine Wölfl.

Mit N e i n haben gestimmt:

AfD: Anton Baron, Dr. Christina Baum, Lars Patrick Berg, Dr. Heinrich Fiechtner, Bernd Gögel, Dr. Bernd Grimmer, Dr. Heinrich Kuhn, Claudia Martin, Dr. Jörg Meuthen, Thomas Axel Palka, Dr. Rainer Podeswa, Daniel Rottmann, Emil Sänze, Hans Peter Stauch, Klaus-Günther Voigtmann, Carola Wolle.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Klaus Hoher, Jürgen Keck, Dr. Timm Kern, Gabriele Reich-Gutjahr, Dr. Hans-Ulrich Rülke, Nico Weinmann.

*

Im Übrigen stelle ich gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung die Zustimmung zu den Beschlussempfehlungen des Petitionsausschusses, Drucksachen 16/957 bis 16/959, sowie den laufenden Nummern 1, 3 und 4 der Drucksache 16/960 entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 18** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/940

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 14. Dezember 2016, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 16:57 Uhr